



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Antisemitismus in der österreichischen Nachkriegspolitik.
Eine Analyse der Berichterstattung zu den
Nationalratswahlkämpfen 1945 und 1949.“

verfasst von / submitted by

Katharina Famler

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2018 / Vienna, 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt:/
degree programme code as it appears
on the student record sheet

A 190 333 313

Studienrichtung lt. Studienblatt:/
degree programme as it appears on
the student record sheet

Lehramtsstudium UF Deutsch
UF Geschichte, Sozialkunde, Politische Bildung

Betreut von / Supervisor

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Ich möchte diese Arbeit meinen Eltern widmen, die mich schon mein ganzes Leben bedingungslos unterstützen, so auch während des Studiums, und das alles erst möglich gemacht haben.

Auch meinem Freund danke ich für die, vor allem mentale, Unterstützung und seinen unerschütterlichen Optimismus während meiner Studienzeit.

Zuletzt möchte ich mich bei meinem Betreuer, Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb, für die Unterstützung und Hilfe bei der Erstellung dieser Diplomarbeit herzlichst bedanken.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Forschungsstand	3
1.2	Forschungsziel	4
1.3	Forschungsfragen.....	5
1.4	Methode	6
1.5	Aufbau der Arbeit	6
2	Der politische „Neubeginn“ Österreichs 1945	8
2.1	Die Moskauer Deklaration	9
3	Der jüdische Neuanfang	13
3.1	Die österreichischen Juden	15
3.1.1	Die Remigration der Jüdinnen und Juden	16
3.1.2	Die Rückkehr der „Unerwünschten“	17
3.2	Jüdische DPs in Österreich	22
3.2.1	Der „jüdische Exodus“ aus Osteuropa.....	23
3.2.2	Das Wiederaufleben des Antisemitismus in der Bevölkerung.....	29
3.2.3	„Wir möchten sie los sein“	35
4	Antisemitische Tendenzen in der österreichischen Politik der Nachkriegszeit	39
4.1	Die jüdischen DPs im politischen Diskurs	40
4.1.1	Leopold Kunschak.....	45
4.1.2	Karl Renner.....	50
4.2	Der Umgang mit politischen Exilantinnen und Exilanten	52
4.3	Der Antisemitismus im VdU	56
4.4	Restitution als politischer Störfaktor.....	61
5	Theoretisches Fazit	65
6	Das Textkorpus	67
6.1	Die „Arbeiter-Zeitung“	67
6.2	„Das Kleine Volksblatt“	68
6.3	Die „Österreichische Volksstimme“	69
6.4	„Neues Österreich“	69
6.5	„Die Neue Front“	70

7	Analyse der Berichterstattung	71
7.1	Zielsetzung und Forschungsfragen	71
7.2	Analyseverfahren	71
7.2.1	Festlegung der Metaphern und Konzepte	74
7.3	Analyse	75
7.3.1	Ausschneiden und Sammeln	75
7.3.1.1	Die „Arbeiter-Zeitung“ 1945	77
7.3.1.2	„Das Kleine Volksblatt“ 1945	77
7.3.1.3	Die „Österreichische Volksstimme“ 1945	79
7.3.1.4	„Neues Österreich“ 1945	80
7.3.1.5	Die „Arbeiter Zeitung“ 1949	80
7.3.1.6	„Das Kleine Volksblatt“ 1949	80
7.3.1.7	„Neues Österreich“ und „Die Neue Front“ 1949	80
7.3.2	Kategorien bilden	81
7.3.3	Abstrahieren und Vervollständigen	82
7.3.4	Interpretation und Einbindung	84
8	Fazit	87
9	Literaturverzeichnis	90
9.1	Literatur	90
9.2	Zeitungen	96
9.3	Stenographische Protokolle	97
9.4	Internetquellen	97
10	Anhang	98

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Kategorienbildung.....	81
Abbildung 2: Konzepterstellung.....	82

1 Einleitung

*„Mit ihrer unheimlichen Verstandesschärfe,
ihrem von Tradition losgelösten Weltsinn,
ihrer katzenartigen Geschmeidigkeit,
ihrer blitzschnellen Auffassung,
ihren durch jahrtausendelange Unterdrückung geschärften Fähigkeiten
haben sie uns überwältigt, sind unsere Herren geworden (...).“¹*

Hugo von Bettauer entwirft in seinem 1922 erschienenen utopischen Roman „Die Stadt ohne Juden. Ein Roman von übermorgen“ ein, durch Inflation und Armut krisengebeuteltes, Wien, dessen Volk seine ganze Hoffnung auf einen Retter und Erlöser setzt. Diese Rolle wird von dem neu gewählten Bundeskanzler Dr. Karl Schwertfeger eingenommen, dem Leiter der Christlich-Sozialen Partei. Bettauer zeichnet von dem Politiker, den er auch „geistvollen Führer“ nennt, dabei ein Bild, das stark an den früheren Bürgermeister Wiens, Dr. Karl Lueger, erinnert. So ist auch Schwertfeger glühender Antisemit, dieser geht jedoch einen Schritt weiter, in dem er, als die Lösung aller Probleme, ein „Gesetz zur Ausweisung aller Nichtarier aus Österreich“ erlässt. Im ersten Teil des Romans wird Schwertfegers flammende, antisemitische Rede zu den Motiven und der Notwendigkeit der Ausweisung der Jüdinnen und Juden mit frenetischem Jubel und Beifall beantwortet. Als Motiv für dieses Gesetz nennt er in seiner Rede den schnellen sozialen Aufstieg des jüdischen Volkes und dessen wirtschaftlichen Erfolg sowie eine Reihe weiterer antisemitischer Vorurteile und Stereotype.

Der Roman „Stadt ohne Juden“ ist damit nicht nur ein erschreckend prophetisches Werk, sondern macht auch die Ursprünge des Antisemitismus klar deutlich: Neid, Schwäche und Minderwertigkeitsgefühle waren und sind Zeit zentrale Bestandteile des Antisemitismus, nicht nur in der Rede des fiktiven Politikers, sondern auch und vor allem in der Realität.²

Doch die Geschichte dieses ökonomischen Antisemitismus beginnt nicht erst zu Zeiten Luegers oder in den 1920ern, zu Zeiten des Romans.

¹ Hugo von Bettauer, Die Stadt ohne Juden (Wien 1922)

² Götz Aly, Zur Soziologie des Antisemitismus im 19. Und 20. Jahrhundert, In: Oliver Rathkolb (Hg.), Der lange Schatten des Antisemitismus. Kritische Auseinandersetzungen mit der Geschichte der Universität Wien im 19. und 20. Jahrhundert (Wien 2013) 59-68, hier: 59f.

Schon früh lässt sich der Stereotyp des „reichen Juden“ feststellen, sein Ursprung ist im 13. Jahrhundert zu finden. Durch die Bestimmungen des Laterankonzils von 1215 waren die Juden auf Grund des verwehrten Zugangs zu Zünften gezwungen, sich auf Handel und Geldleihe zu spezialisieren, da dies Christen aus religiösen Gründen verboten war. Ihre neue Stellung als Finanziers und Großkaufleute brachte ihnen die Bezeichnung des „reichen Wucherer“ ein, welche sie zum Ziel von Hetze und Übergriffen machte. In diesem Zusammenhang wurden sie auch für politische Konflikte instrumentalisiert.

Auf Grund der Lockerung des religiösen Zinsverbots verringerte sich der ökonomische Vorteil der Juden erheblich, das Stereotyp des „reichen Juden“, den es zu beneiden galt, blieb jedoch erhalten.³ Dieses Vorurteil wurde im Laufe der Jahrhunderte noch um die Dimension des Juden als Ausbeuter, Kapitalist und Spekulant erweitert. Damit einher ging auch die Vorstellung der Juden als mächtige Gruppe, die mit ihrem Geld die Politik, die Presse und sogar die Welt beherrschen,⁴ gerade letzteres hält sich bis heute auch in hohen (österreichischen) politischen Kreisen hartnäckig.⁵

Die negativen Einstellungen gegenüber der jüdischen Bevölkerung basieren darüber hinaus auch auf der Jahrtausende alten religiösen Feindschaft des Christentums mit dem Judentum, dem sogenannte Antijudaismus, und auch das Aussehen und der Körper der Juden bilden eine Grundlage für rassistische Ressentiments, wie die des schwachen, des hässlichen und des hakennasigen Juden.⁶

Diese nur sehr oberflächliche Darstellung der Geschichte der jüdischen Vorurteile und Stereotype zeigt, dass der Antisemitismus ein fester Bestandteil der europäischen Geschichte war. Doch auch im 21. Jahrhundert sind alte und neue antisemitische Ressentiments trotz der Aufarbeitung nach der Shoah, dem Aufbrechen alter Denkmodelle und konservativer Weltanschauungen und Werte nach wie vor wirksam und in aktualisierter Form, auch als politischer Faktor, vorhanden.⁷ Gerade diese

³ Werner *Bergmann*, Antisemitismus. Erscheinungen und Motive der Judenfeindschaft. In: Wolfgang *Benz* (Hg.) Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus (Berlin 2008) 9-22, hier: 13.

⁴ *Bergmann*, Antisemitismus, 15f.

⁵ vgl. Anna *Thalhammer*, Gudenus und die Soros-Verschwörungen. In: Die Presse, 22.4.2018, online unter: <https://diepresse.com/home/innenpolitik/5409914/Gudenus-und-die-SorosVerschwörungen> (14.5.2018)

⁶ *Bergmann*, Antisemitismus, 15f.

⁷ Barbara *Serloth*, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen. Wie Antisemitismus die Zweite Republik mitbegründete (Wien 2016) 7; *Bergmann*, Antisemitismus, 16.

Hartnäckigkeit des Antisemitismus beweist und verdeutlicht auch nochmals seine Anpassungsfähigkeit und die seiner Vertreter.⁸

Als in diesem Zusammenhang besonders problematisch erweisen sich vor allem auch die sozialen Medien. Wurden antisemitische Äußerungen seit dem Ende des Nationalsozialismus aus der Öffentlichkeit meist selektiert, sind sie nun „ungefiltert und offen wieder Teil der (sozial)medialen Öffentlichkeit und der öffentlichen Wortmeldungen.“⁹

Die Aktualität des Antisemitismus zeigt, dass die Aufarbeitung und die Erinnerungsarbeit noch lange kein Ende haben dürfen,¹⁰ sondern in der Politik und vor allem auch in den Schulen ausgiebig behandelt und diskutiert werden muss, um ein subkutanes Weitertragen des Antisemitismus in die nächsten Generationen bestmöglich zu verhindern.

1.1 Forschungsstand

Der Forschungsstand zu Antisemitismus im Kontext von Gesellschaft und Politik der Zweiten Republik kann als ergiebig bezeichnet werden. So liefert John Bunzls und Bernd Marins „Antisemitismus in Österreich“ einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des Antisemitismus in Österreich nach 1945. Bernd Marin spricht in diesem Zusammenhang von einem „Antisemitismus ohne Antisemiten“ nach 1945, also einem „Massenvorurteil ohne Legitimation, ohne öffentliches Subjekt, ohne propagandistische Träger ohne das Selbstbewußtsein (sic!) und das Selbstverständnis einer Ideologie“¹¹ Diese Definition Marins wird während der Erarbeitung des Themas im Hinterkopf gehalten und soll am Ende der Arbeit nochmals aufgegriffen und diskutiert werden.

Auch Heinz P. Wassermanns Werke, wie „Naziland Österreich!“ und „Antisemitismus in Österreich nach 1945“, bilden eine wichtige Grundlage für diese Arbeit.

In Bezug auf den politischen Antisemitismus darf Robert Knights Werk „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“ nicht unerwähnt bleiben, in dem er sich akribisch mit den

⁸ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 8.

⁹ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 8.

¹⁰ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 9.

¹¹ Bernd Marin, Ein historisch neuartiger „Antisemitismus ohne Antisemiten“? In: John Bunzl, Bernd Marin: Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien (Innsbruck 1983) 171-192, hier: 177.

Wortprotokollen der österreichischen Bundesregierung in den ersten Nachkriegsjahren auseinandersetzt, und damit die Einstellung der großen Männer der Zweiten Republik zu den Jüdinnen und Juden und deren Recht auf Entschädigung mehr als deutlich herausarbeitet.

Oliver Rathkolbs Beitrag zum Thema des politischen Antisemitismus mit dem Titel „Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile in Österreich 1945/1950“ ist in diesem Zusammenhang ein ebenfalls vielzitiertes Aufsatz.

Ruth Wodak et al. liefert mit ihrem interdisziplinären Werk „Wir sind alle unschuldige Täter“ einen vielbeachteten Beitrag zum Thema des Nachkriegsantisemitismus im öffentlichen und alltäglichen Diskurs.

Nicht unerwähnt in diesem Zusammenhang darf auch der erst kürzlich von Barbara Serloth verfasste Beitrag zum Forschungsgebiet bleiben. „Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen“ bietet einen umfassenden Überblick über die Situation des politischen Antisemitismus in der Zweiten Republik der Nachkriegsjahre. Für die Autorin stellt sich dabei nicht die Frage, ob es zu jener Zeit einen solchen gab, da dies für sie unbestritten ist, sondern welchen Einfluss der Antisemitismus auf die Staatskonstruktion Österreichs hatte.

1.2 Forschungsziel

Ziel der vorliegenden Arbeit soll es nun sein, einen Abriss über die politischen Geschehnisse nach Kriegsende und die damit einhergehenden Herausforderungen zu liefern, sowie die Situation der Jüdinnen und Juden nach der Befreiung aus den Konzentrationslagern abzubilden. Darüber hinaus sollen die antisemitischen Vorfälle in der Zeit von 1945 bis 1949 in der Politik, die Debatte um Schuld und Restitution sowie die Stimmung des Volkes gegenüber den jüdischen Überlebenden in den ersten Nachkriegsjahren näher beleuchtet werden.

Ein weiteres Ziel der Arbeit ist es, die Berichterstattung ausgewählter Printmedien zu den beiden ersten Nationalratswahlkämpfen der Zweiten Republik darzustellen, um ein Bild darüber zu erhalten, wie sich die Parteien im Wahlkampf gegenüber den Jüdinnen und Juden positionierten. Darüber hinaus sollen etwaige antisemitische Tendenzen und Argumentationsweisen sowie eine politische Instrumentalisierung des Antisemitismus entlarvt werden.

Die Strategien der antisemitischen Argumentation, nach denen in diesem Zusammenhang gesucht werden wird, beziehen sich dabei auf das Abschieben von Schuld, die Abwertung des Gegners und die „Entjudung der Juden“, also das von der Politik geforderte primäre Selbstverständnis der Jüdinnen und Juden als österreichische Österreicherinnen und Österreicher und erst dann, wenn überhaupt, als jüdische. Auch die Opfer-Täter-Umkehr, also die Argumentationsweise, dass die Jüdinnen und Juden selbst am Antisemitismus Schuld seien, sowie ausgrenzende Argumentationsstrategien, wie die Betonung der Wir-Gemeinschaft, die gleichzeitig eine Gruppe der „Anderen“ schafft, zählen in dieser Arbeit zu den antisemitischen Argumentationsstrategien. Auch nach einer positiven Selbstdarstellung, Rationalisierung, Verharmlosung, Aufrechnung und Relativierung, Verleugnung, der „Sündenbock-Strategie“ sowie dem Rechtfertigungsdiskurs, also die Darstellung, selbst ein Opfer und damit unschuldig zu sein, sollen in diesem Kontext gesucht werden.¹²

1.3 Forschungsfragen

Zu den formulierten Zielen der Arbeit stellte sich nun folgende Hauptforschungsfrage, die sich in weiterer Folge in theoretische, die den Rahmen für den Theorieteil vorgeben, und empirische Unterforschungsfragen gliedert. Letztere gilt dabei als Ausgangspunkt für die an den theoretischen Teil anschließende empirische Studie.

Hauptforschungsfrage

Wie gestaltete sich der politische Antisemitismus nach Kriegsende in Österreich trotz seiner fehlenden Legitimation und welche Rolle spielte dieser in den Nationalratswahlkämpfen 1945 und 1949?

Theoretische Forschungsfragen

Wie verlief die politische Neukonstituierung Österreichs und welche Auswirkungen hatte sie auf die Entwicklung der österreichischen Identität?

¹² Ruth Wodak, Peter Nowak, Johanna Pelikan, Helmut Gruber, Rudolf de Cillia, Richard Mitten, „Wir sind alle unschuldige Täter!“ Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus (Frankfurt am Main 1990), 352-354; Heinz P. Wassermann, Naziland Österreich!? Studien zu Antisemitismus, Nation und Nationalsozialismus im öffentlichen Meinungsbild (Innsbruck 2002) 14.

Wie gestaltete sich die Situation der Jüdinnen und Juden nach Kriegsende und welche Herausforderungen ergaben sich für sie?

Wie sah der nun nicht mehr offen artikulierbare Antisemitismus in der Politik aus?

Empirische Forschungsfragen

Welche Positionen vertraten die einzelnen Parteien gegenüber den jüdischen Überlebenden der Shoah in den beiden Nationalratswahlkämpfen von 1945 und 1949?

Lassen sich antisemitische Tendenzen im Wahlkampf feststellen und wenn ja, wie sehen diese aus?

1.4 Methode

Für die empirische Studie sollen die Printmedienberichterstattung jener Zeit herangezogen werden. Die Zeitungsberichte werden dabei mit Hilfe der Metaphernanalyse untersucht, da sich diese besonders für Texte mit einer hohen metaphorischen Dichte, wie sie in den Printmedien vorzufinden ist, gut eignet.¹³

Das Korpus für die Analyse des Wahlkampfes 1945 bilden dabei die „Arbeiter-Zeitung“, „Das Kleine Volksblatt“ sowie die „Österreichische Volksstimme“, die allesamt jeweils als Parteizeitung der SPÖ, ÖVP und KPÖ fungierten. Einzig die Zeitung „Neues Österreich“, welche ebenfalls für die Analyse herangezogen wird, galt als überparteilich.

Für die Nationalratswahlkampfanalyse 1949 wird auf Grund der geringen Wählerzahl und der Neugründung des VdU die Zeitschrift der KPÖ durch das Parteiorgan des VdU die „Neue Front“ ersetzt.

1.5 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit unterteilt sich also, wie bereits den Forschungsfragen entnommen werden kann, in einen theoretischen und einen empirischen Teil.

¹³ Jan Kruse, Kay Biesel, Christian Schmieder, Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz (Wiesbaden 2011) 93.

Ersterer behandelt im zweiten, an die Einleitung anschließenden, Kapitel die politische Neukonstituierung Österreichs sowie den Einfluss der Moskauer Deklaration auf das weitere politische Vorgehen.

Im darauf folgenden dritten Kapitel wird die Situation der befreiten Jüdinnen und Juden umrissen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei zuerst auf den österreichischen Jüdinnen und Juden, die zurückkehrte, sowie im weiteren Verlauf auf den jüdischen DPs und den Herausforderungen, die sich daraus für die jüdischen Überlebenden ergaben. Auch der mehr als unrühmliche Umgang mit den jüdischen Rückkehrerinnen und Rückkehrern, unter anderem aus Shanghai, wird thematisiert. Darüber hinaus soll in diesem Zusammenhang auch der zum Teil ganz offen formulierte Antisemitismus des Volkes herausgearbeitet werden.

Das vierte Kapitel behandelt die antisemitischen Vorfälle in der Politik der ersten Regierung. In diesem Zusammenhang wird auch die Instrumentalisierung des DP-Problems für politische Zwecke sowie der von der Politik gerne angenommen Opferstatus kritisch beleuchtet. In weiterer Folge wird der Umgang der Politik mit den Exilantinnen und Exilanten sowie der Antisemitismus des VdU näher beleuchtet. Darüber hinaus soll auch der Antisemitismus in der Debatte um „Wiedergutmachung“ und Restitution nicht unbeachtet gelassen werden. Besonderen Raum nehmen in diesem Kapitel auch einzelne Politiker ein, die ihre antisemitische Gesinnung nur schlecht verbergen konnten bzw. auch jene, die sich selbst wohl nicht als Antisemit verstanden, aber dennoch in ihrer Sprache von einem latenten Antisemitismus Gebrauch machten. Dazu werden an dieser Stelle auch einige Zeitungsberichte angeführt werden.

Im empirischen Teil der Arbeit wird durch die Untersuchung der Tageszeitungen mit Hilfe der Metaphernanalyse versucht, die antisemitischen Tendenzen in der Politik und in den beiden ersten Wahlkämpfen zu entlarven.

2 Der politische „Neubeginn“ Österreichs 1945

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Sieg über die Deutschen und deren Verbündeten war der Zeitpunkt gekommen, Österreich wieder zu rekonstruieren und als Staat neu zu konstituieren. Obwohl im Untergrund bereits einiges vorbereitet war, begann das politische Leben erst, als die sowjetische Besatzungsmacht eine österreichische Verwaltung der von ihnen besetzten Gebiete akzeptierten. Am 27. April 1945 wurde daher die Provisorische Staatsregierung gebildet, die unter der Führung des ehemaligen Staatskanzlers Karl Renner stand. Dieser hatte bereits nach dem Ersten Weltkrieg die Republik Deutschösterreich mitbegründet.¹⁴ Ernst Hanisch spricht in diesem Zusammenhang von einem personellen „Rückbruch“, da neben Renner, auch andere Politiker, wie Körner, Figl, Helmer, Kunschak, und Schärf als Repräsentanten der alten Eliten eine wichtige Rolle im neuen Österreich spielten.¹⁵

Der politische Beginn Österreichs basierte auf einem antifaschistischem Grundkonsens aller drei von den Alliierten zugelassenen Parteien, der SPÖ, der ÖVP und der KPÖ. Diese sahen dabei sich selbst und auch die anderen Parteien als antifaschistisch an. Das faschistische Regime von 1933 bis 1938, welches von der ÖVP getragen wurde, wurde zu Gunsten dieses Konsens ausgeblendet, da dieser den Zweck erfüllen sollte, zum einen innenpolitisch einigend zu wirken, zum anderen aber auch, um den Alliierten den gemeinsamen Willen zur Demokratisierung zu demonstrieren.¹⁶

Der Konsens beinhaltete auch, sich allen nun auf die Parteien zukommenden Problemen gemeinsam zu stellen und diese zu lösen,¹⁷ dazu gehörte unter anderem auch die „Ausrottung des Nationalsozialismus“. In diesem Zusammenhang lassen sich jedoch unterschiedliche Parteilinien feststellen. So war die ÖVP der Meinung, die Schuldigen zwar ihrer gerechten Strafe zu unterziehen, die Mitläuferinnen und Mitläufer allerdings ehebaldigst wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Auch die KPÖ sprach sich für eine schnelle Eingliederung und milde Behandlung der „kleinen Nazis“ aus, welche sie ebenfalls zum „Mitläufertum“ zählten. Bei der SPÖ hingegen sah man sich selbst am deutlichsten im Kontrast zum Nationalsozialismus, so sprachen sie sich auch bei

¹⁴ Manfred *Rauchensteiner*, Die Große Koalition 1945-1966. In: Rolf *Steininger*, Michael *Gehrer* (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Bd. 2 (Wien/Köln/Weimar 1997) 259-304, hier: 259-261.

¹⁵ Ernst *Hanisch*, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Wien 1994) 395.

¹⁶ Sonja *Niederacher*, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung. In: Maria *Mesner* (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ (Wien/München 2005) 13-58, hier: 14.

¹⁷ *Niederacher*, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, 52.

Mitläuferinnen und Mitläufer für Sühnemaßnahmen aus, um sie dann allerdings ebenfalls bald wieder in die Gesellschaft zu integrieren.¹⁸

Anders wurde es in diesem Zusammenhang mit dem Antisemitismus gehalten und damit kann an dieser Stelle ebenfalls von einem „Rückbruch“ gesprochen werden, da neben personellen auch mentale Kontinuitäten den Krieg überdauert hatten. So gelang es der ÖVP auf Grund der Gleichsetzung von Antisemitismus und der Verfolgung des jüdischen Volkes während der NS-Zeit eine Auseinandersetzung mit der eigenen antisemitischen Parteivergangenheit zu umgehen.

Bei der SPÖ hingegen befürchtete man, dass man erneut als „Judenpartei“ verschrien wurde. Aus diesem Grund hoffte man, dass mit Hilfe eines neuen Namens und einer neuen Parteiführung unter Renner, Helmer und Schärf ein neues Image geschaffen werden würde.¹⁹ Das geringe Interesse an der Rückholung von jüdischen Genossinnen und Genossen kann ebenfalls im Zusammenhang mit dem Versuch der Schaffung ein neues Images der Partei gesehen werden.²⁰

Auch die KPÖ unterschied sich hinsichtlich ihrer Einstellung zum Antisemitismus kaum zu den anderen Parteien, so fand auch hier keine theoretische Auseinandersetzung mit dem antisemitischen Phänomen und den damit einhergehenden Gefahren statt.²¹

Im Folgenden soll nun der Umstand erläutert werden, der diese „Stunde Null“ für Österreich und das Ziehen eines Schlussstriches unter die Vergangenheit nach Kriegsende ermöglichte.

2.1 Die Moskauer Deklaration

Die parteiübergreifende Einstellung zum Antisemitismus und seiner Verdrängung lag vor allem an dem Selbstverständnis von Österreich als erstes Opfer des NS-Terrors, welches bereits 1943 in der Moskauer Deklaration offiziell festgehalten wurde.²² In diesem juristischen Dokument wurde am 1. November 1943 durch die drei alliierten Außenminister festgehalten, dass Österreich „das erste freie Land“ sei, „das der

¹⁸ Niederacher, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung, 15.

¹⁹ Thomas Albrich, Holocaust und Schuldabwehr. Vom Judenmord zum kollektiven Opferstatus. In: Rolf Steininger, Michael Gehrler (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Bd.2 (Wien/Köln/Weimar 1997) 39-106, hier: 54f.

²⁰ Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile in Österreich 1945/1950. In: Zeitgeschichte 16, H. 5 (1989), 167-179, hier: 172.

²¹ Albrich, Holocaust und Schuldabwehr, 54f.

²² Albrich, Holocaust und Schuldabwehr, 55.

typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fiel“, und welches als freies und unabhängiges Österreich wiederherzustellen galt.²³ In diesem Zusammenhang stand in weiterer Folge auch die Unabhängigkeitserklärung vom April 1945, in der betont wurde, dass das österreichische Volk durch die Nationalsozialisten „macht- und willenlos“ gemacht worden sei, und damit „nicht für die Verbrechen des Nationalsozialismus verantwortlich gemacht werden könne“. Diese „Okkupationstheorie“ wurde von der österreichischen Politik als sehr vorteilhaft erachtet und gerne angenommen. Dies hatte zur Folge, dass die Moskauer Deklaration von offizieller Seite als „juristisches Dokument im Sinne einer nachträglichen Annullierung des Anschlusses“ betrachte wurde.

Dieses „Geschenk“ der Unschuld der Alliierten an Österreich, welches während des Krieges bloß ein Mittel der Kriegsführung war, hatte zur Folge, dass man sich, anstatt mit der eigenen Kriegsvergangenheit auseinanderzusetzen, lieber auf die nationale Versöhnung konzentrierte.²⁴ Die Moskauer Deklaration wurde damit zur Basis der politischen Nachkriegsidentität. Die in dem Dokument sehr wohl enthaltene „Verantwortungs- bzw. Mittäterklausel“, die Österreich daran erinnerte, „daß (sic!) es für die Teilnahme am Krieg an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann“²⁵, wurde erfolgreich verdrängt.²⁶

Für die österreichische Regierung hatte das Dokument darüber hinaus zwei taktische Funktionen, nämlich zum einen „den Staat Österreich von der Verstrickung vieler einzelner Österreich mit dem Dritten Reich nachträglich abzukoppeln“, und zum anderen die „Schaffung eines nationalen Mythos“.²⁷

Die Abschüttelung der eigenen Vergangenheit und der Mitverantwortung verlief in weiterer Folge relativ rasch, nicht nur in der Politik, sondern auch in der Bevölkerung. So sahen bei einer Umfrage Anfang März 1947 bereits 71 Prozent der befragten Personen keine Mitschuld Österreichs am Zweiten Weltkrieg, 15 Prozent waren der Meinung, dass Österreich teilweise mitverantwortlich war, und nur 4 Prozent der Befragten erkannten eine Mitschuld an.²⁸

²³ Gerald Stourzh, *Geschichte des Staatsvertrages 1945-1955. Österreichs Weg zur Neutralität* (Graz/Wien/Köln 1985³) 214.

²⁴ Albrich, *Holocaust und Schuldabwehr*, 57.

²⁵ Stourzh, *Geschichte des Staatsvertrages 1945-1955*, 214.

²⁶ Albrich, *Holocaust und Schuldabwehr*, 58.

²⁷ Robert Knight, *Besiegt oder befreit? Eine völkerrechtliche Frage historisch betrachtet*. In: Günter Bischof, Josef Leidenfrost (Hg.) *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1955* (Innsbruck 1988), 75-92, hier: 77.

²⁸ Albrich, *Holocaust und Schuldabwehr*, 58.

Erstaunlicherweise wurde die österreichische Selbstdarstellung als Opfer, der freudige Empfang Hitlers und des Anschlusses vom Großteil der Bevölkerung, die Rede vom verlorenen Krieg in Österreich sowie die häufig als Niederlage empfundene Befreiung nicht als Widerspruch empfunden.²⁹ Der spätere österreichische Diplomat Hans Thalberg schrieb dazu:

„Wenn sie von der ‚Katastrophe‘ sprachen, so meinten sie 1945, für mich war die Katastrophe 1938 eingetreten.“³⁰

Da die, aus der Moskauer Deklaration abgeleitete, Opferdoktrin mit den historischen Fakten jedoch nicht vereinbar war, musste sich die österreichische Regierung schon früh, vermutlich schon im August 1945, eine Strategie gegenüber den Überlebenden der Shoah zurechtlegen, um die Vorstellung von Österreich als erstes Opfer nicht zu gefährden.³¹ Diese sah folgendermaßen aus:³²

„Die Judenverfolgungen erfolgten während der Dauer der Besetzung Österreichs durch deutsche Truppen. Die Verfolgungen wurden durch reichsdeutsche Behörden angeordnet und mit ihrer Hilfe durchgeführt. Österreich, das damals infolge der Besetzung durch fremde Truppen keine eigene Regierung hatte, hat diese Maßnahmen weder verfügt, noch konnte es sie verhindern. Nach Völkerrecht hätte sich daher der Entschädigungsanspruch der österreichischen Juden gegen das Deutsche Reich und nicht gegen Österreich zu richten“

Die gesamte Verantwortung für die Judenverfolgung und in weiterer Folge auch für die Restitution wurde damit auf die Deutschen abgewälzt, die überlebenden Jüdinnen und Juden stellten in diesem Zusammenhang allerdings dennoch eine Gefahr für die offizielle Nachkriegsidentität dar, waren sie ja eine lebende Erinnerung an die eigene Schuld.³³

²⁹ Gabriele Anderl, Die Rückkehr der Unerwünschten nach Österreich. In: Wolfgang Benz, Brigitte Mihok, „Juden unerwünscht“ Anfeindungen und Ausschreitungen nach dem Holocaust (Berlin 2016) 77-93, hier: 85.

³⁰ Zit. nach: Anderl, Die Rückkehr der Unerwünschten nach Österreich, 85.

³¹ Thomas Albrich, „Es gibt keine jüdische Frage“. Zur Aufrechterhaltung des österreichischen Opfermythos. In: Rolf Steininger (Hg.), Der Umgang mit dem Holocaust. Europa-USA-Israel (Wien/Köln/Weimar 1994) 147-166, hier: 151.

³² Zit. nach: Knight, „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“, 105.

³³ Albrich, „Es gibt keine jüdische Frage“, 151.

Was dies für die österreichischen Jüdinnen und Juden und die jüdischen Flüchtlinge bedeutete, soll nun im folgenden Kapitel erläutert werden.

3 Der jüdische Neuanfang

Am 8. Mai 1945 endete mit der Kapitulation Deutschlands nicht nur der Krieg, sondern auch die Shoah und damit der systematische Massenmord an etwa sechs Millionen Jüdinnen und Juden in Europa. Nur etwa 100.000 Überlebende konnten von den Truppen der Alliierten aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern befreit werden³⁴. Doch auch trotz der Befreiung und des Kriegsendes verringerte sich die Zahl der Überlebenden weiter, so starben auch viele noch an den Folgen der oft jahrelangen physischen und psychischen Folter. In Bergen-Belsen starben kurz nach der Befreiung im April täglich 700 Menschen, einen Monat danach waren es immer noch 80. In Dachau wurden zur selben Zeit 60 bis 100 Tote täglich registriert.³⁵

Die, die überlebten, machten sich auf die Suche nach Familienmitgliedern und Freunden, wobei das alleinige überleben eines Familienmitglieds ein häufiges Schicksal der Jüdinnen und Juden war. Unterstützt bei ihrer Suche wurden sie dabei von den Alliierten, die in den Lagern für befreite KZ-Häftlinge Listen der Überlebenden aushängten. In vielen Fällen stellte sich die Suche jedoch als vergeblich heraus.³⁶ Viele Überlebende lehnten aus diesem Grund eine Rückkehr in ihre einstige Heimat ab, dies wurde in Wien Anfang 1946 von befreiten Juden gegenüber dem Anglo-American Committee of Inquiry auch offiziell formuliert:³⁷

„Niemand von uns kann aus folgenden Gründen in seine frühere Heimat zurückkehren: Diese Länder sind und bleiben für uns nichts als die Massengräber unserer Schwestern und Brüder, an deren Ermordung unsere gewesenen Mitbürger aktiven Anteil genommen haben. In fast jedem zweiten Bürger dieses Landes müssen wir einen aktiven Mitarbeiter der Hitlerpolitik, des Antisemitismus sehen. Wir finden die Jugend dieser Länder durch die hitlerische Rassenagitation vergiftet und können unsere Zukunft in Kreisen, die den grenzenlosen Hass gegen uns aufgesaugt haben, nicht wieder aufbauen. Wir hier Versammelten erklären uns als Staatenlose und Obdachlose und sind fest entschlossen, unser Volks- und Kulturleben nicht

³⁴ Sabine Rolinek, Jüdische Lebenswelten 1945-1955. Flüchtlinge in der amerikanischen Zone Österreichs (Innsbruck/Wien/Bozen 2007) 11.

³⁵ Rolinek, Jüdische Lebenswelten, 15; Helga Embacher, Neubeginn ohne Illusionen. Juden in Österreich nach 1945 (Wien 1995) 101.

³⁶ Rolinek, Jüdische Lebenswelten, 29f; Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 101.

³⁷ Rolinek, Jüdische Lebenswelten, 30.

wieder zwischen Völkern aufzubauen, die an den Judenmorden des Hitlersystems aktiven Anteil genommen und davon profitiert haben.“

Die, die dennoch in ihre osteuropäischen Heimatländer zurückkehrten, wurden nicht nur mit dem Verlust der Familie konfrontiert, auch die ökonomische Grundlage, nämlich ehemalige Besitztümer, war zerstört oder „arisiert“ worden.³⁸

Die dadurch entstandene Perspektivlosigkeit durch den Verlust der Familie und der Heimat, die traumatischen Erfahrungen, aber auch der zum Teil massive Antisemitismus, der häufig in Gewalt mündete, sowie die spätestens ab 1947 politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und „gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge der kommunistischen Machtübernahme“ lösten eine Fluchtbewegung in Richtung Westen aus.³⁹ Dieser schlossen sich tausende Juden aus Polen, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion an, um in weiterer Folge ein neues Leben in Israel oder Amerika beginnen zu können. Das vierfach besetzte Österreich, insbesondere Salzburg und Oberösterreich, nahm dabei, ironischerweise als Land der Täter, auf Grund seiner geographischen Lage eine Schlüsselfunktion ein und bot den jüdischen Flüchtlingen eine erste Zuflucht.⁴⁰ Österreich wurde so zur Drehscheibe und zum wichtigsten Transitland des jüdischen Exodus aus Osteuropa. Im Zuge dieser größten illegal organisierten Fluchtbewegung der Nachkriegszeit registrierten die israelischen Behörden fast 300.000 jüdische Flüchtlinge, die bis 1950 durch Österreich geschleust wurden⁴¹

Grundsätzlich lassen sich bis 1948 drei Fluchtbewegungen unterscheiden, die erste nahm bereits im Sommer 1945 in Polen ihren Ausgang. Es handelte sich dabei hauptsächlich um junge Zionistinnen und Zionisten, die sich auf den Weg gen Westen machten. Das im Juli 1946 stattfindende „Progrom von Kielce“ im Süden Polens, bei dem über 40 Jüdinnen und Juden brutal ermordet wurden, löste die zweite Welle der Flucht aus. Fast 100.000 jüdische Überlebende verließen bei diesem „polnischen Exodus“ panikartig bis zum Herbst 1946 das Land. Die dritte und letzte Fluchtbewegung wurde durch eine Hungersnot ausgelöst, und so wanderten circa 30.000 rumänische Jüdinnen

³⁸ Rolinek, Jüdische Lebenswelten, 15.

³⁹ Thomas Albrich, Zionisten wider Willen. Hintergründe und Ablauf des Exodus aus Osteuropa. In: Thomas Albrich (Hg.) Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der jüdische Exodus durch Österreich nach 1945 (Innsbruck/Wien 1998)13-48, hier: 14.

⁴⁰ Rolinek, Jüdische Lebenswelten, 15; Albrich, Flucht nach Eretz Israel, 7.

⁴¹ Rolinek, Jüdische Lebenswelten, 11f.

und Juden gen Westen. Das Ziel, nämlich Amerika oder Palästina, war damit allerdings für die Mehrheit noch lange nicht erreicht, so endete die Flucht meist vorläufig in Österreich, Deutschland oder Italien. Hier mussten sie als sogenannten Displaced Persons* auf die Fortsetzung der Auswanderung warten.⁴²

Wie viele jüdische DPs und Flüchtlinge von 1945 bis zu Schließung des letzten DP-Lagers 1954 dabei durch Österreich kamen, lässt sich nur schwer beziffern, Albrich spricht in diesem Zusammenhang von 200.000 bis 250.000 Personen.⁴³

Bevor nun genauer auf die, mit den Fluchtbewegungen aus Osteuropa einhergehenden, Herausforderungen für Österreich eingegangen wird, soll zuerst die Situation der österreichischen Juden, die die Shoah überlebten, erläutert werden.

3.1 Die österreichischen Juden

1938 lebten in Österreich etwa 180.000 Jüdinnen und Juden, die Gemeinde war eine der reichsten und größten Europas. Nach der Shoah und damit 65.000 Ermordeten sowie 120.000 Geflohenen war die Prophezeiung Hugo von Bettauers von Wien als „Stadt ohne Juden“ beinahe Realität geworden.⁴⁴ Nur knapp 4.500 österreichischen Jüdinnen und Juden, darunter 1.727 Mitglieder der Israelitischen Kultusgemeinde, wovon 822 Männer und 905 Frauen waren, überlebten das KZ.⁴⁵ Der Rest konnte als sogenannte „U-Boote“, also Jüdinnen und Juden die im Untergrund überlebten, durch „Mischehen“ oder auf Grund des Status eines „privilegierten Juden“ überleben. Bei letzterem handelte es sich dabei um Mitglieder des Ältestenrates oder Mitarbeiter jüdischer Sozialeinrichtungen.⁴⁶

Viele der Überlebenden waren durch das Erlebte schwer beeinträchtigt, teilweise auch arbeitsunfähig, und so waren sie auf finanzielle Unterstützung der sich erst sehr langsam erholenden und wieder aufbauenden Israelitischen Kultusgemeinde angewiesen. Diese konnte die Aufgabe jedoch nur mit Hilfe jüdischer Organisationen aus dem Ausland

⁴² Albrich, Zionisten wider Willen, 13f.

* in weiterer Folge immer als DPs bezeichnet

⁴³ Christine Oertel, Die jüdischen Displaced Persons Lager in der amerikanischen Zone Österreich unter besonderer Berücksichtigung der Lager in Wien (Wien 1997) 18; Albrich, Thomas *Albrich*, Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1945-1948 (Innsbruck 1987), 12.

⁴⁴ Helga *Embacher*, Jüdisches Leben nach der Shoah. In: Gerhard *Botz*, Ivar *Oxaal*, Michael *Pollak*, Nina *Scholz*, Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 2002) 357-374, hier: 357; von Bettauer, Die Stadt ohne Juden.

⁴⁵ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 101; Thomas *Albrich*, „Es gibt keine jüdische Frage“, 151.

⁴⁶ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 44.

erfüllen konnte. Als besondere Unterstützung erwies sich dabei das American Jewish Joint Distribution Committee („Joint“).⁴⁷ In Österreich wurde zwar auf Auftrag der drei Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ die „Volkssolidarität“ gegründet, deren Aufgabe beschränkte sich jedoch nur auf die Betreuung der politisch verfolgten Heimkehrerinnen und Heimkehrer. War man einfach „nur“ Jüdin oder Jude, also aus rassistischen Gründen Verfolgte/r, so war man von der Betreuung bis Anfang 1946 ausgeschlossen.⁴⁸ Dazu wurde auch eine Erklärung in den Zeitungen veröffentlicht:⁴⁹

„Es lag in der Absicht der drei demokratischen Parteien, in der „Volkssolidarität“ eine Organisation zu schaffen, die sich die Befürsorgung jener politischen Opfer des Faschismus zu Ziele setzte. (...) Daß (sic!) sich das Mitgefühl des österreichischen Volkes in erster Linie den bewußten (sic!) Kämpfern für ein freies Österreich zuwendet, ohne Unterschied der Rasse, der Religion oder der gesellschaftlichen Schichtung, ist naheliegend, haben doch diese politischen Opfer des Nazisystems gekämpft, ohne zu fragen, mit wem oder für wen: die Befreiung Österreichs war ihr einziges Ziel.(...)“

An dieser Stelle lässt sich bereits erahnen, wie die unsensibel und ignorant die österreichische Politik mit dem Leid der Jüdinnen und Juden und der Schuld daran in der unmittelbaren Nachkriegszeit umging, dazu jedoch an späterer Stelle mehr. Zuerst soll nun auf die Remigration der österreichischen Jüdinnen und Juden eingegangen werden

3.1.1 Die Remigration der Jüdinnen und Juden

Mit der Rückkehr der knapp 2.200 Flüchtlinge in organisierten Gruppentransporten aus Shanghai, Palästina und der Sowjetunion nach Österreich, und der Aufnahme von circa 4.500 Jüdinnen und Juden aus dem Ausland konnte die Israelitische Kultusgemeinde bis 1949 etwa 11.000 Mitglieder zählen⁵⁰, knapp 170.000 weniger als dies im Jahr des Anschlusses der Fall war.⁵¹

Die Bereitschaft zur Remigration in die alte österreichische Heimat wurde dabei von wirtschaftlichen, politischen und klimatischen Verhältnissen beeinflusst. So kehrten aus

⁴⁷ Anderl, Die Rückkehr der Unerwünschten, 78.

⁴⁸ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 104.

⁴⁹ Volkswille, 1. Dezember 1945, 3.

⁵⁰ Albrich, „Es gibt keine jüdische Frage“, 151.

⁵¹ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 15.

Shanghai 20 Prozent der Emigrierten wieder nach Österreich zurück, während sich die Remigration aus Großbritannien und Westeuropa bis 1954 auf nur vier Prozent belief.⁵² Im Falle der USA, dem Land, das die meisten Flüchtlinge aufgenommen hatte, waren es lediglich 0,2 Prozent, die zurückkehrten. Aus Israel hingegen konnte allerdings ein relativ großer Anteil an Rückkehrerinnen und Rückkehrern verzeichnet werden, was vor allem auf die politisch angespannte Lage zurückzuführen ist.

Vor allem in Shanghai fanden die Geflüchteten erschwerte Bedingungen hinsichtlich Sprache und Kultur vor. Auch das feuchtheiße Klima, die mehr als schlechten hygienischen Verhältnisse, Arbeitslosigkeit sowie die instabile innenpolitische Lage erleichterten den Aufenthalt nicht. Darüber hinaus lebten die jüdischen Flüchtlinge ab 1943 in einem Ghetto für Staatenlose, District genannt, welches auf Grund einer „kaiserlichen japanischen Proklamation“ errichtet wurde. Die daraus resultierenden schlechten Wohnverhältnisse waren ein weiterer Grund dafür, dass es viele zurück nach Österreich zog.⁵³

Neben den bereits erwähnten Gründen für die Remigration spielte auch das Alter eine wichtige Rolle. So fiel es älteren Menschen in der Regel viel schwerer in der Fremde Fuß zu fassen, als dies bei jungen der Fall war. Auch die bereits eingangs angesprochene Hoffnung, überlebende Verwandte zu finden oder Vermögensangelegenheiten regeln zu können, waren Motive für eine Rückkehr.⁵⁴ Heimweh sowie die Sehnsucht nach der österreichischen Landschaft und Kultur trugen ebenfalls zur Remigration bei. Die Jüdinnen und Juden blieben nach der Rückkehr gegenüber der restlichen Bevölkerung jedoch sehr skeptisch, zu grauenhaft waren die Erinnerungen an sie.⁵⁵

Die österreichische Bevölkerung hatte sich jedoch auch nach sechs Jahren Krieg und der Shoah nicht verändert, herrschte doch nach wie vor eine große Ablehnung gegenüber dem jüdischen Volk. Wie diese aussah, soll nun im folgenden Kapitel erläutert werden.

3.1.2 Die Rückkehr der „Unerwünschten“

Diejenigen, denen die Remigration nach Österreich gelungen war und nun ein neues jüdisches Leben in Wien beginnen wollten, mussten schon bald feststellen, dass jegliche

⁵² Embacher, Jüdisches Leben nach der Shoah, 358; Anderl, Die Rückkehr der Unerwünschten, 78f.

⁵³ Anderl, Die Rückkehr der Unerwünschten, 89, Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 123f.

⁵⁴ Embacher, Jüdisches Leben nach der Shoah, 358; Anderl, Die Rückkehr der Unerwünschten, 78f.

⁵⁵ Anderl, Die Rückkehr der Unerwünschten, 79.

jüdische Infrastruktur zerstört worden war.⁵⁶ Besonders tragisch gestaltete sich die Situation in den Bundesländern, so geht aus den Berichten ausländischer Hilfsorganisationen hervor, dass es in ganz Tirol keine Juden mehr gab. Die einzigen zwei jüdischen Überlebenden, die nach Klagenfurt zurückkehrten, fanden nur eine Synagoge, die zerstört worden war, und einen geschändeten Friedhof vor.⁵⁷

Die Rückkehrerinnen und Rückkehrer mussten jedoch nicht nur mit dem völligen Verlust ihrer Gemeinde und der Traumatisierung durch die Entwurzelung lernen zu leben, sondern auch mit der Ablehnung aus dem Volk und der Politik. In der Bevölkerung herrschte die Meinung, dass die Remigrantinnen und Remigranten die Kriegsjahre in Sicherheit verbracht hätten, während die Österreicherinnen und Österreicher „die Gefahren, Leiden und Entbehrungen der Kriegsjahre erdulden mussten und erduldeten.“⁵⁸ Andere Gründe für die Feindseligkeit und der negativen Haltung gegenüber den jüdischen Remigrantinnen und Remigranten lagen darüber hinaus zum einen an der Angst vor der Rückforderung des „arisierten“ Vermögens, an dem sich die österreichische Bevölkerung nur zu oft bereichert hatte, zum anderen aber auch daran, dass die Rückkehr der Jüdinnen und Juden als Störfaktor und „Mahnmal der Erinnerung“ empfunden wurden, welche die Darstellung Österreichs als „erstes Opfer“ gefährdete.⁵⁹

Das Feindbild der Emigrantinnen und Emigranten, die sich sicher ins bequeme Ausland absetzten und nicht – wie das Volk – den Gefahren des Krieges ausgesetzt waren, wurde bereits zu Zeiten des Nationalsozialismus von Goebbels kreiert und „übergangslos in die Argumentationslinie der Nachkriegsjahre übernommen“, und dabei in vielfacher Weise zitiert, um die Ablehnung der Aufnahme von Flüchtlingen zu legitimieren.⁶⁰ Von diesem Stereotyp machte jedoch nicht nur die Bevölkerung Gebrauch, es war auch auf höchster politischer Ebene anzutreffen. So zitierte das „Kleine Volksblatt“ im November 1945, kurz vor der Nationalratswahl, Leopold Figl, als er betonte, dass es „für die Emigranten sicherlich bequemer war, in ihren Clubsesseln zu sitzen, als für Österreich zu leiden.“⁶¹ Ähnlich äußerte sich auch Alfons Gorbach, der spätere ÖVP-Bundeskanzler, im Nationalrat im Jänner 1948:⁶²

⁵⁶ Embacher, Jüdisches Leben nach der Shoah, 359.

⁵⁷ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 48.

⁵⁸ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 268.

⁵⁹ Anderl, Die Rückkehr der Unerwünschten, 86f; Embacher, Jüdisches Leben nach der Shoah, 357.

⁶⁰ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 266.

⁶¹ Das Kleine Volksblatt, 22. November 1945.

⁶² Stenographisches Protokoll, 73. Sitzung, V. GP, 14. Jänner 1948, 2100.

„Es ist überhaupt etwas Eigenes um diese Emigranten. Kaum, daß (sic!) die Wogen des Ozeans sich kräuseln, nahmen sie Zuflucht in das rettende Ausland. Vom sicheren Hafen, vom sicheren Ufer aus riefen sie dem auf den Wellen treibenden österreichischen Schiffelein und den bereits schiffbrüchig gewordenen Matrosen zu, was sie schlecht gemacht hätten und wie sie hätten schwimmen sollen, um die Situation letzten Endes noch zu retten.“

Diese ablehnende Haltung gegenüber den Jüdinnen und Juden, die rechtzeitig fliehen konnten, äußerte sich auch in dem Versuch, so wenig ehemalige Zwangsemigrantinnen und -emigranten wie möglich zurückkommen zu lassen. Der Bundeskanzler Leopold Figl sprach davon, „alle Österreicher wieder bei uns willkommen“ zu heißen, „aber als Österreicher, nicht als Juden. Wir müssen alle gleichermaßen an dem neuen Österreich teilhaben“⁶³ Damit wird schnell klar, dass das neue Österreich und seine Gemeinschaft nicht vorhatte, dass „imaginäre Kollektiv“ der Jüdinnen und Juden als Teil der Gesellschaft aufzunehmen. Erst wenn diese ihre jüdische Identität anpassten, im besten Falle sogar ablegten, also eine „Entjudung“ vollzogen, konnten sie ein Mitglied der österreichischen Gemeinschaft sein.⁶⁴

Nur wenige Politiker setzten sich aktiv für die Remigration von Jüdinnen und Juden ein, generell kann an dieser Stelle von einer „Nichteinladungspolitik“ gesprochen werden. Die Provisorische Staatsregierung verweigerte diese nicht unbedingt, sie fühlte sich dafür nur einfach nicht zuständig. Einer der wenigen Ausnahmen, wenn nicht die einzige, der sich für die Rückkehr der Emigrantinnen und Emigranten einsetzte, war Viktor Matejka.⁶⁵ Er formulierte dazu in seinem Buch „Widerstand ist alles“ Folgendes:⁶⁶

„Als befreiter Österreicher und nicht zuletzt in meiner neuen Funktion als Stadtrat für Kultur und Volksbildung hielt ich es für meine selbstverständliche Pflicht, meine Landsleute darauf aufmerksam zu machen, daß (sic!) ein sehr beachtlicher Teil unserer Nation das Land unter Zwang verlassen hatte müssen. Es sei unser aller Pflicht und Bedarf, alle diese wertvollen

⁶³ Zit. nach: Knight, „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“ 59.

⁶⁴ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 269.

⁶⁵ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 271f.

⁶⁶ Zit. nach: Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 272.

Österreicher zur Heimkehr einzuladen. Um es auf gut österreichisch zu sagen: da holte ich mir die kältesten Füße meines Lebens. Selten bin ich so abgeblitzt wie damals, als ich nichts anderes wollte als das Selbstverständlichste von der Welt.“

Dieser völlige Mangel an Initiative zur „Rückführung“ und Betreuung der Jüdinnen und Juden in der Politik führte dazu, dass das „Wanderungsreferat“ der Israelitischen Kultusgemeinde, welches eigentlich zur Unterstützung der DPs gedacht war, sich um die heimkehrwilligen jüdischen Österreicherinnen und Österreicher kümmern musste.⁶⁷

Besonders das Verhalten der Politik und des Volkes gegenüber den Rückkehrenden aus Shanghai sei an dieser Stelle als besonders beschämend hervorzuheben. Die schlimmen Zustände, die in Shanghai vorherrschten und bereits an anderer Stelle erläutert wurden, veranlassten die Zwangsemigrierten so schnell wie möglich einen Weg zurück nach Österreich zu finden. Während jedoch alle anderen Länder ihre Flüchtlinge zurückgeholt hatten, mussten die rund 5.000 österreichischen Jüdinnen und Juden noch ein ganzes Jahr auf ihre Repatriierung warten. In diesem Zusammenhang wurde bald die „Austrian Residents Association“ zur Selbsthilfe gegründet, die Ende 1945 eine Liste von 4.800 Flüchtlingen, die auf ihre Rückkehr oder Weiterreise warteten, an das österreichische Innenministerium schickte. Der größere Teil dieser Registrierten wollte in die USA oder nach Australien auswandern, bloß 2.200 davon gedachten nach Österreich zurückzukehren. Diese Liste und die damit einhergehenden wiederholten Ansuchen um Einreisepapiere durch die „Austrian Residents Association“ blieben, genau wie die persönlich verfassten Bittbriefe der österreichischen Flüchtlinge an die Regierung, vom Innenministerium ein ganzes Jahr unbeantwortet.⁶⁸

Mit der Unterstützung des „Wanderungsreferats“ entstand in Wien das „Komitee der Angehörigen und Freunde der nach Shanghai ausgewanderten Juden“, kurz „Shanghai-Komitee“, welches sich sowohl aus Jüdinnen und Juden als auch aus Nicht-Jüdinnen und -Juden zusammensetzte. Dadurch gelang es bis zum Mai 1946 das Recht aller Österreicherinnen und Österreicher auf Rückkehr auch ohne Einreisepapiere durchzusetzen. In diesem Zusammenhang fand nun endlich auch die besagte Liste der „Austrian Residents Association“ Anerkennung. Bis Anfang der 1950er Jahre konnten so

⁶⁷ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 115.

⁶⁸ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 123f., Anderl, Die Rückkehr der Unerwünschten, 91.

fast alle Geflüchteten, vor allem auch durch die Hilfe der UNRRA und ihrer Nachfolgeorganisation IRO sowie des „Joint“, das chinesische Exil wieder verlassen. Trotz dieser ersten Erfolge stieß die Israelitische Kultusgemeinde dennoch immer wieder auf die Ablehnung von Seiten der Politik. So wurden die „Shanghai-Rückkehrer“, obwohl Österreich massive Probleme mit dem Besetzen von hochqualifizierten Berufen hatte, auf Grund ihres hohen Ärzteanteils als berufliche Konkurrenz gesehen. Die österreichische Politik entschied sich gegen ein Umdenken in ihrer Nichteinladungspolitik und stattdessen für ein Mildern der Nationalsozialistengesetze, nachdem Renner 1945 erkannt hatte, dass es keine jüdischen Ärzte mehr gab und die Naziärzte außer Dienst gestellt waren.⁶⁹

Neben der beruflichen Konkurrenz galten die Emigrantinnen und Emigranten aus Shanghai auch als Konkurrenz am Wohnungsmarkt. Je mehr Rückkehrende Wohnraum für sich beanspruchten, umso größer wurden die Konflikte zwischen der Israelitischen Kultusgemeinde und dem Wohnungsamt der Gemeinde Wien, welches sich in der Unterstützung sehr zurückhielt und erst nach Interventionen beim Wiener Bürgermeister Unterkünfte zur Verfügung stellte. Die Vorstellung wie diese auszusehen hatten, gingen jedoch weit auseinander. Während die Israelitische Kultusgemeinde Hotelzimmer forderte, wollte das Wohnungsamt die Rückkehrenden in Massenunterkünften einquartieren.⁷⁰ Die folgenden Jahre bestand das Problem der Uneinigkeit um die Unterbringung, und bis 1950 gab es immer noch Jüdinnen und Juden, die in desolaten Massenquartieren untergebracht waren.⁷¹

Die Ablehnung, die die „Shanghai-Rückkehrer“ erfuhren, kann exemplarisch für alle jüdischen Remigrantinnen und Remigranten gesehen werden. Von Seiten der Politik und den Behörden kam so gut wie keine Unterstützung, ganz im Gegenteil, die Jüdinnen und Juden wurden als Mitglied der „Wir-Gruppe“ abgelehnt und die Grenze zwischen „den Unsrigen“ und den jüdischen Rückkehrenden immer wieder betont.⁷² Antisemitismus und Ablehnung auf allen Ebenen, das war es, was die Überlebenden vorfanden, ganz so, als ob sie nie weg gewesen wären. Christoph Reinprecht formulierte dazu sehr treffend:⁷³

⁶⁹ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 124f; Knight, „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“, 60; Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 273; Anderl, Die Rückkehr der Unerwünschten, 86f

⁷⁰ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 125f.

⁷¹ Knight, „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“, 221.

⁷² Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 126; Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 274.

⁷³ Christoph *Reinprecht*, Emigration, Rückkehr und Identität. Aspekte jüdischer Nachkriegsidentität in Österreich. In: *Zeitgeschichte* 7/8 (1990/1991) 235-244, hier: 235.

„Nicht auf ein neues Österreich trafen die Rückkehrer, sondern auf Kontinuität, nicht auf ein vom antisemitischen Virus gereinigtes Land, sondern auf die Selbstgerechtigkeit der Ariseure, die das Geraubte als ihr Eigentum verteidigten, sowie auf eine Bürokratie und eine politische Elite, die dieser Haltung Vorschub leisteten und sich um die Sorgen und Wünsche der Rückkehrer nur wenig kümmerten. So mußten (sic!) selbst jene, die auf erinnerungsfähige und hilfsbereite Menschen trafen, sich eingestehen, daß (sic!) ihre im Exil genährten Hoffnungen und Erwartungen hinsichtlich eines generellen Wandels der Gesellschaft Illusionen entsprungen waren (...)“

Im folgenden Kapitel soll nun die Situation der aus Osteuropa geflüchteten Jüdinnen und Juden, die auf ihrem Weg nach Palästina oder in die USA, in Österreich ankamen, umrissen werden.

3.2 Jüdische DPs in Österreich

Mit dem Ende des Krieges waren die jüdischen Gemeinden in Mittel- und Osteuropa vollständig zerstört. Von den 800.000 überlebenden Jüdinnen und Juden, die hier ursprünglich ansässig waren, wollten rund 250.000 Europa verlassen. Dieser dadurch ausgelöste Exodus, dessen Ziel entweder in den USA oder Palästina lag, führte jedenfalls in Richtung Westen und damit nach Österreich und Deutschland.⁷⁴

Bei den in Österreich durch die westalliierten Truppen vornehmlich aus dem KZ Mauthausen und seinen Nebenlagern in Ebensee, Gusen und Günskirchen⁷⁵ befreiten Jüdinnen und Juden handelte es sich schätzungsweise um 20.000 bis 25.000 Überlebende. Auch in Wien und Umgebung konnten 2.000 Wiener Jüdinnen und Juden sowie einige Tausende Deportierte aus anderen Ländern den Krieg überleben. Bei letzteren handelte es sich um 16.000 ungarische Jüdinnen und Juden, die 1944 zur Zwangsarbeit nach Wien deportiert wurden, und zum Teil beim Bau des Südostwalls

⁷⁴ Thomas Albrich, Zwischenstation des Exodus. Jüdische Displaced Persons und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Gernot Heiss, Oliver Rathkolb (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995) 122-139, hier: 122.

⁷⁵ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 123.

eingesetzt wurden.⁷⁶ Dazu kamen noch tausende Überlebende aus den KZ Dachau, Buchenwald und Theresienstadt, die bald nach Kriegsende eintrafen.⁷⁷

Insgesamt belief sich die Zahl der DPs in Österreich auf 1.650.000 Heimatlose, das Ziel der Alliierten war es nun, diese möglichst schnell in ihr Herkunftsland zurückzuführen. Jene jüdische Überlebende, die aus gesundheitlichen Gründen noch nicht in der Lage waren, in ihre Heimat zurückzukehren, wurden von alliierten Streitkräften betreut.

Während die ungarischen Jüdinnen und Juden, sobald ihre körperliche Verfassung es zuließ, in ihre Heimat zurückkehrten, waren es vor allem jüdischen Überlebenden aus Polen, die sich gegen eine Repatriierung wehrten.⁷⁸

Für die, die sich auf den Rückweg in ihr Herkunftsland nach Osteuropa machten, war Wien der erste Zwischenstopp. Hier wurde Anfang Juli das „Internationale Komitee“ gegründet, welches bis in die 1950er Jahre das Rothschildspital in Währing betrieb, die erste Aufnahmestation und das wohl wichtigste Lager für Flüchtlinge.

Nachdem in den ersten Monaten nach Kriegsende viele DPs im Zuge der alliierten Repatriierungsmaßnahmen Österreich verlassen hatten, wurden Mitte Juli bereits nur mehr 5.000 jüdische „Staatenlose“ verzeichnet, die in kleineren Lagern in den westlichen Besatzungszonen untergebracht waren.

3.2.1 Der „jüdische Exodus“ aus Osteuropa

Viele der bereits nach Osteuropa Heimgekehrten hatten sich auf Grund von andauerndem Antisemitismus und der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Nachkriegssituation doch entschlossen, auszuwandern.⁷⁹

In diesem Zusammenhang können drei große Fluchtwellen vor der Staatsgründung Israels 1948 unterschieden werden, die sich auf die Zahl der Flüchtlinge in Österreich auswirkten, wobei die erste bereits im Sommer 1945 hauptsächlich aus Polen einsetzte.⁸⁰ Die Flüchtlingsroute führte dabei durch die Tschechoslowakei und Budapest direkt nach Wien, doch auch der Weg über die burgenländische Grenze und damit durch die britische Zone nach Italien war zu jener Zeit möglich.⁸¹

⁷⁶ Christine Oertel, Wien: Tor zur Freiheit? Die Bricha und das Rothschildspital. In: Thomas Albrich (Hg.) Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der jüdische Exodus durch Österreich nach 1945 (Innsbruck/Wien 1998) 49-66, hier: 49.

⁷⁷ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 123.

⁷⁸ Oertel, Wien: Tor zur Freiheit, 49f.

⁷⁹ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 123; Oertel, Wien: Tor zur Freiheit, 50.

⁸⁰ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 122.

⁸¹ Albrich, Zionisten wider Willen, 28.

Im Sommer 1946 kam es durch eine panikartige Flucht aus Polen zu einem vorläufigen zahlenmäßigen Höhepunkt des Exodus. Das grausame Pogrom in Kielce, welches 42 Menschenleben forderte, war der Auslöser dafür, dass täglich Tausende Jüdinnen und Juden illegal durch die Tschechoslowakei in Richtung Österreich flüchteten.⁸² Ausgelöst wurde dieses Pogrom durch den Vorwand eines Ritualmordes an einem christlichen Kind, eines der ältesten antijüdischen Märchen.⁸³

Die Flucht selbst gestaltete sich als sehr gefährlich, so wurden die Flüchtenden häufig von Grenzsoldaten und Fluchthelfern um ihre ohnehin wenigen Habseligkeiten gebracht, und kamen so völlig mittellos in Wien an. Im Laufe dieser zweiten Flüchtlingswelle kamen fast 100.000 polnische Jüdinnen und Juden, davon weniger als 10 Prozent mit gültigen Reisepapiere, in Wien an.⁸⁴

Dem „polnischen Exodus“ folgte ein Jahr später, also 1947, die „Hungerflucht“ aus Rumänien. Diese führte dazu, dass etwa 30.000 rumänische Jüdinnen und Juden durch Ungarn nach Österreich flohen. Auch hier kann, ähnlich wie bei der vorangegangenen Flüchtlingswelle, ein radikaler Antisemitismus als eines der Hauptmotive festgehalten werden. Gepaart mit den gesellschaftspolitischen Veränderungen in Rumänien, die die Mittelklasse aus dem Wirtschaftsleben verdrängte und Fabriksbesitzer proletarisierte, und den Hungersnöten sahen die Jüdinnen und Juden die Flucht als einzige Möglichkeit an, sich ein neues Leben aufzubauen.⁸⁵

Damit entwickelten sich die jüdischen DPs zu einem einzigartigen Problem, denn obwohl die Mehrheit der in Österreich befreiten Jüdinnen und Juden in ihre Heimat zurückgekehrt war, kamen die meisten früher oder später auf illegalem Wege, und damit aus rechtlicher Sicht nicht mehr als DPs, doch nach Österreich zurück, um anschließend über Italien nach Palästina oder in die USA zu gelangen.⁸⁶ Die Flüchtlinge, die bereits im August 1945, also im Zuge der ersten Flüchtlingswelle, wieder nach Österreich zurückgekehrt waren, trafen hier auf eine bereits entwickelte, ideale Infrastruktur, da die nach Kriegsende verbliebenen Jüdinnen und Juden ein „demokratisches Selbstverwaltungssystem“ und ein im Entwickeln befindliches Fluchthilfenetz, welches sich von Polen bis nach Italien spannte, geschaffen hatten. An neuralgischen Knotenpunkten auf der Strecke entwickelten sich darüber hinaus auch jüdische

⁸² Albrich, Zwischenstation des Exodus, 125;

⁸³ Albrich, Zionisten wider Willen, 31.

⁸⁴ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 125; Albrich, Zionisten wider Willen, 31.

⁸⁵ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 128.

⁸⁶ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 123; Oertel, Wien: Tor zur Freiheit, 50.

Hilfskomitees zur Unterstützung der vorbeiziehenden jüdischen Flüchtlinge. Diese wurden, genau wie die selbstverwalteten DP-Lager, von der jüdischen Fluchthilfeorganisation „Brichah“, hebräisch für „Flucht“, übernommen, deren Aufgabe darin lag, den Weg für jüdische Flüchtlinge kostenlos von Osteuropa nach Palästina zu ebnen und die illegalen Grenzübertritte zu ermöglichen. In Österreich waren dafür etwa 150 Personen in 25 Stützpunkten entgegen aller Widerstände bis Ende 1948 tätig.⁸⁷

Bis Ende September 1945 war das österreichische DP-Lagersystem gut entwickelt und organisiert, die meisten der jüdischen Lager befanden sich dabei in der amerikanischen Zone, die größten in und um Linz sowie in Wels und Ebensee, während die größten Lager der britischen Zone in Graz, Trofaiach und Judenburg lagen.⁸⁸

Die erste Station in Österreich bildete jedoch, ähnlich wie bei der früheren Heimreise, Wien, wo den Flüchtlingen, die zum Teil in furchtbarer körperlicher Verfassung waren, Schutz und Versorgung zukamen. In der Stadt befanden sich auch die Hauptquartier der Brichah, aber auch aller Hilfsorganisationen. Darüber hinaus waren in Wien auch die alliierten Besatzungsbehörden und die Hauptbüros der United Nations Relief and Rehabilitation Administration, kurz UNRRA, des American Jewish Joint Distribution Committees sowie des Internationalen Komitees stationiert.⁸⁹ Ab Oktober 1945 war auch das für Wien zuständige UNRRA-Team 350, welches dem Vienna Area Command der US-Armee unterstellt war, in der Stadt untergebracht.⁹⁰ Dies trug, neben der geographischen Lage, dazu bei, dass Wien zu einem der wichtigsten Knotenpunkte der illegalen jüdischen Flüchtlingshilfe wurde.⁹¹

In der Stadt gab es mehrere DP-Lager, davon waren etwa 13 rein für jüdische DPs, das wichtigste allerdings war das Rothschildspital in der amerikanischen Zone, welches bis zu 600 Personen fassen konnte. Der Zustand des Lagers kann als relativ desolat beschrieben werden, ähnlich sah dies in den anderen Lagern Wiens aus. Teilweise herrschte ein Personalmangel und häufig fehlte es an Verpflegung und Waren des täglichen Gebrauchs.⁹²

Verwaltet wurden die DP-Lager zunächst von der DP-Abteilung des Vienna Area Command der US-Armee, später vom UNRRA-Team 350. Ab Mai 1946 übernahm dann die UNRRA selbst für die jüdischen Lager Rothschildspital, Alserbachstraße,

⁸⁷ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 123f.

⁸⁸ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 124.

⁸⁹ Oertel, Wien: Tor zur Freiheit, 50.

⁹⁰ Oertel, Wien: Tor zur Freiheit, 55.

⁹¹ Oertel, Wien: Tor zur Freiheit, 50f;

⁹² Oertel, Wien: Tor zur Freiheit, 57.

Frankgasse, Rupertusplatz, Strudelhofgasse und Seegasse die administrative Verantwortung. Das UNRRA-Team war nun unter anderem für die Versorgung der ankommenden Flüchtlinge, erträgliche Lebensbedingungen und die medizinische Betreuung und Registrierung zuständig. Darüber hinaus war die UNRRA auch bemüht, den DPs Ausbildungen zu ermöglichen. Dazu wurden Werkstätten und Arbeitsmaterial zur Verfügung gestellt.

Innerhalb der Lager waren es jedoch demokratisch gewählte Leitungen, die die Verantwortung übernahmen. Dies hatte vor allem den psychologischen Effekt, dass ein Gefühl von Eigenverantwortlichkeit geschaffen wurde. Bis Ende Juli 1946 war es gelungen, dass alle DP-Lager verwaltungsmäßig so gut wie unabhängig waren und eigene Lagerleitungen hatten. Darüber hinaus war auch die medizinische Betreuung, die Verpflegung und die Reinigung innerhalb der Lager organisiert.⁹³

Ende November 1945 belief sich die offizielle Zahl der jüdischen DPs auf 12.500, wobei sich davon 6.000 in der US-Zone, 3.500 in der britischen, 500 in der französischen Zone und 2.500 in Wien befanden. Zu dieser Zeit kamen jedoch wöchentlich bis zu 1.000 Jüdinnen und Juden hinzu, die aus Polen, Ungarn und Rumänien geflüchtet waren, um über Italien nach Palästina zu gelangen. Bis Ende des Jahres stabilisierte sich die Lage allerdings, da sich in der US-Zone nun zwei zusätzliche winterfeste jüdische DP-Lager, nämlich die Siedlung Bindermichl für 2.200 Personen und Hotels in Bad Gastein, die Platz für 1.250 DPs boten, befanden.⁹⁴

Besonders von den britischen Alliierten erhielten die jüdischen DPs jedoch nur wenig Unterstützung, so erwogen diese schon früh Maßnahmen gegen die Flüchtlinge. In London wurde sogar eine gewaltsame Repatriierung der Jüdinnen und Juden in Betracht gezogen. Nachdem die britischen Besatzungsbehörden in Österreich von diesem Plan abrieten und aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung, wurde die Vorgehensweise verworfen, und man beschränkte sich in der britischen Zone auf verschärfte Grenzkontrollen und Überwachung der jüdischen DPs. Allerdings versuchten die britischen Alliierten weiterhin, die anderen Besatzungsmächte zu Maßnahmen gegen die Fluchtbewegung aus Osteuropa zu überreden. Diese Bestrebungen blieben erfolglos, einzig die Transitroute innerhalb Österreichs wurde verlegt. Ab Jahresende 1945 führte die Strecke nun nicht mehr durch die britische Zone nach Italien, sondern durch die US-Zone und über Tirol. Dies lässt sich jedoch eher auf die privilegierte Behandlung der DPs

⁹³ Oertel, Wien: Tor zur Freiheit, 56.

⁹⁴ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 124.

durch die amerikanischen Alliierten und deren Asylpolitik zurückführen, als auf die Insistenz der Briten.

Neben der besseren Ausstattung der Lager und den höheren Rationen sprach auch die Möglichkeit der ungestörten Arbeit der „Brichah“ für die US-Zone. Die US-Armee unterstützte die Organisation sogar inoffiziell, indem sie ab Jahresende 1945 den Transfer der jüdischen Flüchtlinge von Wien, wo sie „halbgefälschte“ Papiere erhielten, in die US-Zone organisierte sowie die illegale Weiterreise mit Hilfe der „Brichah“ nach Deutschland oder Italien nicht verhinderte.⁹⁵ Dieses illegale Unterfangen gelang vor allem auf Grund von persönlichen Kontakten zu den Verantwortlichen der amerikanischen Besatzungsmacht und der damit einhergehenden Hilfe von deren Seiten.⁹⁶ Dies geschah ganz klar ohne Wissen und Einverständnis der deutschen US-Besatzungsbehörde.

Finanziert wurde der jüdische Exodus dabei durch das „American Jewish Joint Distribution Committee“, welches auch als „legaler Arm und Finanzier des jüdischen Untergrundes“ fungierte.⁹⁷

Im Zuge des „polnischen Exodus“ im Jahr 1946 brach das bisher gut funktionierende System der „Brichah“ auf Grund der nicht mehr zu bewältigenden Menge an ankommenden jüdischen Flüchtlingen zusammen. Da das illegale Durchschleusen nach Deutschland und Italien nun nicht mehr möglich war, stauten sich die Menschen in der US-Zone, was zur Überforderung aller beteiligten Parteien führte, und auch die angespannte Ernährungslage trug nicht zur Verbesserung des Zustandes bei. Dies hatte zur Folge, dass sich die Lebensbedingungen in den Lagern stark verschlechterten, was mehr als negativ auf das Gemüt der jüdischen Flüchtlinge, die sich noch lange nicht von ihrem Trauma erholt hatten, auswirkte.⁹⁸ Daraufhin verhandelten die Amerikaner mit der tschechoslowakischen Regierung über die Durchreise der Jüdinnen und Juden durch die jeweiligen Länder und so einigten sie sich auf eine geregelte Einreise in Österreich sowie eine geregelte Ausreise der Flüchtlinge aus Polen.⁹⁹

Die Flüchtlingssituation blieb allerdings weiterhin kritisch, vor allem als es zur dritten Flüchtlingsswelle innerhalb von zwei Jahren kam, diesmal aus Rumänien im Frühjahr 1947. Dieser „rumänische Exodus“ fiel genau mit jenem Zeitpunkt zusammen, ab dem es

⁹⁵ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 124f.

⁹⁶ Oertel, Wien: Tor zur Freiheit, 55.

⁹⁷ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 125.

⁹⁸ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 125f.

⁹⁹ Albrich, Exodus durch Österreich, 115.

keine DP-Organisation durch die Amerikaner mehr gab. Das Amerikanische Kriegsministerium hatte beschlossen, keine jüdischen Flüchtlinge mehr in den DP-Lagern aufzunehmen. Das bedeutete, dass Flüchtende zwar in Österreich einreisen konnten, allerdings erhielten sie keinerlei Unterstützung mehr von amerikanischen Alliierten. Die Gründe dafür dürften wohl in den zu hohen Kosten der Flüchtlingsbetreuung liegen sowie in dem Versuch, eine Masseneinwanderung in die US-Zone zu vermeiden.¹⁰⁰

Doch nicht nur die US-Armee verweigerte den rumänischen Jüdinnen und Juden, die beinahe verhungert in Wien ankamen, die Hilfe, auch die österreichische Bundesregierung sah sich nicht in der Verantwortung, für die Flüchtlinge zu sorgen. Da die „Brichah“ an dieser Stelle ebenfalls nicht helfen wollte, die rumänischen Jüdinnen und Juden waren ihrer Meinung nach nicht geeignet für die Ansiedelung in Palästina, und auch die UNNRRRA nicht helfend eingriff und die neue UN-Flüchtlingshilfe IRO* noch nicht aktiv war¹⁰¹, blieben nur das Internationale Komitee und der Joint über, die sowohl Unterkünfte als auch Nahrung zur Verfügung stellten¹⁰²

Da die sowjetischen Alliierten eine Weiterreise nach Westen verweigerten, stieg die Zahl der nach Wien kommenden Flüchtlingen täglich, in diesem Rhythmus verschlimmerten sich auch die Zustände in den Lagern. Erst im August, als Hunger und Tuberkulose den Alltag der rumänischen Flüchtlinge beherrschte, übernahm die Regierung deren Versorgung. Auch die „Brichah“ konnte ob der untragbaren Zustände nicht mehr untätig zusehen und organisierte den illegalen Transit in die US-Zone, und so nahmen die jüdischen Flüchtlinge aus Rumänien in den Lagern die Plätze der weitergereisten polnischen Jüdinnen und Juden ein.¹⁰³

Nachdem im Mai 1948 der Staat Israel gegründet wurde, beschlossen alle für die Flüchtlinge zuständigen Stellen, welche die Besatzungsmächte, die jüdischen Hilfsorganisation und die beiden Staaten Israel und Österreich waren, das „DP-Problem“ durch die Auswanderung nach Israel zu lösen. Der Bedarf Israels an Emigrantinnen und Emigranten kam Österreich und auch Amerika sehr gelegen, und wurde von den Hilfsorganisationen unterstützt. Mittels Propaganda wurden die jüdischen Flüchtlinge nach Israel gelockt, wer sich weigerte, erhielt keine materielle Unterstützung mehr. Die

¹⁰⁰ Albrich, Exodus durch Österreich, 147f.

¹⁰¹ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 128.

* International Refugee Organisation

¹⁰² Albrich, Exodus durch Österreich, 148; Albrich.

¹⁰³ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 128f.

meisten DPs folgten dem Ruf und wanderten, auch in Ermangelung einer Alternative, nach Israel aus.¹⁰⁴

3.2.2 Das Wiederaufleben des Antisemitismus in der Bevölkerung

Nicht einmal durch die Shoah konnte der Antisemitismus etwas von seiner Kraft einbüßen, so verlor er zwar seine Legitimation, blieb jedoch als „Vorurteilskomplex“ im „Untergrund der Privatheit“ tabuisiert erhalten.¹⁰⁵ Man spricht in diesem Zusammenhang häufig von einem „latenten Antisemitismus“, einer neuen Form, die sich klar von der der Vorkriegsjahrzehnte unterscheidet.

Latenz bedeutet grundsätzlich den „Ausschluß (sic!) bestimmter Themen und Anschauungen aus der öffentlichen Kommunikation“. Im Kontext von Antisemitismus wird „latent“ jedoch häufiger im Sinne von „unbekannt, unbewußt (sic!) oder verdrängt“ verwendet. In diesem Zusammenhang wird damit gemeint, dass viele Menschen gar nicht wissen, dass „sie antijüdisch eingestellt sind“, und dass die vordergründige und oberflächliche Beruhigung des Antisemitismus über das tatsächliche Bestehen hinwegtäuschte. Die öffentlich-moralische Tabuisierung hatte also keine verminderte antijüdische Einstellung zur Folge, sondern ein Weiterbestehen in latenter Art und Weise. So wandelte sich die Erscheinungsweise des österreichischen Antisemitismus von einer offenen, politische instrumentalisierten hin zu einem Verschwinden aus der Öffentlichkeit und Politik nach Kriegsende. Innerhalb der privaten Meinung konnte der Antisemitismus jedoch weiterleben.¹⁰⁶

Dies hatte zur Folge, dass die jüdischen DPs und Flüchtlinge in Österreich nur wenig Zuspruch fanden, weder in der Bevölkerung noch auf politischer Ebene. Obwohl die jüdischen DPs im Vergleich zum gesamten Flüchtlingsproblem nur einen kleinen Prozentsatz ausmachten, waren sie es, die die Rolle des Sündenbocks in der Bevölkerung übernahmen, und waren so mit einer immer größer werdenden Ablehnung

¹⁰⁴ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 122f.

¹⁰⁵ Albrich, Exodus durch Österreich, 180; Bernd *Marin*, Nachwirkungen des Nazismus. Ein Reproduktionsmodell kollektiver Mentalität. In: John *Bunzl*/Bernd *Marin*, Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studie (Innsbruck 1983) 193-224, hier: 193.

¹⁰⁶ Werner *Bergmann*, Rainer Erb, Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946 – 1989 (Opladen 1991) 275f.

in Form von Neid und Fremdenfeindlichkeit, und damit gesellschaftlich bewahrten Vorurteilen konfrontiert.¹⁰⁷

In den Salzburger Nachrichten wird in diesem Zusammenhang im September 1946 über die „alarmierende Gefahr“ der Geschlechtskrankheiten berichtet. So heißt es:¹⁰⁸

„Das Überhandnehmen der Geschlechtskrankheiten zählt zu den brennendsten Problemen unseres Landes. (...) Der Herd dieser Krankheiten befindet sich nicht so sehr bei der österreichischen Zivilbevölkerung, sondern hauptsächlich in den Ausländerlagern. Besonders der Zuzug der zahlreichen jüdischen Flüchtlinge aus Polen (...) bedeuten (sic!) eine ständig drohende Gefahr.“

Ab Anfang 1946 brach der unterschwellige Antisemitismus immer offener hervor, als Hauptmotiv dafür lässt sich, wie bereits erwähnt, klar der Neid festhalten, der „sich aus dem Vergleich der eigenen tristen Lage mit dem scheinbaren Wohlleben der jüdischen DPs“ ergab.¹⁰⁹ Es herrschte in der Bevölkerung auch die Annahme, dass die Jüdinnen und Juden nach dem Überleben der Shoah auf Grund von Privilegien, die sie erhielten, in Form von besseren und zusätzlichen Rationen und der Befreiung von der Arbeitspflicht, nun als Nutznießer die Lage genossen und in Freude lebten. In diesem Zusammenhang wurde den jüdischen Flüchtlingen unterstellt, „fett zu werden und faul herumzuliegen, während die österreichische Bevölkerung hungere.“¹¹⁰ Die Leiden, die die Jüdinnen und Juden erlitten hatten, wurden dabei vollkommen ignoriert.¹¹¹

Dieser latente Antisemitismus der Bevölkerung fand schon bald anlässlich eines Fußballspieles am 24. März 1946 auf dem Red-Star-Platz im 15. Wiener Gemeindebezirk Eingang in die internationale Presse. Während dem Spiel kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der Polizei und der jüdischen Mannschaft Hakoah, da Wörter wie „Saujuden“ gefallen waren. In dem Polizeibericht heißt es wie folgt:¹¹²

¹⁰⁷ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 122; Albrich, Exodus durch Österreich, 181; Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 170.

¹⁰⁸ Salzburger Nachrichten, 10. September 1949, 3.

¹⁰⁹ Albrich, Exodus durch Österreich, 181.

¹¹⁰ Zit. nach: Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 66.

¹¹¹ Erika *Weinzierl*, Antisemitismus in Österreich heute: Altes im Neuen?. In: Ingrid *Böhler*, Rolf *Steininger* (Hg.), Österreichischer Zeitgeschichtetag 1993. 24. Bis 27 Mai 1993 in Innsbruck (Innsbruck/Wien 1995) 279-286, hier: 280.

¹¹² Zit. nach: Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 167.

„Als in letzter Minute vom Schiedsrichter gegen Hakoah ein Strafstoß angeordnet wurde, kam es zunächst zu einer Anrempelung des Schiedsrichters, die zu einer allgemeinen Schlägerei führte, weil angeblich von unbekannter Seite die Worte „Saujuden“ gefallen sind.“¹¹³

Dieser Polizeibericht erwähnt auch einen Vorfall während eines Spiels an einem anderen Tag, bei dem „Ins Gas mit ihnen“ aus dem Zuschauerraum gerufen wurde, über den die New York Times unter dem Titel „Anti-semitic Fight at a Vienna Game“ berichtete.¹¹⁴

Am 2. Mai 1946 warfen ehemalige NSDAP-Mitglieder aus dem Publikum während der Vorstellung des alliierten Dokumentarfilms „Todesmühlen“, mit offenen antisemitischen Parolen wie „Sieg-Heil!“ und „Heil Hitler“ um sich.¹¹⁵

Ebenfalls zu jener Zeit sorgte die Erschießung eines unbeteiligten jüdischen DP bei der Festnahme zweier anderer jüdischer Flüchtlinge wegen dem Verdacht des Schleichhandels im Lager Alserbachstraße im 9. Bezirk in Wien für Aufsehen. Ein 16-jähriger polnischer Jude namens Moritz Gottesmann wurde dabei erschossen, wobei auch Passantinnen und Passanten aktiv mitwirkten. Dieser junge Mann gilt dabei als das erste Opfer der die nächsten Jahre andauernden Konflikte um die jüdischen DPs.¹¹⁶

Dieser offene Antisemitismus nur ein Jahr nach Kriegsende hatte für Österreich keine Konsequenzen von Seiten der Alliierten, da dieser bei den Briten auf Verständnis stieß. Ihr Verständnis gingen sogar so weit, dass sie den Antisemitismus „als immer schon festen Bestandteil der österreichischen Mentalität und mitteleuropäischen Geisteshaltung erachteten und quasi als Naturgegebenheit akzeptierten.“¹¹⁷

Auch Straftaten, die durch jüdische DPs begangen wurden, oder auch ihr teilweise recht provokantes Auftreten wurden vordergründig dazu verwendet, die eigene ablehnende und antisemitische Haltung rechtfertigen, und, damals wie heute, von einigen wenigen auf eine ganze Gruppe zu schließen und damit ein Volk kollektiv zu beschuldigen.¹¹⁸ Auch das Verhalten vieler DPs sorgte für Irritierung in der Bevölkerung, war dieses doch von einer starken psychischen Unsicherheit geprägt, die, bedingt durch die jahrelange Verfolgung und Ermordung sowie das Festsitzen in einem der Täterländer, sie abnormal

¹¹³ Zit. nach: Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 167.

¹¹⁴ Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 168f.

¹¹⁵ Weinzierl, Antisemitismus in Österreich heute: Altes im Neuen?, 280.

¹¹⁶ Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile in Österreich, 168.

¹¹⁷ Albrich, Exodus durch Österreich, 182.

¹¹⁸ Albrich, Exodus durch Österreich, 169.

reagieren ließ. So berücksichtigten die jüdischen DPs nicht immer die Eigentumsrechte der Bevölkerung und es kam immer wieder zu Nahrungsmitteldiebstählen, da sie der Meinung waren, dass ihnen diese auf Grund ihres Schicksals im Dritten Reich zustanden. Ihr Vorgehen wurde dabei teilweise auch als brutal, rücksichtslos und zu Gewalt bereit, wie in Berichten aus dem Lager Badgastein festgehalten, beschrieben.¹¹⁹ Ausgelöst wurde dieses durch reale oder nur empfundene Diskriminierungen durch Einheimische, die von den jüdischen DPs dann in weiterer Folge als Nazis beschimpft wurden. Die Flüchtlinge widersetzten sich in diesem Zusammenhang auch teilweise den Anordnungen der Behörden.¹²⁰

In diesem Zusammenhang steht auch ein Vorfall in Salzburg, als ein Straßenbahnfahrer einen jüdischen DP beschimpfte, da dieser nicht vorschriftsmäßig auf den Zug aufgesprungen war. Daraufhin griffen 30 DPs die Straßenbahn an, zerschlugen Fensterscheiben und attackierten sowohl Fahrer als auch Schaffner. An diesem Beispiels zeigt sich die Tendenz der jüdischen DPs, zu überreagieren, was zum einen auf ihren psychischen Ausnahmezustand zurückzuführen ist, zum anderen wurden sie allerdings auch häufig provoziert oder unverhältnismäßig stark restringiert.¹²¹

Diese schwierige Situation hatte ein Aufleben der alten antisemitischen Klischees zur Folge, so demonstrierten in Bad Ischl, Braunau und Ranshofen Frauen gegen die jüdischen Flüchtlinge mit der Begründung, dass diese ihren Kindern die Milch wegtrinken würden.¹²² Die „Ischler Milchdemonstration“ im August 1947 ging sogar so weit, dass 150 Demonstrantinnen vor das örtliche DP-Lager zogen und gewaltdtätig wurden.¹²³

So gab der Leiter des Lagers später zu Protokoll:¹²⁴

„(...) Vor dem Lager (..) machte dieser Demonstrationszug (...) halt. Es wurden sodann aus der Menge Rufe laut, wie haut die Juden tot, hängt die Saujuden auf usw., wobei auch aus der Menge Steine auf die Fenster des Lagers geworfen wurden, wobei eine Fensterscheibe in Trümmer ging. Als ich von meinen Polizisten (...) die Meldung von der Menschenansammlung erhielt,

¹¹⁹ Norbert Ramp, „Die DP bezahlen alle Preise ...“ Vorurteile und Konflikte zwischen Einheimischen und jüdischen DPs in Salzburg und Oberösterreich. In: Thomas Albrich (Hg.) Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der jüdische Exodus durch Österreich nach 1945 (Innsbruck/Wien 1998) 137-160, hier:150f.

¹²⁰ Ramp, „Die DP bezahlen alle Preise ...“, 153.

¹²¹ Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 170.

¹²² Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 66.

¹²³ Ramp, „Die DP bezahlen alle Preise ...“, 142f.

¹²⁴ Zit. nach: Norbert Ramp, „Die DP bezahlen alle Preise ...“, 143.

begab ich mich sofort zum Haustor, rief meine Leute ins Innere des Hauses und liess (sic!) das Tor schließen, an welchen Vorhaben mich aber bereits Frauen aus dem Demonstrationzug abzuhalten versuchten (...) Als das Tor geschlossen war, wurde von den Demonstranten (...) versucht, das Tor zu öffnen, was ihnen aber nicht gelang.“

Dieser Vorfall zog weite Kreise um sich, und so mussten sich auf Grund der Beschwerde der Israelitischen Kultusgemeinde auch die österreichischen Behörden mit der Demonstration befassen. Ein Bericht eines gesandten Abteilungskommandanten der Gendarmerie erkannte folgende Ursache für die Demonstration¹²⁵:

„Wie es im Judenlager zugeht, wurde nicht nur von den Schleichhändlern, denen sie Geber und Abnehmer sind, sondern auch von den im Lager selbst beschäftigten Putzfrau der Öffentlichkeit erzählt. Es ist in Bad Ischl und darüber hinaus ein allgemeines Gespräch, dass es im Judenlager in Bad Ischl alles zu kaufen gibt, daselbst ein förmliches Prasserleben geführt werden soll, wogegen die Kinder und die arbeitende Bevölkerung auf die dürftigsten Lebensmittel, wie Milch, Eier usw verzichten muß (sic!) (...)“¹²⁶

Dies ist nur ein Beispiel von vielen dafür, dass, obwohl in der Nachkriegszeit ein Großteil aller Österreicherinnen und Österreicher am Schwarzmarkt aktiv waren, es den jüdischen DPs besonders angelastet wurde, und ihre Beteiligung daran in der Presse übermäßig betont wurde.¹²⁷ Schon Ende 1945 wurde der Schwarzhandel der polnischen Jüdinnen und Juden als Rechtfertigung für den wiederauflebenden Antisemitismus in Bevölkerung angeführt.¹²⁸ Damit einher ging auch ein Aufleben alter antijüdischer Vorurteile, wie das vom „jüdischen Schieber“.¹²⁹

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Umfrage, die von amerikanischen Alliierten durchgeführt wurde, und am 19. Mai 1947, also zur Zeit des rumänischen Exodus, im „Vorbericht zur Ermittlung NO.7“ erschien. In dieser Umfrage wurden die

¹²⁵ Ramp, „Die DP bezahlen alle Preise ...“, 144.

¹²⁶ Zit. nach: Norbert Ramp, „Die DP bezahlen alle Preise ...“, 144.

¹²⁷ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 67; Oliver Rathkolb, „Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile in Österreich“, 170.

¹²⁸ Albrich, Exodus durch Österreich, 181.

¹²⁹ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 67

Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem auch zum Thema Antisemitismus befragt, sechs Fragen fielen dabei in die Kategorie I, eine in die Fragekategorie II.¹³⁰ Folgende Fragen wurden dabei gestellt:

„Sollten die Juden dieselben Lokale besuchen dürfen wie Nicht-Juden?“

„Haetten Sie etwas dagegen, wenn Juden in die gleiche Strasse (sic!) ziehen wuerden wie Sie?“

„Haetten Sie etwas dagegen, wenn Juden in das gleiche Haus ziehen wuerden wie Sie?“

„Wuerden Sie mit einem Juden zusammenarbeiten?“

„Wuerden Sie unter einem Juden arbeiten?“

„Sollte ein Wiener-Maedel, das einen nicht-arischen Mann heiratet, geachtet und verurteil werden?“

Die zur Fragekategorie II zählende Frage lautete, „inwiefern die gegen die Juden gerichteten Maßnahmen gerechtfertigt waren“, wobei die Antwortmöglichkeiten „in keiner Weise gerechtfertigt“, „Hitler ist in der Behandlung der Juden zu weit gegangen, aber irgend etwas mußte (sic!) geschehen, um sie in den Schranken zu halten“ sowie „Juden ist es unter Hitler so ergangen, wie sie es verdienten“ zur Verfügung standen.¹³¹

Bei allen Fragen erfuhren die nicht-antisemitischen Antwortmöglichkeiten die meiste Zustimmung. Durch den Vergleich mit einer Umfrage ein Jahr später, 1948, bei der vier vergleichbare Fragen gestellt wurden, kann jedoch festgehalten werden, dass die explizit antisemitischen Antworten zwar in der Minderheit blieben, es aber auch zu einer Abnahme von nicht-antisemitischen Antworten kam. So verringerte sich die Anzahl der Befragten, die die Frage, ob ein „Wiener-Maedel, das einen „nicht-arischen Mann heiratet, geachtet und verurteil werden“ soll, mit „Nein“ beantworteten, im Vergleich zum Jahr davor um beinahe ein Drittel. Auch Zustimmung auf die Frage, ob die Befragten „mit einem Juden zusammenarbeiten“ würden, verringerte sich 1948 in der Relation zum Vorjahr um rund 25 Prozent.¹³²

Die Bevölkerung von Wien, Salzburg und Linz wurde darüber hinaus auch zu ihrem Verhältnis zu den DPs befragt. Auf Frage, ob die jüdischen DPs „mit der hiesigen Bevölkerung gut auskommen“, antworteten nur 11,5 Prozent der Wienerinnen und

¹³⁰ Wassermann, Naziland Österreich!?, 30.

¹³¹ Zit. nach: Wassermann, Naziland Österreich!?, 30f.

¹³² Wassermann, Naziland Österreich!?, 64.

Wiener mit „Ja“, bei der Linzer Bevölkerung waren es sogar nur 7,5 Prozent. Ähnlich sahen auch die Ergebnisse bei der Frage nach der Zuständigkeit für die Versorgung der DPs aus, wobei eine österreichische Zuständigkeit städteübergreifend stark abgelehnt wurde.¹³³

Neben der Bevölkerung traf man auch in den Medien nicht selten auf antisemitische Inhalte. Ein besonderes Beispiel dafür soll im Folgenden nun näher beleuchtet werden.

3.2.3 „Wir möchten sie los sein“

Auch in der Presse traf man häufig auf antisemitische und ausländerfeindliche Inhalte gegenüber den jüdischen Flüchtlingen. Nicht zu überbieten, ist in diesem Zusammenhang ein auf der Titelseite publizierter Artikel der Arbeiter-Zeitung aus dem Jahr 1946. Dieser ist mit „Wir möchten sie los sein“ betitelt und wird durch ein Vorkommnis bei der Aufführung von dem Theaterstück „Armut“ von Anton Wildgans „in einer oberösterreichischen Stadt“ eingeleitet. Diese Vorführung wurde von jüdischen DPs gestört, da diesen „eine Szene in diesem wundervollen Stück ‚antisemitisch‘ erschien“.¹³⁴ Dieser Vorfall lässt sich vermutlich zu den Fällen zählen, in denen die jüdischen DPs fälschlicherweise Diskriminierung wahrnahmen, da Anton Wildgans Position gegen den Antisemitismus allgemein bekannt war.¹³⁵

Erklärt wird dies im Artikel mit einer „überreizten Empfindlichkeit“ von Seiten der DPs sowie ihrem „sinnlosen Lagerleben“ und ihrer daraus resultierenden schwierigen Lage. Anschließend folgte, dass dies jedoch „Wasser auf die Mühle jener Koalition von Kommunisten und Zionisten“ ist,

„die Österreich im Ausland als nazistisch verseucht, ‚faschistisch‘ und antisemitisch verschreit. Die Leitung der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien steht zu zwei Dritteln unter kommunistischem Einfluß (sic!); und wir zweifeln, ob einer der vielen Ausländer, die sich dort Informationen holen, schon jemals eine andere als eine getarnt kommunistische, das heißt für Österreich ungünstige Auskunft bekommen hat“¹³⁶

¹³³ Wassermann, Naziland Österreich!?, 209f.

¹³⁴ Arbeiter-Zeitung, 21. August 1946, 1.

¹³⁵ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 255.

¹³⁶ Arbeiter-Zeitung, 21. August 1946, 1.

An dieser Stelle wird die Auffassung der „internationalen Intrige gegen Österreich“ vertreten, die durch „Kommunisten und Zionisten“ noch unterstützt werde. Damit schlägt dieser Artikel auch noch in die Kerbe der „vaterlandslosen Gesellen“ und bedient damit ein antisemitisches Stereotyp.¹³⁷

Auch das Bild des jüdischen DPs als Schwarzmarkthändler und damit des „jüdischen Schiebers“¹³⁸ findet an dieser Stelle Erwähnung, sie treiben es sogar „so arg, daß (sic!) die Amerikaner ihnen schließlich die zusätzlichen Rationen einstellten“. Auch von steigender Kriminalität ist die Rede, die wiederum zu einer vermehrt ablehnenden Haltung der Bevölkerung führe:¹³⁹

„(...) und in letzter Zeit kommen auch Überfälle vor. Was Wunder, daß (sic!) die Bevölkerung diese Zwangsgäste nicht gern sieht. Es sind genug unsympathische Österreicher dort, heimische und aus Wien ‚verlagerte‘ Nazi, Schieber und Fresser. Aber die heilsame Ablehnung dieser heimischen Parasiten wird völlig zurückgedrängt durch die Abneigung gegen die vielen und viel stärker sichtbaren Fremden.“

Die Kernbotschaft dieses Absatzes lautet also, dass der österreichischen Bevölkerung die Nazis und Kriegsverbrecher trotz all dem verursachten Leid lieber sind, als deren Opfer, die „Fremden“, mit anderen Worten die Jüdinnen und Juden. Deutlich wird dies auch anhand des nächsten Satzes, in dem es heißt, dass „die Juden ein besonderes Problem“ bilden, da diese nicht von polnischen oder sowjetischen Regierungen aufgehalten werden, sondern sie „gern der amerikanischen Zone – und dem armen Österreich“ überlässt. Aus diesem Grund fordert die Arbeiter-Zeitung:¹⁴⁰

„Richtig aber bleibt die Forderung über die in Österreich nahezu Einhelligkeit besteht: wir wollen von allen verschleppten Personen, mehr noch: wir wollen von allen herumlungernenden Ausländern befreit sein! (...) Wir wollen keine Nester ausländischer reaktionärer Verschwörer im demokratischen Österreich; wir wollen auch keine Ansammlungen unglücklicher, unbeschäftigter und überreizter Juden, die unvermeidlich dem antisemitischen

¹³⁷ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 255f.

¹³⁸ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 67

¹³⁹ Arbeiter-Zeitung, 21. August 1946, 1.

¹⁴⁰ Arbeiter-Zeitung, 21. August 1946, 1f.

Geflüster Vorschub leisten. Wir wollen keine Brutstätten des Elends, aus denen der Kapitalismus billige Ausbeutungsobjekte holt, und auch keine Lager ausgefütterter Nichtsteuer. Wir wollen vor allem keine Scharen ausländischer Schleichhändler und Desperados, unter denen heute das Verbrechen und morgen vielleicht der Faschismus seine Rekruten findet. Fort mit all dem“

Ausländerfeindlichkeit gegen alle DPs und unverhohlener Antisemitismus speziell gegen die jüdischen Flüchtlinge bilden die Grundlage für diesen Bericht, nicht zuletzt auch durch die Unterstellung, das jüdische Volk sei selbst am Antisemitismus Schuld, eine Darstellung die weder neu war noch ist.¹⁴¹

Für das Verhältnis zwischen den jüdischen DPs und der Bevölkerung kann festgehalten werden, dass dieses deutlich von dem zu anderen Flüchtlingsgruppen unterschied. So wurden zwar alle Flüchtlinge als ungewollte Konkurrenten in Bezug auf die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen wichtigen Gütern betrachtet, die jüdischen DPs wurden aber zusätzlich durch ihre Sonderstellung bei den Alliierten abgelehnt. Darüber hinaus wurden sie zu Sündenböcken hochstilisiert, so etwa als „Symbolfigur des Schwarzmarktes“. Das problematische Verhalten einiger jüdischer DPs trug jedoch nicht unbedingt zur Besserung dieser Situation bei, und so bekam der in Österreich tief verwurzelte Antisemitismus, nach einer anfänglichen, sehr kurzen Phase des Schocks und Mitleids, wieder Aufwind. Vor allem auch die Selbsteinschätzung der Österreicherinnen und Österreicher als „erstes Opfer des Nationalsozialismus“, welche sowohl von Seiten der Alliierten als auch gerne von Seiten der österreichischen Politik unterstützt wurde, beeinflussten das Verhältnis negativ.¹⁴² Da man versuchte, darauf eine neue österreichische Identität aufzubauen, stellten die Jüdinnen und Juden eine „störende Gruppe“ dar, die zu sehr an die eigene Schuld erinnerte, und die man daher so schnell wie möglich außer Landes haben wollte.¹⁴³

Anstatt einer gesellschaftlichen Diskussion und Aufarbeitung der Vergangenheit sowie Bekämpfung des Antisemitismus entschied sich die politische Elite für Verdrängung, Verdrängung sowohl der eigenen Geschichte als auch des nach wie vor bestehenden

¹⁴¹ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 257.

¹⁴² Ramp, „Die DP bezahlen alle Preise ...“, 156f.

¹⁴³ Albrich, Zwischenstation Exodus, 122.

Antisemitismus in der Bevölkerung.¹⁴⁴ Wie dieses politische in-den-Hintergrund-Drängen sowie etwaige antisemitische Tendenzen der Staatsmänner aussahen, soll nun im folgenden Kapitel näher beleuchtet werden.

¹⁴⁴ Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 170.

4 Antisemitische Tendenzen in der österreichischen Politik der Nachkriegszeit

Mit dem Ende des Dritten Reichs durch die Alliierten und dem Wissen um die Shoah verlor der Antisemitismus seine „institutionelle Basis als offizielle Staats- und Parteiideologie“, dennoch konnte nicht verhindert werden, dass dieser in der Gesellschaft nach wie vor in grundlegend veränderter Form präsent blieb.¹⁴⁵ Trotz des Umstandes, dass man nach 1945 nicht mehr „antisemitisch“ sein durfte und man es sowieso niemals gewesen ist, und obwohl es offiziell keine „Antisemiten, Antisemitismus oder Juden“ mehr gab, traf man, sowohl in der Öffentlichkeit als auch privat, immer wieder auf leicht zu aktivierende antisemitische Ressentiments.¹⁴⁶ Gerade ersteres, nämlich Antisemitismus als „Myth and a Taboo“¹⁴⁷, wurde von der Politik instrumentalisiert, konnte man doch so die österreichische „Lebenslüge“ vom ersten Opfer des Nationalsozialismus untermauern und Imagepflege betreiben.¹⁴⁸ Diese geschichtsverfälschende Darstellung der österreichischen Vergangenheit wurde von den österreichischen Politikern gerne persönlich tradiert, so auch vom ersten gewählten Bundeskanzler der Zweiten Republik Leopold Figl 1947:

„Es wäre unsinnig abzustreiten, daß (sic!) die nationalsozialistische Rassenpropaganda bei manchen Österreichern einen gewissen Widerhall gefunden hat; aber als sie sahen, mit welchen Mitteln der Antisemitismus in die Tat umgesetzt wurde, da waren sie geheilt. Man kann ruhig behaupten, daß (sic!) das Mitleid mit den verfolgten Juden den Antisemitismus in Österreich ausmerzte. Ich glaube nicht, daß (sic!) diese Frage auch jemals wieder auch nur die geringste Bedeutung erlangen wird.“¹⁴⁹

In dieselbe Kerbe schlägt der Wiener Bürgermeister Helmut Zilk 1987, als er anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung zum „Judentum in Wien“ von den Jüdinnen und Juden als „Opfer der Opfer“ spricht. Dass dieser dies bestimmt nicht bewusst geschichtsverfälschend meinte, zeigt allerdings, wie sehr diese Vorstellung Teil der

¹⁴⁵ Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 197.

¹⁴⁶ Ruth Wodak et al., „Wir sind alle unschuldige Täter!“ Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus (Frankfurt am Main 1990) 19; Marin, Nachwirkungen des Nazismus, 197.

¹⁴⁷ Wassermann, Naziland Österreich!?, 12.

¹⁴⁸ Wodak, „Wir sind alle unschuldige Täter!“, 9

¹⁴⁹ Zit. nach: Wodak, „Wir sind alle unschuldige Täter!“, 10.

österreichischen Identität war und wie selbstverständlich von ihre Gebrauch gemacht wurde.¹⁵⁰ Die Tatsache der österreichischen Mitverantwortung und ein Eingeständnis dessen war unmöglich, nur ein Abstreiten von jeglichem Antisemitismus und jeglicher Beteiligung an der Shoah war „mit der Vorstellung von Österreich als Opfer“ vereinbar.¹⁵¹

Im Folgenden soll das „DP-Problem“ und der politische Umgang damit kritisch beleuchtet werden, da die Tendenz der österreichischen Politiker zum Antisemitismus, die nicht immer nur eine Tendenz war, sondern teilweise auch in offene Formen ausuferte, sich besonders gut an Hand der Flüchtlingsdebatte darstellen lässt.

4.1 Die jüdischen DPs im politischen Diskurs

Da Österreich laut der Moskauer Deklaration 1943 als das erste Opfer des Nationalsozialismus galt und darauf die neue österreichische Identität gestützt wurde, stellten die jüdischen DPs eine besonders störende Gruppe dar. Waren sie es doch, die nur durch ihre Existenz die Erinnerungen, die es zu verdrängen galt, am Leben erhielten, und damit eine große Gefahr für die Opferthese darstellten. Aus diesem Grund wollte man diese schnellstmöglich aus dem Land haben und eine Integration der Flüchtlinge verhindern, nicht nur von Seiten der Bevölkerung, diese wurde auch von den verantwortlichen Politikern abgelehnt.¹⁵² Die Bundesregierung und die politischen Parteien begründeten dies immer wieder damit, dass die DPs eine schwere wirtschaftliche Last seien und ein Sicherheitsrisiko sowie eine außenpolitische Belastung für Österreich darstellen.

Obwohl diese Argumente nur bedingt zuträfen, wurden die jüdischen DPs zu einem Negativbeispiel hochstilisiert und immer wieder Ziele antisemitischer Anfeindungen, zumal man damit erfolgreich Politik betreiben konnte, da man sich mit der Bevölkerung im Einklang befand.¹⁵³

Anlässlich des rumänischen Exodus wurde die Problematik der jüdischen DPs im Ministerrat diskutiert, auch Innenminister Oskar Helmer äußerte sich dazu:

¹⁵⁰ Wodak, „Wir sind alle unschuldige Täter!“, 10.

¹⁵¹ Albrich, „Es gibt keine jüdische Frage“, 151.

¹⁵² Albrich, Zwischenstation des Exodus, 122; Albrich, „Es gibt keine jüdische Frage“, 151; Albrich, Zwischenstation des Exodus, 126.

¹⁵³ Thomas Albrich, Fremd und jüdisch: Die osteuropäischen Überlebenden des Holocaust – erste Projektionsziele des Nachkriegsantisemitismus. In: Heinz P. Wassermann (Hg.), Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung (Innsbruck 2002) 66-95, hier: 83; Albrich, Zwischenstation des Exodus, 127.

„Ich möchte hier auf die Einwanderung der Juden, die aus Rumänien nach Österreich kommen und langsam ganz Österreich überfluten, hinweisen. Die Juden flüchteten aus Rumänien, weil dort ein Progom (sic!) befürchtet wird. (...) Die Einwanderung hat einen solchen Umfang angenommen, daß (sic!) zu befürchten ist, daß (sic!) ganz Österreich von den Juden überflutet wird. (...) Die Russen in Österreich lassen auf normalen Wege die Juden nicht nach Österreich und die Ungarn wieder nicht zurück. So kampieren diese Leute, jeweils sind doch einige Hunderte, Tag und Nacht auf der Brücke zwischen den Grenzen. Wir müssen dabei nun recht vorsichtig vorgehen, da sich ja zuletzt die ganze Stimmung der amerikanischen Presse gegen uns richten könnte. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als daß (sic!) wir die Juden anständig behandeln und wir sie in Lagern unterbringen.“¹⁵⁴

Die damalige Situation war für Österreich unbestreitbar eine schwierige, wenn man bedenkt, dass im Juli täglich 100 Flüchtlinge in Wien eintrafen. Dennoch ist das Fehlen jeglicher Sensibilität und Solidarität mit den Opfern des Nationalsozialismus in Helmers Stellungnahme nicht nachvollziehbar.¹⁵⁵ Die fehlende Solidarität ist dabei jedoch nicht nur bei Helmer zu beobachten, sondern ein Charakteristikum der ganzen politischen Debatte zu diesem Thema.¹⁵⁶

Über den Innenminister sagte Bruno Kreisky, dass diesem „antisemitische Bemerkungen leicht über die Lippen kamen“ und er „den Gedanken des Anschlusses wohl nie aufgegeben“ hat.¹⁵⁷ Als Beispiel dafür soll ein von Asher Ben-Nathan, dem Leiter der Brichah und dem späteren ersten israelischen Botschafter in Deutschland, geführtes Interview mit dem Minister dienen, welches in den USA große Wellen schlug.¹⁵⁸

„Helmer versuchte mir damals zu erklären daß (sic!) es in Österreich kaum einen Antisemitismus gäbe. Dieser wäre, sofern es ihn überhaupt gibt, durch die Ostjuden ausgelöst worden, die nach dem Ersten Weltkrieg in Massen nach Österreich kamen und dort blieben. Als ich Helmer über Lueger befragte,

¹⁵⁴ Knight, „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“, 173.

¹⁵⁵ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 67; Knight, „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“, 175; Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 254.

¹⁵⁶ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 254.

¹⁵⁷ Oliver Rathkolb, Johannes Kunz, Margit Schmidt (Hg.), Bruno Kreisky: Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten (Wien 2000), 427.

¹⁵⁸ Weinzierl, Antisemitismus in Österreich, 279.

erklärte er, daß (sic!) Antisemitismus damals eine unbedeutende Erscheinung war. Österreich sei bereit, wieder die echten österreichischen Juden aufzunehmen, jedoch nicht die Ostjuden, da sich diese nicht an die österreichische Mentalität anpassen konnten. Bevor ich den Artikel zur Veröffentlichung nach Amerika schickte, ging ich zu Helmer und gab ihn ihm zu lesen. Er hatte nichts gegen die Veröffentlichung einzuwenden, ersuchte mich jedoch, ihn ein wenig abzuschwächen, da er sonst die Polen beleidigen könnte.“¹⁵⁹

Bereits im zweiten Satz wird klar, dass Innenminister Helmer der Meinung war, dass die Jüdinnen und Juden selbst die Schuld am Antisemitismus trugen, es lässt sich also eine Täter-Opfer-Umkehr festhalten. Darüber hinaus schließt er die Ostjuden aus der „Wirkgemeinschaft“ aus indem er ihnen die Integration verweigert. Er bedient sich damit einer ausgrenzenden Argumentationsstrategie, die gleichzeitig eine Gruppe der Anderen, die nicht erwünscht sind, schafft.

Auch Bundeskanzler Figl lehnte die Integration jüdischer Flüchtlinge ab, da es ansonsten zu einer erneuten „Überfremdung“ wie bereits 1918/1919 kommen würde, die wiederum „das Aufleben des Antisemitismus“ zur Folge hätte. Ein Umstand, der „in keiner Weise erwünscht wäre und vermieden werden müßte (sic!)“.¹⁶⁰ An dieser Stelle muss festgehalten werden, dass es Bundeskanzler Figl nicht darum ging, die Jüdinnen und Juden vor einem wiedererstarkendem Antisemitismus zu bewahren, sondern darum, nicht den Eindruck von antisemitischen Einstellungen zu erwecken.

Auch die Sorge des österreichischen Außenministers Gruber galt in diesem Zusammenhang nicht den Jüdinnen und Juden und deren Sicherheit, sondern er befürchtete, dass

„(...) eine steigende Welle der Agitation gegen Österreich im Gange ist. Die Beschuldigung, dass sich unter den Österreichern, insbesondere auch unter den Behörden, noch der Antisemitismus breitmacht, darf nicht leicht genommen werden. Würde Österreich nämlich durch diese Agitation die

¹⁵⁹Weinzierl, Antisemitismus in Österreich, 279.

¹⁶⁰ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 126; Knight, „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“, 145.

Unterstützung der Grossmächte (sic!) verlieren, würde das unabsehbare Folgen haben.“¹⁶¹

Ein Ausdruck von offenem Antisemitismus hätte eine Gefahr für die Staatsvertragsverhandlungen bedeutet, und so betrieb man vor allem 1946 und 1947 Imagepflege, da die Reputation der Unschuld am Antisemitismus bröckelte.¹⁶² Denn obwohl die antisemitischen politischen Handlungen in der österreichischen Presse keinen Platz fanden, so waren sie in den ausländischen Medien sehr wohl Thema.¹⁶³

Der Wiener Bürgermeister Theodor Körner reagierte auf die seiner Meinung nach falschen Anschuldigungen, die er als „Schauergeschichten“ bezeichnete, mit einem Artikel in der Wiener Zeitung. Mit „Das Märchen vom Antisemitismus“ wehrte er sich gegen den Vorwurf des Antisemitismus in Österreich und der verweigerten Restitution:¹⁶⁴

„Im Ausland erzählt man über Österreich und über Wien Schauergeschichten und ausgesprochene Dummheiten wie: Auf der Wiener Ringstraße sollen noch immer die Bänke mit der Aufschrift ‚Nur für Arier‘ stehen. Nur der Anwesenheit der Besatzungstruppen sei es zu verdanken, daß (sic!) Ausschreitungen gegen die Juden nicht stattfinden. Man fabelt, daß (sic!) aus den KZ oder der Emigration nach Österreich zurückkehrende Juden vergeblich die Wiedergutmachung des ihnen von den Nazis zugefügten Schadens anstreben. Sie sollen in Wien unfreundlich aufgenommen, ja sogar mißhandelt (sic!) werden.“¹⁶⁵

Die Empörung Körners darüber schien groß gewesen zu sein, dies vermittelt zumindest seine beinahe aggressive Leugnung von jeglichem Antisemitismus, jedoch hatte der Artikeln nichts mit der gesellschaftlichen Realität zu tun.¹⁶⁶ So könnte man dagegenhalten, dass es, wie bereits erwähnt, sehr wohl Ausschreitungen gab, und dass man 1946 im Wiener Rathaus noch immer gefragt wurde, ob man Arier oder Jude sei.¹⁶⁷ In einem Leserbrief vom 29. Dezember 1945 (!) an die Österreichische Volksstimme wird

¹⁶¹ Zit. nach: Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile in Österreich, 168.

¹⁶² Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 206; Albrich, Zwischenstation des Exodus, 126f.; Knight, „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“, 158f.

¹⁶³ Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 168.

¹⁶⁴ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 206.

¹⁶⁵ Theodor Körner, Das Märchen vom Antisemitismus in Wien. In: Wiener Zeitung, 9. Februar 1947, 3.

¹⁶⁶ Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 172.

¹⁶⁷ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 81.

darüber hinaus berichtet, dass bei den Anmeldescheinen zur Rundfunkgenehmigung immer noch folgender Satz steht:

„Ich versichere, dass weder ich noch die sonstigen mit mir in der Wohnungsgemeinschaft lebende Personen Juden oder jüdische Mischlinge sind oder als Juden gelten“¹⁶⁸

Ebenfalls einen Versuch, dem Ausland das Gegenteil zu beweisen und damit den Anschuldigungen entgegen zu wirken, machte im Herbst 1946 Bundeskanzler Figl, indem er in einem Interview hartnäckig bestritt,

„(...) daß (sic!) Österreich noch immer ein antisemitisches Land sei, (...) Solche Gerüchte und Reden werden von politischen Kreisen kreiert, die Österreich im Ausland diskreditieren wollen; (...) Die Politik der österreichischen Regierung beweise, daß (sic!) wir nicht nur den Nationalsozialismus als solchen, sondern auch den Antisemitismus als eine seiner Wurzeln auf das schärfste ablehnen und bekämpfen. (...) Der beste Beweis, wie Österreich zur Judenfrage steht, ist wohl der, daß (sic!) Juden, die von einer Reihe europäischer Staaten nach Österreich flüchten und sich hier als Displaced Persons aufhalten, zu einem Teil um Einbürgerungen in Österreich ansuchen.“¹⁶⁹

Das dies nicht der Fall wurde bereits im vorangegangenen Kapitel eingehend erläutert, und auch der Vorstand des Internationalen Komitees für jüdische KZler und Flüchtlinge im Wiener Rothschildspital Bronislaw Teicholz bemerkte dazu:

„Es mag einige Fälle von jüdischen Flüchtlingen, die um die österreichische Staatsbürgerschaft angesucht haben, geben. Es gibt aber keinen nennenswerten Prozentsatz unter den jüdischen Flüchtlingen, die auch nur daran denken, sich in Österreich niederzulassen.“¹⁷⁰

¹⁶⁸ Österreichische Volksstimme, 29. Dezember 1945, 3.

¹⁶⁹ Knight, „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“, 158f.

¹⁷⁰ Albrich, Zwischenstation des Exodus, 128.

Dass Figl auch mit dem ersten Teil seiner Argumentation falsch lag, nämlich damit, wie sehr die österreichische Politik beweise, dass sie den Antisemitismus vehement ablehne, soll die Darstellung der folgenden Politiker zeigen.

4.1.1 Leopold Kunschak

In diesem Zusammenhang besonders hervor tat sich Leopold Kunschak, der nach Benz den „Prototyp des christlich-sozialen Politikers aus der Kaiserzeit und der Ersten Republik“¹⁷¹ verkörperte. Der Mitbegründer der Zweiten Republik und der ÖVP, der zu jener Zeit erster Nationalratspräsident war, schreckte nach Kriegsende nicht vor rassistisch-antisemitischen Ausfällen zurück, und blieb damit seiner Vorkriegslinie treu. Bereits 1919 hatte er einen Gesetzesentwurf über „Die Rechtsverhältnisse der jüdischen Nation“ entwickelt, der für österreichische Jüdinnen und Juden Sondergesetze, wie Zugangsbeschränkungen zu den Universitäten und zum öffentlichen Dienst oder auch eigene Schulen, enthielt. Dieser wurde jedoch auf Anraten des damaligen christlichsozialen Parteichefs Ingaz Seipel nicht veröffentlicht, was Kunschak jedoch 1936 in leicht veränderter Form dennoch tat.¹⁷²

Kunschaks Antisemitismus richtete sich zumeist gegen die orthodoxen Jüdinnen und Juden aus Osteuropa, die für die wirtschaftliche Krise verantwortlich gemacht wurden.¹⁷³ So sprach sich der Politiker im schon Oktober 1919 gegen die damalige Aufnahme von Flüchtlingen in Wien aus:¹⁷⁴

„Niemand kann den Wienern zumuten, daß (sic!) sie über ihr Können hinaus Opfer für landfremde Elemente bringen, daß (sic!) sie ihre eigenen Volksgenossen (...) zu Tausenden in den unglaublichsten Lebens- und Wohnverhältnissen belassen, während die Flüchtlinge von solchem Elende verschont sind. Das müßten (sic!) schließlich die Flüchtlinge selbst einsehen, wenn sie eben nicht Juden wären, denen das Gefühl für die Not des Mitmenschen mangelt. Es soll daher auch von dieser Versammlung abermals die Forderung erhoben werden: Hinaus aus Wien mit den Flüchtlingen (...)!“

¹⁷¹ Wolfgang Benz, Was ist Antisemitismus? (München 2005) 228.

¹⁷² Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015 (Wien 2015) 415; Anton Pelinka, Zur österreichischen Identität. Zwischen deutscher Vereinigung und Mitteleuropa (Wien 1990) 53f.

¹⁷³ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 182.

¹⁷⁴ Christlichsoziale Arbeiterzeitung, 18. Oktober 1919, 1f.

Man kann ruhig die Behauptung aufstellen: Die Juden sind nicht nur die Not, sondern auch die Seuche unserer Zeit (...) Der Jude will nicht nur nicht arbeiten, er will auch nicht dienen; er fühlt sich als Herrscher, sein Ziel ist die Beherrschung der anderen Völker (...) Christliches deutsches Volk, sieh dich vor, sonst wirst du aus deiner Sorglosigkeit erwachen als Sklave im Judenstaat.“

Kunschak lässt in seiner Rede, zitiert wurde zur Darstellung nur ein Ausschnitt, kaum ein Stereotyp und gängiges antisemitisches Vorurteil jener Zeit aus. Trotz dieser antisemitischen Haltung, die er sogar konsequenter als Bürgermeister Karl Lueger vertrat, wurde Leopold Kunschak nach Kriegsende, gemeinsam mit Karl Renner, zu einem „Säulenheiligen der Republik“ erklärt. Da dieser als Gegner und Opfer des Nationalsozialismus verstanden wurden, da er während der Zeit kurzzeitig in Haft geriet, stand seiner Position des Nationalpräsidenten und die Ehrenobmannschaft nichts im Wege.¹⁷⁵ Kein Wunder also, dass Kunschak sich „durch eine ausführliche Rückschau“ in die Vergangenheit die Freude (...) nicht selbst vergällen“ wollte, wie er bei seiner Antrittsrede zum Nationalratspräsidenten im Dezember 1945 formulierte.¹⁷⁶

Doch nicht nur er selbst, auch alle anderen an der Politik Beteiligten schienen seine Vergangenheit geflissentlich zu ignorieren ohne jemals eine Rechtfertigung für seine antisemitische Haltung zu fordern. Dies sollte sich als eine Tradition der Zweiten Republik herausstellen, da nur so die Vorstellung von der „Stunde Null“ tradiert werden konnte.¹⁷⁷ Der spätere Landesparteiobmann der ÖVP Wien Franz Bauer sprach von Leopold Kunschak als ein „charakterfester und lauterer Arbeitervertreter“, der mit den „Widerwärtigkeiten des politischen Lebens“ und „auch mit seinen manchmal ungeheuerlichen Verlockungen zu kämpfen“ hatte. Dennoch hält er fest, dass dieser „Kämpfe fair auszutragen“ versuchte und „im demokratischen Geiste erzieherisch zu wirken sich bemühte.“¹⁷⁸

Man war also in der Zweiten Republik sichtlich bemüht, ein beinahe „hagiographisches“, kritikloses Bild von Kunschak zu zeichnen und ihn frei von seiner Vergangenheit zu machen und damit den Antisemitismus auszuklammern.¹⁷⁹ Allerdings war es der Politiker

¹⁷⁵ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 191; Pelinka, Zur österreichischen Identität, 53-55.

¹⁷⁶ Zit. nach: Pelinka, Zur österreichischen Identität, 55.

¹⁷⁷ Pelinka, Zur österreichischen Identität, 55f.

¹⁷⁸ Zit. nach: Pelinka, Zur österreichischen Identität, 56.

¹⁷⁹ Pelinka, Zur österreichischen Identität, 57; Evelyn Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik. Ein Überblick anhand einiger ausgewählter Beispiele. In: Heinz P. Wassermann (Hg.)

selbst, dem das Ausklammern seiner Gesinnung nicht so recht gelingen wollte. So war am 7. Dezember 1945 im Schweizer „Israelitischen Wochenblatt“ zu lesen, dass es „eine Kundgebung in Wien gab“,

„die von vielen tausend Personen besucht war, um gegen die Einreise polnischer Juden zu protestieren. Dr. Kuntschak (sic!) von der Volkspartei erklärte unter heulendem Beifall, er sei immer Antisemit gewesen und bleibe es weiterhin. In Österreich hätten weder einheimische noch fremde Juden etwas zu suchen.“¹⁸⁰

Auch der New Yorker „Aufbau“ berichtete im April 1946 über Kunschaks wieder zu Tage tretenden politischen Antisemitismus:¹⁸¹

„Dass die polnischen Juden nicht nach Österreich kommen sollen, wir Österreicher brauchen aber auch die anderen nicht! (...) Die österreichische Industrie soll nicht in jüdische Hände fallen.“¹⁸²

Kunschaks Antisemitismus richtete sich in Ermangelung „eigener“ Jüdinnen und Juden hauptsächlich gegen die jüdischen DPs aus Osteuropa, die schon vor dem Krieg die Zielgruppe seiner feindlichen Haltung waren. Mit diesem Tabubruch fand er sich im Einklang mit der Bevölkerung in der ein ungebrochener Antisemitismus vorherrschte, wie bereits an anderer Stelle erläutert wurde.

Während weder in der österreichischen Presse noch von Seiten der Alliierten über Kunschaks antisemitische Entgleisungen berichtet wurde, schrieb „Der Aufbau“, eine in New York erscheinende Zeitung, dazu Folgendes:¹⁸³

„Wenn man bedenkt, daß (sic!) Leopold Kunschak, ‚der Streicher von Österreich‘, unter der neuen Regierung den wichtigen Posten eines Parlamentspräsidenten innehat und daß (sic!) derselbe Kunschak, von seiner traurigen Vergangenheit als einer der übelsten österreichischen Radau-

Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung (Innsbruck 2002) 12-65, hier: 14.

¹⁸⁰ Zit. nach: Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 168.

¹⁸¹ Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik, 13.

¹⁸² Zit. nach: Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 168.

¹⁸³ Der Aufbau, 16.4.1946, zit. nach: Albrich, „Es gibt keine jüdische Frage“, 154.

Antisemiten abgesehen, auch im neuen Österreich (...) Reden proklamieren konnte (...), so braucht man sich über diese ‚losgelassene Volkswut‘ nicht zu wundern.“

Bundeskanzler Leopold Figl musste dann allerdings doch vor Vertretern der Auslandspresse dazu Stellung beziehen.¹⁸⁴ So formulierte er:¹⁸⁵

„Kunschak was not an anti-Semite on racial grounds but on economic grounds.“

Diese Erklärung Figls suggeriert, dass seiner Meinung nach der ökonomische Antisemitismus kein richtiger Antisemitismus sei bzw. einer, der verständlich und damit verzeihlich sei. Figl ging an anderer Stelle, nämlich bei einem Treffen mit den beiden Vertretern des jüdischen Weltkongresses Altmann und Stiasny, sogar so weit zu sagen, dass er den Begriff Antisemitismus nicht nur relativierte, sondern schlicht auch ablehnte.¹⁸⁶ „Neues Österreich“ zitierte den Politiker am 12. September 1945 wie folgt:¹⁸⁷

„Antisemitismus ist ein Begriff, den wir nicht anerkennen können, weil ihm der Begriff der Rasse zugrunde liegt. Wir werden in der Wiedergutmachung keinerlei Unterschied nach Rasse oder Religion machen, sondern nach besten Kräften versuchen, alles Unrecht gutzumachen, das den Österreichern, gleichgültig welcher Abstammung, zugefügt wurde.“

Mit dieser Aussage Figls wird darüber hinaus auch deutlich, wie er zu der jüdischen Forderung nach Restitution stand und welchen Stellenwert er dieser beimaß.

Vor dem Hintergrund seiner eigenen Haltung war es von Figl damit nicht zu erwarten, dass er den Antisemitismus seines Parteifreunden Kunschak objektiv bewertet.¹⁸⁸

Kritisch zu den vielfach publizierten und zitierten Antisemitismus-Äußerungen von Kunschak in der Nachkriegszeit äußerte sich der Historiker und AHS-Lehrer Paul

¹⁸⁴ Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 168; Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 205.

¹⁸⁵ Zit. nach: Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 169.

¹⁸⁶ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 205

¹⁸⁷ Neues Österreich, 12. September 1945, 2. Zit. nach: Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 205.

¹⁸⁸ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 205.

Mychalewicz, der in einem Artikel des Standards feststellt, dass er „keine entsprechenden Hinweise“ auf Kunschaks Äußerungen finden konnte. Nach der Analyse von Polizeiberichten, Zeitungsartikeln und Zeitzeugen-Befragungen kommt der Autor zu dem Schluss, dass die vielfach veröffentlichten Kunschak-Zitate „nur auf Mitteilungen aus zweiter Hand“ beruhen. Als Untermauerung seiner These führt er die positive Beurteilung Kunschaks durch einen sozialdemokratischen, jüdischen Politiker an. Hugo Breitner verfasste nämlich 1945 aus dem Exil einen vertraulichen Brief an einen Parteigenossen, wo er über Kunschak schreibt:

„Kunschak ist unter den Christlichsozialen nach meiner 16-jährigen Erfahrung der Anständigste.“¹⁸⁹

Fest steht, dass Kunschak zumindest bis zum Anschluss ein Antisemit war, zahlreiche Auftritte und Äußerungen in den Vorkriegsjahren bestätigen dies. Fraglich ist an dieser Stelle, ob jemand, der 1919 einen Gesetzesentwurf entwickelte, der Sonderbestimmungen für Jüdinnen und Juden enthielt, die nur so vor Antisemitismus strotzten, und diesen auch 1936 veröffentlichen ließ, innerhalb von sieben Jahren seine radikale Gesinnung ablegt. Weiters stellt sich auch die Frage, wieso beispielsweise Barbara Serloth, die ihre Monografie 2016 veröffentlichte, die antisemitischen Äußerungen Kunschaks nach wie vor anführte und keinerlei Zweifel an ihrer Quelle, dem Jewish Year Book, hegte.

Auch Hugo Breitners Aussage, die zur Unterstützung der These angeführt wurde, spricht nicht unbedingt für Kunschak, sondern eher gegen die Christlichsoziale Partei, wenn man bedenkt, dass ein antisemitischer Politiker als geringstes Übel innerhalb der Partei wahrgenommen wurde.

Abschließend kann dazu gesagt werden, dass, auch wenn Mychalewicz keine Quellen zum besagten Nachkriegsantisemitismus Kunschaks finden konnte, und es damit keinen Nachweis für die Äußerungen gibt, es einem Antisemiten wie Kunschak gelungen war, in der Zweiten Republik zu einem „Säulenheiligen“ zu werden, ohne jemals für seine Vergangenheit Verantwortung übernehmen zu müssen.

¹⁸⁹ Paul, Mychalewicz, Wie „unbelehrbar“ war Leopold Kunschak wirklich? In: Der Standard, 15. März 2013, online unter: <https://mobil.derstandard.at/1363239231213/Wie-unbelehrbar-war-Leopold-Kunschak-wirklich> (6.6.2018).

4.1.2 Karl Renner

Leopold Kunschaks hatte als erster prominenter Politiker das Tabu des Antisemitismus in der Zweiten Republik durchbrochen, und das auf eine populistische und zutiefst rassistische Art und Weise, die kaum von seiner Vorkriegslineie zu unterscheiden war. Bei Karl Renner lässt sich dieser ausgeprägte Antisemitismus nicht feststellen, und dennoch war auch er und sein „Antisemitismusproblem“ in den letzten Jahren in den Fokus der Forschung gerückt.¹⁹⁰

Karl Renner war für Österreich eine prägende Persönlichkeit, so gilt er als der „Pater patriae“, war er doch bereits an der Gründung der Ersten Republik beteiligt. Im Jahr 1918 wurde er Provisorischer Staatskanzler der Republik Deutsch-Österreich, und war damit ein Befürworter des Anschlusses an Hitler-Deutschland 1938. Mit der „Stunde Null“ im April 1945 wurde er erneut mit der Provisorischen Regierung betraut.¹⁹¹ Renner war jedoch, trotz seiner Affinität zum Deutschnationalen, kein glatter Antisemit wie Kunschak, da es, im Gegensatz zu Letzterem, nach Knight, nicht der „Kern seiner Weltanschauung“ war, und man daher nicht von einem „ideologischen Antisemitismus“ sprechen kann.¹⁹²

Serloth spricht in diesem Zusammenhang bei Renner von einem „nicht-aktiven, sekundären Antisemitismus“, bei dem es nicht „nur“ um die Judenfeindschaft geht, sondern um eine „latente bis gelebte Diskriminierungs- und Ausgrenzungsbereitschaft“. Gerade diese Ausgrenzung der Jüdinnen und Juden aus der „Wir-Gemeinschaft“ und die Verweigerung als „politisch handelndes Subjekt Teil der Gemeinschaft der Gleichen zu sein“ sind es, die nicht nur in Renners Politik, sondern innerhalb der gesamten Politik der Zweiten Republik deutlicher wahrzunehmen sind, als der offene, „alte“ Antisemitismus.¹⁹³ Dies lässt sich vor allem an einer Aussage Renners deutlich machen, die er 1946, damals schon als Bundespräsident, im Kontext der Flüchtlingsdebatte tätigte:¹⁹⁴

„Ich glaube nicht, daß (sic!) Österreich in seiner jetzigen Stimmung noch einmal erlauben würde, diese Familienmonopole aufzubauen. Sicherlich würden wir es nicht zulassen, daß (sic!) eine neue jüdische Gemeinde aus

¹⁹⁰ Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 168; Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 196.

¹⁹¹ Pelinka, Zur österreichischen Identität, 59f.

¹⁹² Gerald John, Peter Mayr, Als Renner die „Judenfrage“ stellte. In: Der Standard, 7. Mai 2013, online unter: <https://derstandard.at/1363710346814/Als-Renner-die-Judenfrage-stellte> (16.5.2018)

¹⁹³ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 179.

¹⁹⁴ Knight, „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“, 61.

Osteuropa hierher käme und sich hier etablierte, während unsere eigenen Leute Arbeit brauchen.“

An Hand dieser Aussage zeigt sich Renners Haltung gegenüber den Jüdinnen und Juden, die er deutlich von dem österreichischen Volk abgrenzt und eine Gleichheit verweigert, und sie damit auch aus der „österreichischen Wir-Gemeinschaft“ ausschließt.¹⁹⁵ Dieser sekundäre Antisemitismus ist dabei häufig in Kombination mit einem ökonomischen Antisemitismus vorzufinden, so ist dies auch bei Renners Aussage der Fall, in der davon spricht, das Aufbauen jüdischer „Familienmonopole“ nicht mehr zu erlauben. Er bediente sich hier antisemitischer Stereotype, um seine politischen Interessen durchzusetzen.¹⁹⁶ Interessant ist auch, dass er von der „jetzigen Stimmung“ spricht, was wiederum bedeutet, dass Renner der vorherrschende Antisemitismus, der ja geleugnet wurde, sehr wohl bewusst war.¹⁹⁷

Bei Renner ist auch immer wieder mehr Verständnis für die „kleinen Nazis“ als für die Jüdinnen und Juden herauszulesen, so äußerte er sich im August 1945 in diesem Zusammenhang

„(...) daß (sic!) all diese kleinen Beamten, diese kleinen Bürger und Geschäftsleute bei dem seinerzeitigen Anschluß (sic!) an die Nazis gar nicht weittragende Absichten gehabt haben – höchstens, daß man den Juden etwas tut (...)“¹⁹⁸

Die mangelnde Sensibilität, die, wie bereits erwähnt, ein Charakteristikum der österreichischen Flüchtlingsdebatte war, und die nüchterne, beinahe verständnisvolle Betrachtungsweise dessen, was später in Shoah münden sollte, zeugte auch für Renners Haltung, dass die Jüdinnen und Juden selbst am Antisemitismus Schuld seien.¹⁹⁹

Für Renner, der von Knight als „energische, machtbewusste, fast präpotente Persönlichkeit“²⁰⁰ beschrieben wird, kann festgehalten werden, dass er die Jüdinnen und Juden nicht als Teil der Nachkriegsgesellschaft sah und sich gegen den „Wiederaufbau einer starken jüdischen Gemeinde“ aussprach. Darüber hinaus verstand er sie nicht „als

¹⁹⁵ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 203f.

¹⁹⁶ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 179.

¹⁹⁷ Pelinka, Zur österreichischen Identität, 62.

¹⁹⁸ Knight, „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“, 114.

¹⁹⁹ Pelinka, Zur österreichischen Identität, 62.

²⁰⁰ John, Mayr, Als Renner die „Judenfrage“ stellte.

Gleiche unter Gleichen“ und damit auch nicht als Teil der „österreichischen Wirkgemeinschaft“. Renner war kein Antisemit wie Kunschak, und dennoch lassen sich antisemitische Tendenzen festhalten. Serloth bezeichnet den Politiker aus diesen Gründen als „Gelegenheitsantisemiten“²⁰¹, Pelinka attestiert Renner eine „Neigung zur Flucht aus der Geschichte“, die gleichzeitig auch die Neigung Österreichs ist.²⁰² In diesem Zusammenhang als besonders exemplarisch gilt Renners Antwort auf den Vorwurf des österreichischen Wegsehens während des Nationalsozialismus und der eigenen Schuld daran²⁰³:

„Als die Österreicher aber mitansahen, wie sich die Nationalsozialisten den Juden gegenüber benahmen, lehnte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Nazimethoden ab und half, wo sie nur konnte.“²⁰⁴

Die Zweite Republik baute ihre Grundfesten damit nicht nur auf nicht gelösten Konflikten auf, sondern auf schlicht ignorierten. Dieses „Nicht-Sehen-Wollen“ wurde in weiterer Folge bestimmend für die österreichische Identität nach 1945.²⁰⁵

Ein weiterer ungelöster Konflikte, der sich auf Grund des Ignorierens der Vergangenheit ergab, war das fehlende Engagement der österreichischen Regierung in puncto Rückholung von politischen Emigrantinnen und Emigranten aus dem Exil. Wie sich diese Nichteinladungspolitik gestaltete soll nun im folgenden Kapitel dargestellt werden.

4.2 Der Umgang mit politischen Exilantinnen und Exilanten

Die eben angesprochene Neigung zur Flucht begründete auch das fehlende Interesse an der Remigration von ehemals zur Flucht Gezwungenen. Dies war sowohl, wie bereits erläutert, bei den „normalen“ jüdischen Rückkehrenden der Fall, aber auch bei den Politikerinnen und Politikern, die Österreich nach dem Anschluss schnellstmöglich verlassen mussten. Eine Rückkehr wurde den Politikerinnen und Politiker jedoch nicht nur erschwert, es wurde ihnen sogar gedeutet, dass sie unerwünscht seien.²⁰⁶

²⁰¹ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 204.

²⁰² Pelinka, Zur österreichischen Identität, 63.

²⁰³ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 208.

²⁰⁴ Arbeiter-Zeitung, 27. März 1947, 1.

²⁰⁵ Pelinka, Zur österreichischen Identität, 65.

²⁰⁶ Pelinka, Zur österreichischen Identität, 65.

Besonders die SPÖ hatte durch die Vertreibung in den beiden Schicksalsjahren 1934 und 1938 eine Vielzahl an Politikerinnen und Politiker verloren, und auch die Ermordung der jüdischen Funktionäre während NS-Zeit hatte zur Folge, dass die SPÖ einen unersetzlichen „menschlichen, politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Verlust an intellektueller Elite“ erlitten hatte.²⁰⁷

Auf Grund der Politik der Westalliierten und der damit einhergehenden streng geregelten Einreise setzte die Rückkehr von politischen Exilantinnen und Exilanten eine offizielle Einladung von Seiten der Partei voraus. Die Parteiführung der SPÖ, allen voran Renner und Schärff, zeigte hier allerdings nur wenig Engagement.²⁰⁸ Für diese Vorgangsweise dürften mehrere Gründe ausschlaggebend gewesen sein. So fürchtete die Parteiführung der SPÖ, dass sie sich mit dem Zurückholen von Emigrierten selbst Konkurrenz um den Machtanspruch innerhalb der Partei holen könnte. Darüber hinaus waren aber auch ideologische Vorbehalte Grund für fehlende Integrationsbotschaften. Auch die Befürchtung, dass durch die Rückholung von jüdischen Emigrantinnen und Emigranten, negative, antisemitische Reaktionen in der Bevölkerung hervorgerufen und so ein erneutes „Aufblühen des Nachkriegsantisemitismus“ geschürt werden würde, war groß. Die Parteispitze wollte unbedingt vermeiden, dass die SPÖ, wie in der Ersten Republik und während des Nationalsozialismus, erneut als „Judenpartei“ attackiert wurde.²⁰⁹

Einer der wenigen, der nach Österreich zurückgeholt wurde, war Oskar Pollak, der Asyl in London gefunden hatte. Der Medienexperte erhielt schon im August 1945 von Schärff eine Einladung, im Zuge dessen ihm auch wieder der Posten des Chefredakteurs der „Arbeiter-Zeitung“ angeboten wurde. An dieser Stelle wurden etwaige ideologische und innerparteiliche Vorbehalte hintangestellt, um in weiterer Folge im „politischen Medienkrieg“ mitkämpfen zu können.

Mit der Hilfe Oscar Pollaks konnten dann noch zehn weitere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus dem englischen Exil zurückkehren, wie der Ökonom Karl Ausch, der spätere Nationalratsabgeordnete Karl Czernetz oder die spätere Landesfrauensekretärin der SPÖ Wien, Hella Hanzlik, Bruno Kreisky konnte erst einige Jahre nach Kriegsende zurückkehren.²¹⁰

²⁰⁷ Rathkolb, *Die paradoxe Republik*, 171; Wolfgang *Neugebauer*, Peter *Schwarz*, *Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten* (Wien 2005) 30f.

²⁰⁸ Rathkolb, *Die paradoxe Republik*, 171;

²⁰⁹ Oliver *Rathkolb*, *Die „Nazi-Frage“*. Antisemitismus und „braune Flecken“ in der österreichischen Nachkriegsgesellschaft. In: *Das Jüdische Echo* 50 (2001) 137-147, hier: 143; Rathkolb, *Die paradoxe Republik*, 171.

²¹⁰ Rathkolb, *Die paradoxe Republik*, 171f; Leopold *Spira*, *Feindbild „Jud“*. 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich (Wien/München 1981) 103f.

Diejenigen, die doch zurückkehrten, mussten nun mit den latenten, aber nach wie vor vorhandenen antisemitischen, Tendenzen innerhalb der Partei umgehen. So hielt Friedl Schorsch, ehemals Bankbeamter beim Wiener Bankverein und Gewerkschafter, nach seiner selbst organisierten Rückkehr aus dem amerikanischen Exil im Sommer 1946 fest:²¹¹

„Nach Darstellung Hillegeists und vielen anderen in seiner Umgebung sind Schärf und Helmer die treibenden Antisemiten in der Partei, die im internen Kreis angeblich alle Naziausdrücke weiterverwenden.“

Auch Josef Hindels, ebenfalls Gewerkschafter, berichtet in seinen Memoiren in diesem Zusammenhang über einen Wutanfall Schärfs, bei dem dieser Folgendes verlautbaren ließ:²¹²

Ich bin nie Antisemit gewesen, aber es ist eine Tatsache, dass in der alten Partei die Juden in der Führung und in der Presse überrepräsentiert waren (...). Und viele jüdische Intellektuelle, von denen die meisten aus dem wohlhabenden jüdischen Bürgertum kamen, haben die Mentalität des österreichischen Volkes, die stark geprägt ist von der bäuerlichen Herkunft, nie begriffen. Sie haben, ohne es zu wissen, Antisemitismus gezüchtet.“

An dieser Stelle lässt sich Schärfs antisemitische Argumentation der Täter-Opfer-Umkehr festhalten, nämlich die Darstellung, dass die Jüdinnen und Juden selbst am Antisemitismus Schuld wären, da dieser erst durch ihr eigenes Verhalten geschürt und verstärkt wurde.

Auch Kreisky berichtet in seiner Biographie von solchen Vorfällen, so beispielsweise von antisemitischen Witzen, die Innenminister Helmer zum Besten gab.²¹³

Der KPÖ-Politiker Ernst Fischer, der aus dem sowjetischen Exil zurückkam, musste sogar mit öffentlichen Anschuldigungen umgehen. Diesem wurde vom VdU-Abgeordneten und späterem Innenminister Karl Hartleb, innerhalb einer Nationalratsdebatte, auf Grund

²¹¹ zit. nach: Rathkolb, Die paradoxe Republik, 173.

²¹² Josef Hindels, Erinnerungen eines linken Sozialisten (Wien 1996) 118, zit. nach: Rathkolb, Die paradoxe Republik, 173.

²¹³ Rathkolb et al., Bruno Kreisky, 427.

seiner Emigration die Berechtigung abgesprochen, sich an einer politischen Diskussion zu beteiligen,²¹⁴ so im Stenographischen Protokoll festgehalten:²¹⁵

„Wenn aber ein Mensch aufsteht, der nicht im KZ gesessen ist, sondern es sich weit vom Schuss wohl ergehen ließ, als es allen schlecht gegangen ist (Abg. E. Fischer: Ihnen ist es ganz gut gegangen!), dessen Widerstandskampf nicht darin bestanden hat, daß (sic!) er mit der Waffe in dieser Hand für dieses Land gekämpft hat (Abg. E Fischer: Für wen haben Sie gekämpft, Sie Faschist Sie?), sondern mit der Schnute von Moskau aus weit vom Schuß (sic!) Ideen vertreten hat, die uns Österreichern, wie der Ausgang der Wahlen (1949, Anm.) beweist, fremd sind, dann muß (sic!) man in einem anderen Ton darauf antworten.“

Hartleb macht in diesem Zusammenhang vom Stereotyp des „Davongestohlen-Habens“ sowie der „sicheren und bequemen Emigrationszeit“ Gebrauch. Darüber hinaus wirft er Fischer vor, nicht gegen den Nationalsozialismus gekämpft zu haben, und damit den Verrat des Vaterlandes. Auch an dieser Stelle finden wir wieder, wie schon bei Renner, die Ausgrenzung aus der Wir-Gemeinschaft der Österreicherinnen und Österreicher, was zum einen auf Hartlebs kommunistische Abneigung, zum anderen aber auch auf die Emigration Fischers zurückzuführen ist.²¹⁶

Ähnliches war auch im Zuge des Nationalratswahlkampfes 1949 von Alfons Gorbach, dem späteren Bundeskanzler, zu hören, als auch er den politischen Emigrantinnen und Emigranten eine Beteiligung am Diskurs der NS-Frage verbietet:²¹⁷

„Da mögen die Herren Emigranten noch so viel Moralinsäure verspritzen: Jene, die draußen ihren Mann gestanden haben, wissen besser, was anständig ist, als jene, die sich beim ersten Kräuseln des Ozeans in Übersee in Sicherheit gebracht haben. Ich spreche den Emigranten das Recht ab, in der NS-Frage mitzureden.“

²¹⁴ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 266f.

²¹⁵ Stenographisches Protokoll, 97. Sitzung, VI. GP, 18. Juli 1952, 3896f.

²¹⁶ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 266f.

²¹⁷ Christa Zöchling, NS-Karrieren: Die blinden Flecken der ÖVP. In: Profil, 2. Juli 2005, online unter: <https://www.profil.at/home/ns-karrieren-die-flecken-oevp-116033> (17.5.2018)

Mit diesen beiden Aussagen, es sind nicht die einzigen in diesem Tenor, wurde den Exilantinnen und Exilanten die Meinungsäußerung, eines der demokratischen Grundrechte, und das Mitsprachrecht zu den Themen des Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg schlicht aberkannt. Zu diesem Ausschluss aus der „Wir-Gemeinschaft“ gesellte sich die Betonung von Stereotypen, wie die des „reichen Emigranten“ oder des „Sich-davongestohlen-Habenden“.²¹⁸

Die Gruppe, auf die diese Stereotypen abzielten sollten, war zwar in diesem Zusammenhang die Gruppe der Emigrantinnen und Emigranten, ihren Ursprung fanden diese Stereotype dennoch in den Anfeindungen von Jüdinnen und Juden und damit in antisemitischen Ressentiments, wie in der Arbeit bereits deutlich gemacht wurde. Die Änderung der Zielgruppe änderte nichts am antisemitischen Ursprung, der spätestens nach der Shoah eigentlich keinen Platz mehr auf der österreichischen politischen Bühne haben hätte sollen.

4.3 Der Antisemitismus im VdU

Der Verband der Unabhängigen, kurz VdU und Vorgänger der FPÖ, war ein Sammelbecken für ehemalige Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten, welches als solches bei der zweiten Nationalratswahl im Jahr 1949 zum ersten Mal kandidierte und auf Anhieb 16 Mandate erhielt. Besonders unterstützt in der Gründung wurde der VdU von Innenminister Helmer, der damit das bürgerliche Lager, welches üblicherweise die ÖVP wählte, zu spalten versuchte.²¹⁹ Im Unterschied zu 1945 standen nun nämlich mehr als 500.000 potentielle Wählerinnen und Wähler im Raum, die auf Grund ihrer Einstufung als „minderbelastet“ erst zu dieser Nationalratswahl wieder wahlberechtigt waren, und angesichts des knappen Abstandes zwischen den beiden Großparteien die Wahl entscheiden würden.²²⁰ Helmer hoffte mit der Forcierung der Gründung des VdU also möglichst viele Stimmen der ÖVP abzufangen und damit den Wahlsieg zu verhindern.²²¹ Unterstützt von Schärf ließ sich Helmer, trotz parteiinterner Diskussionen ob des Opportunismus, von dem Vorhaben nicht abbringen. So lassen sich in der ersten Hälfte

²¹⁸ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 266-268.

²¹⁹ Wilhelm Svoboda, Die Partei, die Republik und der Mann den vielen Gesichtern. Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur (Wien/Köln/Weimar 1993) 100.

²²⁰ Niederacher, Die öffentliche Rede über Entnazifizierung, 53; Anton Pelinka, Die Großparteien und der Rechtsextremismus. In: *Stiftung DÖW* (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus (Wien 1993²) 464-474, hier: 470.

²²¹ Svoboda, Die Partei, 100;

des Jahres 1949 bereits erste, intensive Bemühungen nachweisen, eine vierte Partei zu begründen.²²²

Schärf selbst, zu jener Zeit Vizekanzler, berichtet in seiner Biografie von einem Treffen mit Herbert A. Kraus und Viktor Reimann im April 1949. So schreibt er:²²³

„In einer langen Unterredung klärte ich die Herren darüber auf, daß (sic!) die sozialistische Partei (...) die freie Parteitätigkeit als eine Grundlage der Demokratie betrachtet. (...) Die Gekommenen erklärten, ihre Absicht sei es, eine freiheitliche bürgerliche Partei zu gründen, die (...) zwischen der Volkspartei und den Sozialisten stehen könne und die (...) ein Gegengewicht gegen die klerikalen und reaktionären Tendenzen in der Volkspartei sein sollte.“

Auch Renner unterstützte diese Taktik, so intervenierte er bei dem amerikanischen Gesandten Erhardt, neue Parteien zuzulassen, um sowohl den „Rechten“, und damit den ehemaligen Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten, als auch den „Linken“ eine Wahlmöglichkeit anbieten zu können. Diese würden weder die SPÖ, noch die ÖVP oder die KPÖ wählen, wodurch, laut Renner, angeblich „eine nicht repräsentative Volksvertretung durch Nicht- oder Ungültig-Wähler drohen würde.“²²⁴

Die Strategie der SPÖ sollte allerdings nicht aufgehen, so verzeichnete sowohl die ÖVP als auch die SPÖ einen etwa gleich großen Stimmenverlust, während der VdU immerhin 11,7% der Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen konnte.²²⁵

Einer der Gründer des VdU war der ursprünglich aus Kroatien stammende Herbert A. Kraus, der mit Hilfe der amerikanischen Alliierten in Salzburg das „Österreichische Forschungsinstitut für Wirtschaft und Politik“ gründete. In der Zeitschrift des Instituts „Berichte und Informationen“, dessen Herausgeber er auch war, schrieb Kraus 1946 den Artikel „Versöhnung“²²⁶:

²²² Svoboda, Die Partei, 100; Herbert Glaser, Erbe ohne Zukunft. Die Geschichte der SPÖ von Karl Marx bis Bruno Pittermann (Wien/Melk 1966) 108.

²²³ Adolf Schärf, Österreichs Erneuerungen 1945-1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik (Wien 1955) 245f.

²²⁴ Zit. nach: Oliver Rathkolb, NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU. In: Sebastian, Meissl, Klaus-Dieter, Mulley, Oliver, Rathkolb (Hg.), Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955 (Wien 1986) 73-99, hier: 87.

²²⁵ Niederacher, Die öffentliche Rede über Entnazifizierung, 57.

²²⁶ Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik, 15

„Ob Jude oder Mitläufer Hitlers, ob KZ-ler oder Flüchtling, Ausgebombter oder Heimkehrer, wir müssen uns versöhnen. Sobald all diese Unterschiede beseitigt sind und jeder wieder im bürokratielosen, freien Spiel der Kräfte allein nach seiner Tüchtigkeit arbeiten kann, wird eine Aufbauleistung zustande kommen, die uns eine noch bessere und glücklichere Zeit bringen wird, als wir sie je gesehen haben.“²²⁷

Kraus fordert also die jüdischen Opfer auf, sich mit ihren Peinigern zu versöhnen, und ist damit an einem völligen Fehlen von Anstand und Empathie sowie der Relativierung der Shoah und ihren Gräueln nicht zu überbieten.

1947 veröffentlichte er den nicht weniger fragwürdigen Artikel „Das künftige Judenproblem Österreichs“, bei dem bereits am Titel die antisemitische Färbung zu erkennen ist, die sich im Laufe des Textes fortsetzt: ²²⁸

„Genau so wie wir beim christlichen Bevölkerungsanteil Österreichs nach Schuld und Ursachen der sich so entsetzlich gestaltenden Differenz forschen müssen, müssen wir auch beim Judentum selbst nach den Wurzeln dieser unheilvollen Entwicklung suchen. Eine Masse von aus den Ostgebieten der Monarchie zugewanderten Juden hat unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg das ohnedies schon zu so ungesunde Wirtschaftsleben Wiens maßgebend beeinflußt (sic!)“

In dieser Passage behandelt Kraus ein klassisches antisemitisches Argument, dass im Zuge dieser Arbeit schon öfter behandelt wurde, nämlich, dass die Jüdinnen und Juden selbst die Schuld an der Shoah trugen, die Täter-Opfer-Umkehr. Im Fortlauf des Textes zeigt sich seine Haltung zum Nationalsozialismus: ²²⁹

„Es ist kein Zweifel, daß (sic!) es auch noch einen bewußten (sic!) Antisemitismus gibt. Es ist eine entsetzliche Erscheinung, daß (sic!) auch heute noch tausende die Ausrottung des Judentums ernstlich als eine Lösung

²²⁷ Herbert A. Kraus, Versöhnung. In: Berichte und Informationen, 34/35 (1946) 1, zit. nach: Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik, 15.

²²⁸ Herbert A. Kraus, Das künftige Judenproblem Österreichs. In: Berichte und Informationen 40 (1947) 1, zit. nach: Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik, 15f.

²²⁹ Herbert A. Kraus, Das künftige Judenproblem Österreichs. In: Berichte und Informationen 40 (1947) 2, zit. nach: Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik, 16.

des Judenproblems ansehen. Aber wo liegen die Wurzeln dieser Ungeheuerlichkeit? Die Wurzel ist der Sieg des Materialismus über unsere alten einst wohl gefestigten Prinzipien der Moral (...). Aber waren nicht manche Juden in Presse und Literatur selbst damit beschäftigt, der festgegründeten alten Ethik Europas den Boden zu entziehen?“

Kraus gibt hier zwar vor, den Nationalsozialismus zu verurteilen, dennoch sieht er das „Judenproblem“ als etwas an, das es zu lösen gilt. Darüber hinaus greift er auch auf Ressentiments des ökonomischen Antisemitismus zurück.

Der kommunistische Journalist Sam Inslicht, zu jener Zeit auch Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde, berichtete 1949 im „Neuen Weg“ von einer Pressekonferenz, bei der Kraus mit einem Wahlflugblatt des VdU konfrontiert wurde, auf dem folgendes zu lesen war²³⁰:

„Unsere jüdisch verkrachte Korruptionsregierung schwarz-roter Prägung gewährt den sogenannten KZlern aus den erpreßten (sic!) Steuergeldern eine Monatsrente von 500 bis 600 Schilling; über diese Binsenwahrheit schweigt unsere Judenpresse wohlweislich. Während diese jüdische Stinkkrasse von Schiebern und Betrügern ein Schlemmerleben führt, muß (sic!) der bodenständige Österreicher darben und hungern.“²³¹

Dieses Flugblatt strotzt nur so von antisemitischen Ressentiments und Argumentationsweisen, so ist zum einen die Rede von „sogenannten KZlern“, womit er sich der Verleugnung bedient, zum anderen spricht Kraus von der „Judenpresse“, einem traditionellem antijüdischen Vorurteil und Schlagwort der NS-Terminologie. Mit dem letzten Satz bezieht er sich klar auf die DPs und den Schleichhandel, wobei er die in der Bevölkerung herrschenden antisemitischen Ansichten aufgriff und sich mit ihnen solidarisierte.

Als Kraus mit dem Inhalt des Flugblattes konfrontiert wurde, erklärte er jedoch, dass er schnell zum Zug müsse, und beendete damit die Pressekonferenz.²³²

²³⁰ Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik, 16.

²³¹ Sam Inslicht, Aus meinem Notizbuch. In: Der Neue Weg 21 (1949); zit. nach: Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik, 16

²³² Sam Inslicht, Aus meinem Notizbuch. In: Der Neue Weg 21 (1949); zit. nach: Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik, 16

Neben Kraus' „Berichte und Informationen“ gab es noch ein weiteres Printmedium, welches an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben soll. Die „Neue Front“, damals die Parteizeitung des VdU, traf man häufig auf Artikel in dem gleichen Tenor, wie Kraus' Texte, diese wurden sogar teilweise von den Alliierten beschlagnahmt. Gelegentlich konnte dies jedoch von Innenminister Helmer verhindert werden, dessen Unterstützung der Partei anscheinend über die Gründung hinaus ging.²³³

Neben Herbert Kraus war auch Fritz Stüber, der bereits 1932 NSDAP-Mitglied und ab 1938 Redakteur des „Neuen Wiener Tagblatts“ war, eine mehr als fragwürdige Figur, die ihre politische Heimat ebenfalls im VdU fand. Stüber war von 1949 bis 1953 Nationalratsabgeordneter, Landesobmann des VdU-Wien und stellvertretender Bundesobmann der Partei.

Bei einer Versammlung des VdU soll Stüber gesagt haben, dass „Abgeordnete, die im KZ gewesen sind, die wahre Pest“ seien und „ausgerottet werden“ müssten. Daraufhin kam es auf Grund der „Aufreizung zu Feindseligkeiten“ zu einem Prozess, zu dem 32 Zeugen geladen waren. Mittels der Begründung, dass sich die Zeugen widersprachen und damit „eine Rekonstruktion unmöglich“ sei, kam das Gericht zu dem Entschluss, obwohl drei Personen den besagten Satz aufgeschrieben hatten, Stüber freizusprechen. In weiterer Folge wurde ein Gedicht von ihm publik, in welchem er das nationalsozialistische Regime verherrlicht. 1953 wurde Fritz Stüber aus dem VdU ausgeschlossen, allerdings nicht, wie häufig behauptet, auf Grund seiner radikalen Gesinnung. Viktor Reimann, wie Kraus Mitbegründer des VdU, schrieb in der „Neuen Front“ dazu²³⁴:

*(...) als ob Dr. Stüber wegen Neonazismus angeklagt worden wäre. Dies ist ein glatter Unsinn. Es gibt keinen Neonazismus, außer in den Köpfen der Kommunisten. Dr. Stüber dachte in seinem Innersten über diese Frage genauso wie die übrige Bundesleitung.*²³⁵

Gerade der letzte Satz hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack, wenn man bedenkt, dass Politiker mit diesem Gedankengut 1949 beinahe 12 Prozent aller Stimmen gewinnen konnte.

²³³ Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik, 16.

²³⁴ Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik, 17f.

²³⁵ Viktor Reimann, In: Die Neue Front, 18. November 1953.

Im folgenden und letzten Kapitel zum Thema Politik und Antisemitismus soll nun kurz auf die Restitution eingegangen werden, die in Österreich nur widerwillig durchgesetzt wurde, sowie den damit in Zusammenhang stehenden Opferstatus der Jüdinnen und Juden.

4.4 Restitution als politischer Störfaktor

Die ablehnende Haltung gegenüber den Jüdinnen und Juden machte sich, neben der Instrumentalisierung des DP-Problems, nicht zuletzt auch durch den Unwillen an der Restitution bemerkbar von der in diesem Zusammenhang häufig auch euphemistisch als „Wiedergutmachung“ gesprochen wird. Diese umfasste dabei die „individuelle Rückstellung von geraubtem Vermögen und Wertpapieren, Miet- und Pensionsrechte, Hilfeleistungen an Opfer, Alte, Gebrechliche und Bedürftige sowie Entschädigungsleistungen an die Israelitische Kultusgemeinde“.²³⁶ Eine besondere Rolle nahm dabei das erblose Vermögen ein. Doch die Rückstellung dieser materiellen und nicht-materiellen Güter kam für die Zweite Republik mit der Akzeptanz der Verantwortung an der Shoah gleich, die allerdings von Beginn der Debatte an als ausgeschlossen galt. „Wiedergutmachung“ war damit kein Thema für Österreich, man beschränkte sich auf eine Opferfürsorge, die rassistisch Verfolgte ausschloss, und einigte sich auf einen Opferbegriff, der Jüdinnen und Juden ausschloss, und diesen damit den Opferstatus verweigerte.²³⁷

Die damit einhergehende Verharmlosung und Relativierung, Knight spricht an dieser Stelle von einer Bagatellisierung, der Shoah wurde auch aktiv in der Politik unterstützt. So setzte Figl, der in Dachau politischer Gefangener war, die Vernichtung des jüdischen Volkes mit seinem „Opfererlebnis“ gleich. Ihren dubiosesten Ausdruck fand die Relativierung in der Aussage von des späteren Außenministers und ehemaligen Dachau-Häftlings Oskar Gruber, für den „eine Entschädigung ehemals österreichischer Juden eine ungerechte Bevorzugung gegenüber denjenigen darstellte, die geblieben und in Konzentrationslager gesteckt worden seien.“²³⁸ Noch 1955 erklärte Julius Raab in einer Radiorede, zu dieser Zeit bereits als Bundeskanzler, dass er keinen Unterschied sehe, „ob die Verfolgung aus sogenannten rassistischen, religiösen oder aus anderen Gründen erfolgt sei“.²³⁹

²³⁶ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 137.

²³⁷ Albrich, Holocaust und Schuldabwehr, : 55; Albrich, Holocaust und Schuldabwehr, 60.

²³⁸ Knight, „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“, 58f.

²³⁹ Wiener Zeitung, 8. März 1955; zit. nach: Embacher, Neubeginn ohne Illusionen, 145.

Im Verlauf der nächsten Jahre wurde das Opferfürsorgegesetz immer wieder novelliert und in weiterer Folge auf alle Opfer des Nationalsozialismus erweitert. Dies hatte jedoch zur Folge, dass schon bald die allgemeine Meinung herrschte, dass „ja ohnehin so viel geschehen sei“ und „Was wollen die Juden noch?“²⁴⁰. Hinsichtlich der Rückstellung war jedoch noch nicht viel geschehen. So wäre es juristisch zwar eine relativ einfach zu lösende Frage gewesen, allerdings zeigte sich bereits an einem Hintergrundpapier über die „außenpolitische und völkerrechtliche Seite der Ersatzansprüche der jüdischen Naziopfer“ der Staatskanzlei Auswärtiger Angelegenheiten aus dem Jahr 1945, wie komplex und vorurteilsüberlagert diese Debatte war.²⁴¹ So lässt sich in dem Dokument lesen:

„Einen Judenstaat gibt es nicht. Nichtsdestoweniger spielen die Juden in der Welt eine grosse (sic!) Rolle in der Aussenpolitik (sic!), einesteils, weil ein grosser (sic!) Teil der Presse sich in ihren Händen befindet, durch welche sie ihren Einfluss auf die öffentliche Weltmeinung ausüben (...) Dies gelang den Juden umso leichter, als sich das internationale Finanzkapital weitgehend in jüdischen Händen befindet. Zu den judenfreundlichen Regierungen gehören vor allem die englische und die amerikanische Regierung (...) Nicht umsonst hat man daher das Judentum als die 5. Weltmacht bezeichnet, an deren Gegnerschaft Hitler-Deutschland zugrunde gegangen ist. (...) Auf der anderen Seite ist aber die Fähigkeit Österreichs, Schadenersatz zu leisten, infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse keine sehr große. Auch darf nicht vergessen werden, daß (sic!) es für die christlichen Opfer des Naziterrors schwer ertragbar wäre, wenn die Regierung nur die jüdischen Opfer des Naziterrors großzügig entschädigen würde.“²⁴²

Hier lassen sich eine Vielzahl an antisemitistischen Vorurteilen festhalten, die die andauernde Tradition des christlichen Antisemitismus in Österreich deutlich machen, wobei auch das Jahr 1945 offensichtlich keine Zäsur darstellte. Auch die Ablehnung einer Sonderbehandlung der jüdischen Opfer sowie die Betonung, die Ansprüche auf

²⁴⁰ Embacher, Neubeginn ohne Illusionen,

²⁴¹ Oliver Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 170.

²⁴² Knight, „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“, 102f.

Restitution aus ökonomischen Gründen so gering wie möglich zu halten, zeigen sich an dieser Stelle.²⁴³

In weiterer Folge ist zu lesen, dass

„der Antisemitismus in Wien an sich viel größer war als in Deutschland und wäre es auch nur, weil die Juden in Deutschland nur 0,9 % der Bevölkerung ausmachten, während dieser Prozentsatz in Österreich auf 5 % gestiegen ist.“²⁴⁴

Neben der Bedienung aus dem traditionellen antisemitischen Repertoire und der Relativierung des jüdischen Leides während der Shoah lässt sich ein weiteres antisemitisches Vorurteil festhalten, nämlich dass die Jüdinnen und Juden den Antisemitismus selbst erzeugen. Das bedeutet, je mehr Jüdinnen und Juden es gibt, desto mehr Menschen wenden sich dem Antisemitismus zu. Diese Argumentationsweise lässt sich zusammenfassend als Opfer-Täter-Umkehr bezeichnen.

Trotz seiner unreflektierten Wiedergabe von antisemitischen Ressentiments ist sich der Verfasser des Papiers sicher²⁴⁵, dass

„sehr viele Maßnahmen, die damals zum ersten Male gegen die Juden ergriffen wurden, den Beifall der Wiener Bevölkerung gefunden haben. Die berüchtigten Judenverfolger Brunner und Grabner waren Österreicher. Es würde daher vielleicht etwas merkwürdig anmuten, wenn gerade die Wiener Regierung sich grundsätzlich gegen die Judenentschädigung mit der Begründung aussprechen würde, daß (sic!) die Österreicher und insbesondere die Wiener mit diesen Verfolgungen nichts gemein gehabt hätten.“²⁴⁶

Der Verfasser kommt damit zu einer Schlussfolgerung, für die die Republik Österreich auf Grund „außenpolitischer Opportunitätserwägungen“ noch fast 50 weitere Jahre brauchen sollte.²⁴⁷ Erst Bundeskanzler Franz Vranitzky erklärte 1991 vor dem Nationalrat, dass Österreich sich „zur Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht

²⁴³ Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 171.

²⁴⁴ Knight, „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“, 106.

²⁴⁵ Rathkolb, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile, 171

²⁴⁶ Knight, „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“, 106f.

²⁴⁷ Brigitte Bailer, „Ohne den Staat weiter damit zu belasten ...“. Bemerkungen zur österreichischen Rückstellungsgesetzgebung. In: Zeitgeschichte 11/12 (1993) 367-381, hier: 376.

Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben“, bekennen muss.²⁴⁸ Anlass dafür war die Aussage des damaligen Kärntner Landeshauptmannes der FPÖ, Jörg Haider, der meinte, dass es im Dritten Reiche „eine ordentliche Beschäftigungspolitik“ gegeben habe.²⁴⁹

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich jede österreichische Regierung dafür entschieden, die Verantwortung für die Verbrechen der NS-Zeit Deutschland anzulasten, und diese für Österreich und seine Bürgerinnen und Bürger zu leugnen sowie jede Verpflichtung zur Restitution und Entschädigung seit Kriegsende von sich zu weisen.²⁵⁰ Damit konnte Österreich jahrzehntelang den Mythos vom ersten Opfer aufrechterhalten, wobei bereits kurz nach Kriegsende mit dem Vertuschen der Täterrolle begonnen wurde..²⁵¹

Erst nach 47 Jahren der Leugnung und falscher Vergangenheitsdarstellung, nämlich am 9. Juni 1993, bat Österreich in Gestalt von Franz Vranitzky anlässlich einer Israelreise die jüdischen Opfer der österreichischen Täterinnen und Täter endlich um Entschuldigung.²⁵²

²⁴⁸ Salzburger Nachrichten, 9. Juli 1991, zit. nach: Bailer, „Ohne den Staat weiter damit zu belasten...“, 381.

²⁴⁹ Anderl, Die Rückkehr der Unerwünschten, 93.

²⁵⁰ Bailer, „Ohne den Staat weiter damit zu belasten...“, 376.

²⁵¹ Albrich, Holocaust und Schuldabwehr, 69.

²⁵² Anderl, Die Rückkehr der Unerwünschten, 93.

5 Theoretisches Fazit

An dieser Stelle sollen nochmals die Leitfragen, die den Rahmen für den theoretischen Teil dieser Arbeit vorgeben, ins Gedächtnis gerufen werden, und in weiterer Folge auch beantwortet werden.

Wie verlief die politische Neukonstituierung Österreichs und welche Auswirkungen hatte sie auf die Entwicklung der österreichischen Identität?

Die Neukonstituierung Österreichs verlief schon bald nach Kriegsende unter der Verwaltung und Kontrolle der Besatzungsmächte und basierte dabei auf einem gemeinsamen Konsens der drei zugelassenen Parteien. Nur zu gerne wurde in diesem Zusammenhang die von den Alliierten beschlossene Moskauer Deklaration angenommen, die es Österreich ermöglichte, sich frei von jeglicher Schuld zu machen und damit einen Strich unter die Vergangenheit zu setzen. Der Opfermythos, der noch jahrzehntelang Teil der österreichischen Identität sein sollte und nur schwer gelöst werden konnte, war geboren. Diese „Stunde Null“ wurde dabei nicht nur als politischer Neuanfang verstanden, sondern auch die Auseinandersetzung mit vergangenen Ideologien, insbesondere mit dem Antisemitismus, konnte so vermieden werden, da dieser für eine Phase Österreichs stand, die es ab nun zu vergessen, zu verleugnen und zu verdrängen galt. Diese Strategie der Flucht aus und Verleugnung der Vergangenheit und des Antisemitismus, und der Beteiligung an der Shoah im Speziellen, wurde bis in die 1980er fortgeführt.

Wie gestaltete sich die Situation der Jüdinnen und Juden nach Kriegsende und welche Herausforderungen ergaben sich für sie?

Als Störfaktor für die Erschaffung dieser neuen österreichischen Identität erwiesen sich im besonderen Maße die Jüdinnen und Juden, sowohl die, die rechtmäßig nach Österreich zurückkehrten, als auch jene, die nur entlang ihrer illegalen Auswanderungsrouten hier Halt machten. Diese hielten die Erinnerung der Österreicherinnen und Österreicher an die eigene Beteiligung, sowohl am Krieg als auch an der Shoah, wach. Dementsprechend trafen sie von politischer Seite als auch von Seiten der Bevölkerung auf Ablehnung. Besonders die jüdischen DPs sorgten für Unmut

und Probleme, da diese sich auf Grund ihrer Erlebnisse in einem psychischen Ausnahmezustand befanden, der sie teilweise gewalttätig und unberechenbar agieren ließ. Gerade dieser Aspekt, und ihre Beteiligung am Schleichhandel, hatte zur Folge, dass sie zu Sündenböcken hochstilisiert und Opfer von antisemitischen Angriffen wurden.

Wie sah der nun nicht mehr offen artikulierbare Antisemitismus in der Politik aus?

Auch in der Politik wurde diese „Sündenbock-Strategie“ immer wieder aufgegriffen und instrumentalisiert, da man sich damit im Einklang mit der Bevölkerung wusste. So lassen sich einerseits offene antisemitische Äußerungen, wie von dem Nationalratspräsidenten Kunschak, aber auch latente, weniger offensichtliche antisemitische Argumentationsweisen, wie die Ausgrenzung der Jüdinnen und Juden aus der Wirtschaftsgemeinschaft oder eine Täter-Opfer-Umkehr entlang der Debatte um die jüdischen DPs festhalten, die allerdings keine Konsequenzen von Seiten der Alliierten nach sich zogen und damit Gang und Gebe in der unmittelbaren Nachkriegspolitik waren.

Abschließend für diesen Abschnitt der Arbeit soll in diesem Zusammenhang nochmals Bernd Marins Konzept des „Antisemitismus ohne Antisemiten“ diskutiert werden, dem an dieser Stelle, zumindest für die unmittelbare Nachkriegszeit, nicht ganz zugestimmt werden kann. So stimmt es zwar, dass es dem Antisemitismus mit Ende des Krieges an einer Legitimation fehlte, Träger der Ideologie gab es jedoch nach wie vor, verkörpert durch die alten Eliten, zu denen, neben dem eben erwähnten Nationalratspräsidenten auch der langjährige Innenminister Helmer zählte, der auch in Gegenwart von jüdischen Kolleginnen und Kollegen nicht vor antisemitischen Witzen zurückschreckte. Spätestens aber ab dem Jahr 1949, als ehemalige Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten wieder eine politische Heimat in Form des VdU unter der Führung von Kraus und Stüber, die sich nicht nur offen antisemitisch äußerten, sondern dabei auch auf NS-Terminologie zurückgriffen, kann nicht mehr die Rede von einem „Antisemitismus ohne Antisemiten“ sein. So hatte er letztlich, zwar in abgeschwächter Form, aber dafür mit der Unterstützung der SPÖ, bei seinem ersten Anlauf wieder offiziell Eingang in die Politik gefunden.

6 Das Textkorpus

Der empirische Teil dieser Diplomarbeit beinhaltet eine Analyse der Berichterstattung der ersten beiden Nationalratswahlkämpfe der Zweiten Republik unter dem Aspekt antisemitischer Tendenzen. Die Untersuchung der jeweiligen Parteizeitungen soll in diesem Zusammenhang dazu dienen, die parteipolitischen Linien zu der Thematik herausarbeiten zu können.

In diesem Kapitel soll nun ein kurzer Überblick über die einzelnen Printmedien gegeben und auf ihre politischen Ausrichtungen eingegangen werden. Die klare politische Abgrenzung der verwendeten Zeitungen soll dabei dazu dienen, im besten Fall unterschiedliche Ergebnisse zu erhalten, und somit die verschiedenen Ansichten der Parteien zu den jüdischen Überlebenden und den damit einhergehenden Herausforderungen und Debatten vergleichen zu können. Aus diesem Grund wurden für die Analyse des ersten Nationalratswahlkampfes im Jahr 1945 die „Arbeiter-Zeitung“, „Das Kleine Volksblatt“ und die „Österreichische Volksstimme“ ausgewählt. Einzig die Tageszeitung „Neues Österreich“, die ebenfalls Teil des Korpus ist, ist dabei keine Parteizeitung, sondern galt als „Organ der demokratischen Einigung“²⁵³. Für die Analyse des zweiten Nationalratswahlkampfes 1949 wurde die Parteizeitung der KPÖ auf Grund des geringen Wählerpotentials durch „Die Neue Front“ ersetzt, die Zeitung des neugegründeten VdUs. Insbesondere die drei parteipolitischen Tageszeitungen beider Analysezeiträume unterscheiden sich klar in ihren politischen Ausrichtungen und bilden dabei gleichzeitig auch die Politlandschaft Nachkriegsösterreichs nach.

6.1 Die „Arbeiter-Zeitung“

Die „Arbeiter-Zeitung“ wurde 1889 als Nachfolgerin der Zeitung „Gleichheit“, die von Victor Adler herausgegeben wurde, gegründet. Auch die neue Blattlinie wurde weiterhin von ihm geprägt, der Schwerpunkt der Zeitung lag dabei auf dem Themenbereich der Innenpolitik. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die „Arbeiter-Zeitung“ das führende politische Medium, die meisten Leitartikel verfasste dabei Otto Bauer. Ab 1933 war die Zeitung bereits einer strengen Vorzensur ausgesetzt, bevor sie 1934 während des faschistischen Ständestaates und in weiterer Folge auch während des Nationalsozialismus verboten war. In der Illegalität erschien die „Arbeiter-Zeitung“ bis

²⁵³ Rathkolb, Die paradoxe Republik, 241.

1938 zwar weiterhin wöchentlich, legal war dies jedoch erst nach elf Jahren erzwungener Pause wieder möglich.

Nach Kriegsende wurde die Arbeiter-Zeitung im Sommer 1945, als die sowjetische Besatzungsmacht die Herausgabe von Parteizeitungen gestattete, mit dem Untertitel „Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs“ wieder zugelassen. Die Leitung übernahm dabei, wie bereits in der Zwischenkriegszeit, Oscar Pollak. Im Laufe der nächsten Jahre wurde die Arbeiter-Zeitung zum auflagenstärksten Printmedium im besetzten Österreich.

Ironischerweise geriet die Arbeiter-Zeitung genau zu dem Zeitpunkt in ökonomische Schwierigkeiten, als die Partei ihre größten Erfolge verzeichnen konnte. Dies hatte einen Verkauf der Zeitung 1989 zur Folge, das Blatt blieb danach jedoch als parteiunabhängig bestehen, bevor sie 1991 endgültig eingestellt wurde.²⁵⁴

6.2 „Das Kleine Volksblatt“

„Das Kleine Volksblatt“ wurde 1929 gegründet und erschien von da an bis August 1944 als kleinformatige Tageszeitung, welche von der Albrecht-Dürer-Druckerei verlegt und herausgegeben wurde. Sein Fokus lag dabei auf dem Lokalteil und der Gerichtssaalberichterstattung sowie den Sportereignissen, erst mit 1933 wurde auch der Politik mehr Bedeutung beigemessen. „Das Kleine Volksblatt“ galt zu jener Zeit als das bürgerliche Gegenstück zur sozialdemokratischen Zeitung „Das Kleine Blatt“. Die Tageszeitung bekannte sich nach 1933 zu den Prinzipien des Ständestaates, und nach dem Anschluss war sie nationalsozialistisch ausgerichtet. „Das Kleine Volksblatt“ erschien in seiner ursprünglichen Form zuletzt am 31. August 1944, da es ab dem 1. September 1944 gemeinsam mit dem „Kleinen Blatt“, der „Kleinen Volkszeitung“ und der „Illustrierten Kronenzeitung“ zur „Kleinen Wiener Kriegszeitung“ zusammengelegt wurde. Erst ab dem 5. August 1945 wurde die Zeitung gemeinsam mit den anderen Parteizeitungen unter ihrem ursprünglichen Namen wieder zugelassen. „Das Kleine Volksblatt“ war ab diesem Zeitpunkt bis zum Erscheinen der „Wiener Tageszeitung“ im

²⁵⁴ Wien Geschichte Wiki, Arbeiter-Zeitung. In: online unter <https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Arbeiterzeitung> (28.5.2018); Arbeiter-Zeitung, Die Aufbaujahre 1945. In: online unter: <http://www.arbeiter-zeitung.at/geschichte/> (28.5.2018).

Sommer 1947 das Hauptorgan der neu gegründeten ÖVP, bevor sie 1970 eingestellt wurde.²⁵⁵

6.3 Die „Österreichische Volksstimme“

Die „Österreichische Volksstimme“ erschien zum ersten Mal am 5. August 1945 und war ab diesem Zeitpunkt das „Zentralorgan der kommunistischen Partei Österreichs“, kurz KPÖ.²⁵⁶ Ihr Hauptaugenmerk richtete sie dabei auf die Politik, insbesondere die Innenpolitik. Die Berichterstattung wandte sich in diesem Zusammenhang, häufig auch auf polemische Art und Weise, gegen die Westmächte, gegen die USA im Speziellen, und sprach sich für die sowjetische Besatzungsmacht und damit die UdSSR aus.

Bis März 1991 erschien die „Österreichische Volksstimme“, die sich ab 1957 nur mehr „Volksstimme“ nannte, als Tageszeitung, bis sie für zwei Jahre eingestellt wurde. Im Jahr 1993 wurde ihre Fortsetzung als Wochenzeitung beschlossen, wobei sie seit 2004 nur mehr monatlich erscheint.²⁵⁷ Aktuell gibt es auch einen Volkstimme-Blog.²⁵⁸

6.4 „Neues Österreich“

„Neues Österreich“ war die erste überregionale österreichische Tageszeitung in der Zweiten Republik, die nicht von den Alliierten herausgegeben wurde, und erschien am 23. April 1945 zum ersten Mal. Die Zeitung galt als „Organ der demokratischen Einigung“ und wurde von den drei Regierungsparteien, der SPÖ, der ÖVP und der KPÖ, gegründet, und von den sowjetischen Alliierten genehmigt. Die besondere Struktur der Dreiparteienzeitung wurde von den Besatzungsmächten bevorzugt, wollten sie doch zunächst keine eigenen Parteienzeitungen erlauben. Dieses neue, mehrparteiliche Zeitungskonzept wurde konsequent durchgesetzt, so wurde auch die Redaktion gemischt besetzt, wobei zuerst der KPÖ-Politiker Ernst Fischer und später der unabhängige Rudolf Kalmar die Leitung übernahm.²⁵⁹ Das Konzept des Proporz im „Neuen Österreich“

²⁵⁵ Kurt Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848-1959. Bd. 1 (Stuttgart 1960) 103f; Wien Geschichte Wiki, Das Kleine Volksblatt. In: online unter:

https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Das_Kleine_Volksblatt. (28.5.2018)

²⁵⁶ Paupié, Handbuch der österreichischen Presse, 113.

²⁵⁷ Wien Geschichte Wiki, Volksstimme. In: online unter:

<https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Volksstimme>. (28.5.2018)

²⁵⁸ vgl. dazu: Volksstimme. In: online unter <http://www.volksstimme.at> (28.5.2018)

²⁵⁹ Demokratiezentrum Wien, Neues Österreich. In: online unter:

<http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/neues-oesterreich.html> (28.5.2018);

Paupié, Handbuch der österreichischen Presse, 163; Rathkolb, Die paradoxe Republik, 241;

funktionierte allerdings nur wenig, forderte doch jede Partei ihre eigene Zeitung als „Propagandainstrument“.²⁶⁰ Ein Leser der „Neuen Österreich“ fasste die Problematik der Mehrparteienzeitung pointiert zusammen:

„Eine Zeitung, in der drei Parteien lügen, sagt fast schon die Wahrheit.“²⁶¹

1963 wurde „Neues Österreich“ an einen privaten Eigentümer verkauft und 1967 letztlich eingestellt.

6.5 „Die Neue Front“

Die „Neue Front“ erschien erstmals am 25. Februar 1949 als Zentralorgan des VdU als Wochenzeitung.²⁶² Der Chefredakteur Viktor Reimann begründet die Titelgebung der Zeitung so:²⁶³

„Wir nennen unsere Zeitschrift „Die Neue Front“, weil wir uns vor allem an jene wenden, die noch den Mut haben, für ein besseres Leben zu kämpfen. Wir müssen wieder Mut gewinnen. Mut zu einem energischen Nein an die Vergangenheit und zu einem tapferen Ja an sie Zukunft.“

²⁶⁰ Rathkolb, Die paradoxe Republik, 242.

²⁶¹ zit. nach: Rathkolb, Die paradoxe Republik, 242.

²⁶² *Freiheitliche Akademie* (Hg.), Der VdU. Verband der Unabhängigen 1949-1956. Eine Dokumentation (Wien 1999) 27.

²⁶³ *Freiheitliche Akademie*, Der VdU, 31.

7 Analyse der Berichterstattung

Dieser Teil der Diplomarbeit widmet sich nun einer Analyse der Wahlkampfberichterstattung in den Jahren 1945 und 1949 in den bereits vorgestellten Tageszeitungen. Im Folgenden soll zunächst nochmals auf die empirischen Zielsetzung und die Forschungsfragen Bezug genommen werden. Darüber hinaus soll das angewendete Analyseverfahren der Arbeit erläutert werden, während die Analyse und ein abschließendes Fazit, in welchem die zentralen Ergebnisse der Untersuchung nochmals zusammengefasst und diskutiert werden, dieses Kapitel abrunden werden.

7.1 Zielsetzung und Forschungsfragen

Durch die Analyse ausgewählter Tageszeitungen soll die Berichterstattung zu den beiden ersten Nationalratswahlkämpfen der Zweiten Republik untersucht werden, um ein Bild darüber zu erhalten, wie sich die Parteien zu den Themen, die die überlebenden Jüdinnen und Juden betrafen, im Wahlkampf positionierten. Darüber hinaus soll versucht werden, etwaige antisemitische Tendenzen und Argumentationsweisen zu entlarven.

Folgende Forschungsfragen wurden dazu vorab formuliert:

Welche Positionen vertraten die einzelnen Parteien hinsichtlich der Problematik um die jüdischen Überlebenden der Shoah in den beiden Nationalratswahlkämpfen von 1945 und 1949?

Lassen sich antisemitische Tendenzen im Wahlkampf feststellen und wenn ja, wie sehen diese aus?

7.2 Analyseverfahren

Das Verfahren, welches im Zuge dieser Diplomarbeit angewendet wird, ist die Metaphernanalyse. Diese orientiert sich dabei an der Methodik von Lakoff und Johnson. Bevor jedoch auf das Verfahren näher eingegangen werden kann, soll zuvor der rhetorische Begriff der Metapher geklärt werden. In weiterer Folge sollen auch Eigenschaften dieser Stilfigur sowie die Metapherntheorie selbst nach Lakoff und Johnson erläutert werden.

Eine Metapher im klassischen Sinne ist nach Aristoteles

*„(...) die Übertragung eines Wortes, das (eigentlich) der Name für etwas anderes ist, entweder von der Gattung auf die Art oder von der Art auf die Gattung oder von einer Art auf eine (andere) Art gemäß einer Analogie“.*²⁶⁴

Vereinfacht zusammengefasst kann man auch von einem Vergleich sprechen, bei dem das „wie“ wegfällt. So können also beispielsweise Augen „wie das Meer sein“ oder auch einfach „das Meer sein“.²⁶⁵

Die klassische Definition der Metapher, die in der Rhetorik angewendet wird, ist allerdings nicht mit der von Lakoff und Johnson gleichzusetzen, da diese den Metaphernbegriff um alle sprachlichen Phänomene erweitern, mit denen Bedeutungen „übertragen“ wird. Dazu gehören für sie folglich die Metonymie, die Synekdoche und die Antonomasie.²⁶⁶ Erstere wird dabei in der Rhetorik als eine

*„Ersetzung eines Ausdrucks durch einen anderen Ausdruck, der zu ihm in einer realen Beziehung steht, aber eine andere Klassenebene bezeichnet,“*²⁶⁷

verstanden. „Einen Becher trinken“, das Gefäß steht hier für den Inhalt, ist beispielsweise eine solche Metonymie.

Die Synekdoche hingegen ist die Verwendung eines „Teils des Ganzen (...) anstelle des Ganzen, ein Beispiel hierfür ist „Ihr sterbt durch die Klinge“. Hier steht ein Teil des Schwerts, nämlich die Klinge, für das ganze Schwert, aber auch für die Person, die das Schwert führt.

Das dritte sprachliche Phänomen, dass Lakoff und Johnson ebenfalls zum Metaphernbegriff zählen, ist die Antonomasie, worunter ein Eigenname verstanden wird, der durch eine Umschreibung ersetzt wird. Dies könnte so aussehen, dass anstatt des Eigennamens „Tour de France“ von der „Tour der Leiden“ die Rede ist, eine Ausdrucksweise die gerade in der Zeitungssprache gut anwendbar ist.²⁶⁸

²⁶⁴ Aristoteles, Poetik. Übersetzt und erläutert von Arbogast Schmitt (Berlin 2008) 29.

²⁶⁵ Kruse, Biesel, Schmieder, Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz, 63.

²⁶⁶ Kruse, Biesel, Schmieder, Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz, 64.

²⁶⁷ Kruse, Biesel, Schmieder, Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz, 63.

²⁶⁸ Kruse, Biesel, Schmieder, Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz, 64.

Lakoff und Johnson sehen die Metapher also nicht als bloße Stilfigur mit einer grammatikalischen Funktion, sondern für sie steht ihre „Funktion für die Konstruktion von Realität“ im Vordergrund. In diesem Zusammenhang erweitern Lakoff und Johnson die Definition der Metapher noch, und zwar um folgende Dimension:²⁶⁹

„Eine Metapher ist eine Gleichung plus eine Ungleichung.“

Lakoff und Johnson beziehen somit alle Stilfiguren der übertragenen und damit uneigentlichen Rede in ihren Metaphernbegriff ein. Folglich wird für sie die Metapher ein alltagssprachliches Phänomen und damit zum Normalfall.²⁷⁰

Für die praktische Umsetzung der Metaphernanalyse wird zunächst jeder Zeitungsbericht einzeln betrachtet, wobei sich das Analyseverfahren aus vier Arbeitsschritten zusammensetzt:²⁷¹

Schritt 1) Sammeln und Ausschneiden:

In einem ersten Schritt sollen die Metaphern in den Quelltexten herausgefiltert und unterstrichen werden, die in Zusammenhang mit der Forschungsfrage stehen, um sich ein entsprechendes Inventar anlegen zu können. Für die weitere Verwendung der gefundenen Metaphern sollte auch das Umfeld ausgeschnitten werden, um den Verlust des Kontextes und damit die Funktion der Metapher zu vermeiden,

Schritt 2) Kategorisieren:

Nun gilt es die herausgefilterten Metaphern inhaltlich, semantisch und logisch zu sortieren und zu interpretieren, wodurch Kategorien entstehen. Für die Erstellung dieser Kategorien sind Analysefragen wie „Auf was nimmt die Metapher Bezug?“ hilfreich. Anschließend daran werden die gefundenen Metaphern in Kategorien eingeteilt.

Schritt 3) Abstrahieren und Vervollständigen:

In diesem Schritt gilt es die Botschaft herauszuarbeiten, die die Metaphern selbst nicht sagen, aber implizieren, Lakoff und Johnson sprechen in diesem Zusammenhang von

²⁶⁹ Kruse, Biesel, Schmieder, Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz, 64.

²⁷⁰ Kruse, Biesel, Schmieder, Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz, 64f.

²⁷¹ Kruse, Biesel, Schmieder, Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz, 93-104.

der „metaphorischen Ableitung“. Dadurch werden die bereits erstellten Kategorien und gefundenen Metaphern zu übergeordneten Konzepten.

Schritt 4) Interpretation

Zuletzt gilt es an Hand der gefundenen Metaphern, Kategorien und Konzepte die Zeitungsberichte zu interpretieren

Nach der Erklärung der Anwendung der Metaphernanalyse sollen in einem letzten Schritt die Ergebnisse der untersuchten Zeitungen verglichen werden, um so etwaige Differenzen oder Gemeinsamkeiten bei den Parteilinien festhalten zu können

7.2.1 Festlegung der Metaphern und Konzepte

Als Metaphern werden in der Analyse Wörter und Phrasen verwendet, die antisemitisch auffällig sind, aber auch latente antisemitische Argumentationsweisen.

Die Konzepte dafür bilden dabei die Strategien der antisemitischen Argumentation, mit denen der Antisemitismus bewusst oder unbewusst verdeckt und verschleiert wurde. Dazu gehören das Abschieben von Schuld, die Abwertung des Gegners, in dem Fall die Jüdinnen und Juden, aber auch die „Entjudung der Juden“, also das von der Politik geforderte Selbstverständnis als österreichische Österreicherinnen und Österreicher und nicht als jüdische. Auch die Opfer-Täter-Umkehr, also die Argumentationsweise, dass die Jüdinnen und Juden selbst am Antisemitismus Schuld seien, steht in diesem Zusammenhang, sowie ausgrenzende Argumentationsstrategien, wie die Betonung der Wir-Gemeinschaft, die gleichzeitig eine Gruppe der „Anderen“ schafft. Auch nach einer positiven Selbstdarstellung, Rationalisierung, Verharmlosung, Aufrechnung und Relativierung der Shoah, Verleugnung, der „Sündenbock-Strategie“ sowie dem Rechtfertigungsdiskurs, also die Darstellung, selbst ein Opfer und damit unschuldig zu sein, sollen in diesem Kontext gesucht werden.²⁷² Das Feindbild der Emigrantinnen und Emigranten, die sich sicher ins bequeme Ausland absetzten und nicht – wie das Volk – den Gefahren des Krieges ausgesetzt waren,²⁷³ war nicht immer gegen Jüdinnen und Juden gerichtet, sondern auch gegen politische Flüchtlinge. Dennoch soll es auch im Falle, dass es sich „nur“ gegen Politikerinnen und Politiker richtete, ebenfalls angeführt werden, da auch unter ihnen einige Jüdinnen und Juden waren und es sich hier um einen

²⁷² Wodak et al., „Wir sind alle unschuldige Täter!“, 352-354.

²⁷³ Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen, 268.

Rückgriff auf ein Stereotyp handelt, welches zu Zeiten des Nationalsozialismus geschaffen wurde. Auch die Verwendung von „klassischen“ antisemitischen Vorurteilen soll in diesem Zusammenhang als Konzept fungieren.

7.3 Analyse

Dieser Abschnitt der Arbeit enthält nun die Analyse der Berichterstattung hinsichtlich antisemitischer Tendenzen in den Parteizeitungen „Arbeiter-Zeitung“, „Das kleine Volksblatt“, „Österreichische Volksstimme“, die später durch „Die Neue Front“ ersetzt wird, sowie dem überparteilichen Printmedium „Neues Österreich“ zu Zeiten der beiden ersten Nationalratswahlkämpfen der Zweiten Republik. Der untersuchte Zeitrahmen beschränkt sich dabei auf 15 Tage vor der jeweiligen Wahl, das bedeutet also für die erste Wahl, welche am 25. November 1945 stattfand, dass die Berichterstattung vom 10. bis zum 25. November untersucht werden wird. Die zweite Nationalratswahl wurde am 9. Oktober 1949 entschieden, die Analyse wird sich daher über den Zeitraum vom 24. September bis zum 9. Oktober erstrecken.

Die für die Analyse relevanten Metaphern werden zuerst in den zitierten Zeitungstexten unterstrichen, um anschließend in Kategorien geordnet zu werden, wobei diese dabei das zusammenfassen, worauf sich die Metapher bezieht. Zuletzt werden Konzepte gebildet an Hand denen die eigentliche Botschaft, die von den Metaphern nur impliziert wird, sichtbar gemacht werden soll.

7.3.1 Ausschneiden und Sammeln

An dieser Stelle werden nun die metaphorischen Textstellen gesammelt, die einen antisemitischen oder rassistischen Charakter aufweisen. Es ist dabei notwendig, die Metaphern dabei mit ihrem Kontext auszuschneiden, um ihre ursprüngliche Funktion nachvollziehen zu können. Die für die Analyse geeigneten Metaphern werden herausgeschrieben und kategorisiert. Anschließend werden die Kategorien nochmals zusammengefasst, um einen besseren Überblick zu erhalten. Zuvor soll allerdings noch kurz auf die beiden Wahlkämpfe 1945 und 1949 eingegangen werden.

Während des Wahlkampfes 1945, der die erste freie Nationalratswahl seit über 10 Jahren nachsichzog, dominierte in der Berichterstattung auf Grund des „faschistischen Konsens“ der Wille, sich allen auf die Regierung zukommenden Problemen parteiübergreifend zu

stellen. Diese Strategie zeigte sich vor allem an Hand des Umganges der Parteien mit der Thematik der ehemaligen Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten und deren Angehörigen im Wahlkampf. Diese wurden nicht nur nicht adressiert, sondern man grenzte sich, insbesondere die SPÖ und ÖVP, zum Teil mit starken Negativ-Bildern von Nazis ab. Auch die KPÖ schlug in diese Kerbe, so wurden im Wahlkampf abschreckende Bilder von Konzentrationslagern verwendet, und die Unterbringung von Obdachlosen in den von Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten bewohnten Wohnungen gefordert.

Das Thema der unmittelbaren Vergangenheit wurde in der Wahlkampfrhetorik dabei als Zeit des Grauens dargestellt, illustriert wurde dies durch Zeitungsberichte über die Verbrechen während der NS-Zeit. Eine Diskussion über eine etwaige Schuld fand an dieser Stelle jedoch nicht statt.²⁷⁴

Anders gestaltete sich die Situation vier Jahre später, als, wie bereits erwähnt, das Wählerpotential von mehr als 500.000 ehemaligen Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten im Raum stand. Aus diesem Grund entschieden sich sowohl die ÖVP als auch die SPÖ für eine „Politik der Integration“, um die Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen. So sollten durch die Organisation „Junge Front“ der ÖVP die nun wahlberechtigten „Minderbelasteten“ angezogen werden. Dies sollte auch mit Hilfe von Gesprächen mit nationalsozialistischen Funktionären geschehen, wie die „Oberweiser Gespräche“ mit Alfred Maleta und Taras Bordoajkewycz zeigten.

Die SPÖ hingegen entwickelte eine andere Strategie, so versuchte sie, wie bereits erwähnt, einen Zugewinn der ÖVP durch die Unterstützung einer Partei für ebendiese Wählerinnen und Wähler zu verhindern.²⁷⁵

Nun gilt es, die Haltung der Parteien gegenüber den Jüdinnen und Juden in Österreich während der Wahlkämpfe mit Hilfe von Textstellen, die einen antisemitischen oder rassistischen Charakter aufweisen, zu untersuchen.

²⁷⁴ Niederacher, Die öffentliche Rede über Entnazifizierung, 53f.

²⁷⁵ Pelinka, Die Großparteien und der Rechtsextremismus

7.3.1.1 Die „Arbeiter-Zeitung“ 1945

Im Folgenden werden nun alle Berichte der „Arbeiter-Zeitung“ während des Wahlkampfes 1945 angeführt, die Textstellen mit Metaphern enthalten, die einen antisemitischen und/oder rassistischen Charakter aufweisen

Arbeiter-Zeitung, 16. November, S. 2

„Die Sicherheitsverhältnisse in Niederösterreich sind bedauerlicherweise nach wie vor unbefriedigend. Wir alle wissen das und wir bemühen uns unablässig, diesen unsicheren Zuständen im Lande ein Ende zu bereiten. Man macht uns diese Aufgabe allerdings nicht leicht. (...) Die Grenzen unseres Landes sind vollkommen ungeschützt. Jedes Freibeutertum kann sich daher ungehemmt entfalten und kann die Grenzbewohner ständig in Angst und Schrecken halten.“

Gefährliche, ungeschützte Grenzen

Freibeutertum kann sich daher ungehemmt entfalten

Grenzbewohner ständig in Angst und Schrecken

7.3.1.2 „Das Kleine Volksblatt“ 1945

An dieser Stelle werden nun alle Berichte der „Das Kleine Volksblatt“ während des Wahlkampfes 1945 angeführt, die Textstellen mit Metaphern enthalten, die einen antisemitischen und/oder rassistischen Charakter aufweisen.

Das Kleine Volksblatt, 11. November, S. 4

*„Es gehört nun einmal zu den menschlichen Schwächen, daß (sic!) es viele wurmt, wenn andere etwas besitzen, was er selber gerne hätte. Und so wurmt es auch die „Volksstimme“, daß (sic!) sich der Kameradschaftsverband ehemaliger Widerstands- und Freiheitskämpfer konstituiert und – *horribile dictu* – sogar in der OeVP sich konstituiert hat. Und noch mehr wurmt sich die*

„Volksstimme“ darüber, daß (sic!) diese erfreuliche Tatsache vom „Kleinen Volksblatt“ in fetten Lettern verzeichnet wurde. Die „Volksstimme“ spricht von einem ‚mysteriösen Verband‘ und meint damit das ‚Freie Österreich‘, die zahlenmäßig stärkste Kampforganisation der vergangenen lieben Jahre, die im Hinblick auf ihre großen Verdienste um die Befreiung unseres Vaterlandes von der faschistischen Knechtschaft als ‚Widerstandsbewegung 13‘ schon seit August 1942 von den Alliierten anerkannt wurde. Man könnte über der waghalsigen Behauptung, dieser Verband gewähre ehemaligen Angehörigen der NSDAP Unterschlupf ‚ruhig zur Tagesordnung übergehen, wenn sie nicht gerade Freiheitskämpfer, Kämpfer für die österreichische Idee träfe. Also Männer, die für ihre Überzeugung jahrelang in nazistischen Kerkern und KZ schmachteten und deren Körper heute noch die Male bestialischer Mißhandlungen (sic!) tragen. Männer, die schon zu einer Zeit den Degen vom Leder gezogen, als sich andere noch in der Geborgenheit der Emigration befanden und bei einer Schale Melange die weitere Entwicklung in dem von Nazibestien vergewaltigten Österreich abwarteten. Es handelt sich um 2300 Männer, die in den Reihen des ‚Freien Österreich‘ stehen.“

Betonung der Flucht jüdischer und linker Politikerinnen und Politiker

Geborgenheit der Emigration

bei einer Schale Melange die weitere Entwicklung in dem von Nazibestien vergewaltigten Österreich abwarteten.

Das Kleine Volksblatt, 22. November, S. 2

„Wir können Regimenter aufstellen, die wegen Hitler gelitten haben, die anderen können nur ein paar Züge aufstellen. Das muß (sic!) einmal gesagt sein. In einem allerdings sind uns die andren vielleicht über: in der Emigration. Ja, es war angenehmer, draußen in den Klubsesseln zu sitzen und befürsorgt und beschützt abzuwarten, als für dieses Österreich zu leiden.“

Vergleich des eigenen Leides mit dem der SPÖ- oder KPÖ-Angehörigen

Wir können Regimenter aufstellen

die anderen nur ein paar Züge aufstellen

Betonung der Flucht jüdischer und linker Politikerinnen und Politiker

draußen in den Klubsesseln zu sitzen

befürsorgt und beschützt abzuwarten

Das Kleine Volksblatt, 24. November, S. 3

„Wir haben unser Bekenntnis zu Oesterreich in den Konzentrationslagern abgelegt, zu einer Zeit, als die Ueberdemokraten von heute noch behäbig in der Emigration oder unter dem Schutz der Gestapo in Oesterreich saßen.“

Betonung der Flucht jüdischer und linker Politikerinnen und Politiker

behäbig in der Emigration

7.3.1.3 Die „Österreichische Volksstimme“ 1945

An dieser Stelle werden nun alle Berichte der „Österreichischen Volksstimme“ während des Wahlkampfes 1945 angeführt, die Textstellen mit Metaphern enthalten, die einen antisemitischen und/oder rassistischen Charakter aufweisen.

Österreichische Volksstimme, 10.11., S. 2

„Mitgerissen von seiner Rede gaben die Anwesenden immer wieder durch Beifall und Zwischenrufen kund, daß (sic!) Gen. Honner ihnen aus dem Herzen spricht. Mit besonderem Applaus wurde die Ankündigung einer Verordnung zur Einführung des Arbeitszwanges für Arbeitsunlustige, Schieber und Schleichhändler aufgenommen.“

Gesellschaftlich problematische Gruppen

Arbeitszwanges für Arbeitsunlustige, Schieber und Schleichhändler

7.3.1.4 „Neues Österreich“ 1945

Die Berichte der Tageszeitung „Neues Österreich“ enthalten keine Textstellen mit Metaphern, die einen antisemitischen Charakter aufweisen.

7.3.1.5 Die „Arbeiter Zeitung“ 1949

Im Wahlkampf 1949 konnten in der „Arbeiter-Zeitung“ enthalten keine Textstellen mit Metaphern, die einen antisemitischen Charakter aufweisen.

7.3.1.6 „Das Kleine Volksblatt“ 1949

An dieser Stelle werden nun alle Berichte des „Kleinen Volksblatts“ während des Wahlkampfes 1949 angeführt, die Textstellen mit Metaphern enthalten, die einen antisemitischen und/oder rassistischen Charakter aufweisen.

Das Kleine Volksblatt, 25.9., S. 4

„In ähnlichem Sinn sprach Chefredakteur Machunze und forderte, daß (sic!) wie in Deutschland auch den in Oesterreich lebenden Heimatvertriebenen durch amerikanische Hilfsorganisationen geholfen werden müsse. Der Redner wies weiter darauf hin, daß (sic!) die Schleichhandelszentren bei uns in den DP-Lagern und nicht in den Lagern der Volksdeutschen gewesen sind.“

Schleichhandel als Problematik der DP-Lager

die Schleichhandelszentren bei uns in den DP-Lagern

7.3.1.7 „Neues Österreich“ und „Die Neue Front“ 1949

Weder in der Tageszeitung „Neues Österreich“, noch in „Die Neue Front“ konnten Textstellen mit Metaphern gefunden werden, die einen antisemitischen und/oder rassistischen Charakter aufweisen.

7.3.2 Kategorien bilden

In diesem Schritt werden die gefundenen Metaphern nun kategorisiert, um das Material gezielt interpretieren zu können. Dafür werden die Metaphern inhaltlich, semantisch und logisch gegliedert, anschließend daran werden die gefundenen Metaphern in Kategorien eingeteilt. Für die Erstellung dieser Kategorien sind Analysefragen wie „Auf was nimmt die Metapher Bezug?“, „Was wird quantifiziert?“, „Welche Aspekte des Zielbereichs werden konturiert?“ und „Welche Ursachen werden identifiziert?“ hilfreich. Aspekte, die dabei über die Kategorisierung hinausgehen, sollen dabei festgehalten werden, allerdings erst an späterer Stelle zum Einsatz kommen.²⁷⁶

Abbildung 1: Kategorienbildung

<p>Betonung der Flucht jüdischer und linker Politikerinnen und Politiker</p>	<p><i>Geborgenheit der Emigration</i></p> <p><i>bei einer Schale Melange die weitere Entwicklung in dem von Nazibestien vergewaltigten Österreich abwarteten</i></p> <p><i>draußen in den Klubsesseln zu sitzen</i></p> <p><i>befürsorgt und beschützt abzuwarten</i></p> <p><i>behäbig in der Emigration</i></p>
<p>Vergleich des eigenen Leides mit dem der SPÖ- oder KPÖ-Angehörigen</p>	<p><i>Wir können Regimenter aufstellen</i></p> <p><i>die anderen können nur ein paar Züge aufstellen</i></p>

²⁷⁶ Kruse, Biesel, Schmieder, Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz, 97-99.

Gesellschaftlich problematische Gruppen	<i>Arbeitszwanges für Arbeitsunlustige, Schieber und Schleichhändler</i>
Schleichhandel als Problematik der DP-Lager	<i>die Schleichhandelszentren bei uns in den DP-Lagern</i>
Gefährliche, ungeschützte Grenzen	<i>Freibeutertum kann sich daher ungehemmt entfalten</i> <i>Grenzbewohner ständig in Angst und Schrecken</i>

Quelle: Eigene Darstellung

7.3.3 Abstrahieren und Vervollständigen

In diesem Abschnitt der Arbeit soll nun die Botschaft herausgearbeitet werden, die die Metaphern selbst nicht sagen, aber implizieren. Dabei gilt es, den Ursprungsbereich weiterzudenken und dies auf den Zielbereich zu übertragen. Dadurch entstehen metaphorische Konzepte, die sich von den bereits erstellten Kategorien ableiten lassen.²⁷⁷

Abbildung 2: Konzepterstellung

Feindbild der Emigrantinnen und Emigranten	<i>Geborgenheit der Emigration</i> <i>bei einer Schale Melange die weitere Entwicklung in dem von Nazibestien vergewaltigten Österreich abwarteten</i>
---	---

²⁷⁷ Kruse, Biesel, Schmieder, Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz, 99f.

	<p><i>draußen in den Klubsesseln zu sitzen</i></p> <p><i>befürsorgt und beschützt abzuwarten</i></p> <p><i>behäbig in der Emigration</i></p>
Relativierung der Shoah	<p><i>Wir können Regimenter aufstellen</i></p> <p><i>die anderen können nur ein paar Züge aufstellen</i></p>
„Klassisches“ antijüdisches Vorurteil	<i>Schieber</i>
Sündenbock-Strategie	<i>die Schleichhandelszentren bei uns in den DP-Lagern</i>
Rassistisches Darstellung von Ausländerinnen und Ausländern	<p><i>Freibeutertum kann sich daher ungehemmt entfalten</i></p> <p><i>Grenzbewohner ständig in Angst und Schrecken</i></p>

Quelle: Eigene Darstellung

7.3.4 Interpretation und Einbindung

Im letzten Schritt der Analyse wird die herausgearbeitete Metaphorik auch als solche betrachtet und hinterfragt.²⁷⁸ Als hilfreiche Fragestellungen dafür sollen nun die vorab formulierten Forschungsfragen in runtergebrochener Form dienen:

Welche Positionen gegenüber den jüdischen Überlebenden werden in der Berichterstattung vermittelt?

Welche Textstellen weisen antisemitische Inhalte auf?

Welche Kategorien beinhalten antisemitische Aussagen und welche rassistische?

In „Das Kleine Volksblatt“ wurden während des Wahlkampfes 1945 ganz klar ersichtliche Textstellen mit antisemitischem Charakter entlarvt. Am häufigsten traf man dabei auf die Darstellung der jüdischen und linken Politikerinnen und Politiker als feige und bequem auf Grund ihrer Emigration. Ihnen wurde unterstellt, dass diese angeblich *„bei einer Schale Melange die weitere Entwicklung in dem von Nazibestien vergewaltigten Österreich abwarteten“* und dabei *„in den Klubsesseln“* saßen. Eine besonders unverschämte und niederträchtige Darstellungsweise, wenn man bedenkt, dass ebendiese Emigration die einzige Überlebenschance der Betroffenen war.

Die Emigrantinnen und Emigranten wurden damit zu einem Feindbild innerhalb der ÖVP stilisiert, welches immer wieder betont wurde, und in weiterer Folge dazu diente, die Gegnerinnen und Gegner abzuwerten. Diese Argumentationsstrategie diente dazu, die Betroffenen, die *„behäbig in der Emigration“* das Kriegsende abwarteten, aus der *„Wir-Gemeinschaft“* derer, die zu Kriegszeiten in Österreich waren und gelitten hatten, auszugrenzen. Die ÖVP versuchte damit also sich einerseits mit der Bevölkerung durch ein im Land erlebtes Leid zu solidarisieren, darüber hinaus aber auch mit der beinahe positiven Betonung der eigenen politische Gefangenschaft die Shoah zu bagatellisieren, aufzurechnen und zu relativieren. Dies lässt sich vor allem auch an Hand der Formulierung feststellen, dass die ÖVP-Mitglieder hinsichtlich der Menge an erlittenem Leid *„Regimenter aufstellen“* konnten, während die Politikerinnen und Politiker der SPÖ und der KPÖ *„nur ein paar Züge aufstellen“* konnten, ein Vergleich der in jeglicher Hinsicht hinkt.

²⁷⁸ Kruse, Biesel, Schmieder, Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz, 101.

Doch auch während des Wahlkampfes vier Jahre später lässt sich ein antijüdischer Charakter in der Berichterstattung feststellen, wenn auch nicht im selben Ausmaß. Doch nicht nur die Menge der Textstellen änderte sich, auch das Ziel der Anfeindungen war nun ein anderes. So waren es nicht mehr die politischen Emigrantinnen und Emigranten, sondern die jüdischen DPs, die Ziel der Diffamierung wurden.

Dies lässt sich besonders an Hand der Textstelle festhalten, in der die Rede davon ist, dass sich „*die Schleichhandelszentren bei uns in den DP-Lagern*“ befinden, und nicht in denen der Volksdeutschen, die in dem Bericht zum Vergleich herangezogen werden. Diejenigen, von denen der Schleichhandel also ausgeht, sind, wenn es nach der ÖVP geht, die jüdischen DPs. Diesen wird also an dieser Stelle die Verantwortlichkeit und die Schuld für eine Illegalität übertragen, an der sich viel mehr Gruppen beteiligten, als nur die DPs, war es doch ein generelles Problem der Nachkriegszeit, und nicht eines, das vom Aufenthalt der jüdischen Flüchtlinge in Österreich abhängig war. Man kann in diesem Zusammenhang also von der „Sündenbock-Strategie“ als Wahlkampfstrategie sprechen, die auch zur Verzerrung von Tatsachen und damit einer falschen Darstellung der eigentlichen Situation beitrug. Die jüdischen DPs und ihre teilweise Beteiligung am Schwarzmarkthandel wurden für politische Zwecke missbraucht, indem sie für etwas verantwortlich gemacht wurden, dass viele Österreicherinnen und Österreicher ebenfalls taten. Mit der Anprangerung dieser ließ sich jedoch nicht so erfolgreich Politik machen, wie mit dem Verantwortlich-Machen von jüdischen Fremden.

Im Vergleich dazu war die „Arbeiter-Zeitung“ sehr bedacht darauf, in ihrer Wahlkampfberichterstattung auf Textstellen mit antisemitischem Charakter, sowohl im ersten als auch im zweiten Nationalratswahlkampf, zu verzichten. Ganz zurückhalten konnte sich Innenminister Helmer dann allerdings doch nicht, als es 1945 im Zuge des Wahlkampfes um das Thema Sicherheit an den Grenzen ging. So ist die Rede von ungesicherten niederösterreichischen Grenzen, an denen sich das „*Freibeutertum (...) ungehemmt entfalten*“ kann und damit die „*Grenzbewohner ständig in Angst und Schrecken*“ versetzte. Welche Landesbewohnerinnen und -bewohner er dabei als Diebinnen und Diebe bezeichnete, kann der Textstelle nicht entnommen werden, allerdings könnte der Minister sich damit auf das tschechische Volk beziehen, betonte Kreisky doch Helmers Hass auf diese.²⁷⁹ Mit der Aussage griff Helmer auf eine

²⁷⁹ Rathkolb et al., Bruno Kreisky, 427.

rassistische Darstellungsweise zurück, die die Gefahr, die auf Grund der „ungehemmten Entfaltung“ von den Kriminellen ausgeht, noch betonte, und damit eine ganz Gruppe stigmatisierte, indem er sie zu Schuldigen und Sündenböcken machte, nämlich die, die jenseits der Grenze lebten. Damit schürte er jedoch nicht nur die Angst, sondern auch die Voreingenommenheit und Ressentiments der Bevölkerung noch weiter, und trug damit zu dem ohnehin schon fremdenfeindlichen Klima im Land bei.

Zuletzt soll auch noch die „Österreichische Volksstimme“ vergleichend Erwähnung finden, die sich während der Wahlkämpfe mit antisemitischen Berichten allerdings ebenfalls zurückhielt. Lediglich an einer Textstelle konnte ein antisemitischer Charakter festgestellt werden. Der Staatssekretär für Inneres und KPÖ-Politiker Honner sprach 1945 im Zuge einer Rede von Personenkreisen, für die, im Falle der Wahl, ein Arbeitszwang eingeführt werden sollte. Es handelte sich dabei um „*Arbeitsunlustige, Schieber und Schleichhändler*“. „*Schieber*“ steht zwar hier nicht im dezidierten Kontext von Jüdinnen und Juden, dennoch hätte man in Zeiten nach der Shoah aus sprachsensiblen Gründen auf den Begriff verzichten können, ist doch der „jüdische Schieber“ eines der „klassischen“ antisemitischen Vorurteile der Vorkriegszeit gewesen. Darüber hinaus lässt sich auch gerade wegen der gemeinsamen Nennung mit „*Schleichhändlern*“, die, wie bereits mehrfach erwähnt, ebenfalls mit den jüdischen DPs in Verbindung gebracht wurden, ein antisemitischer Charakter annehmen. Auch die Reaktion des Publikums lässt Rückschlüsse auf den antisemitischen Charakter der Textstelle zu, wurde die Forderung Honners doch mit „besonderem Applaus“ belohnt. Dies lässt den Schluss ziehen, dass vermutlich auch die Zuhörerinnen und Zuhörer von einer Bestrafung der Jüdinnen und Juden ausgingen. Wohl kaum hätten sie sonst so freudig auf den Arbeitszwang reagiert, waren sie es in den häufigsten Fällen ja selbst, die sich am Schleichhandel beteiligten.

Auch der Aspekt des Motivs dieser Aussage, nämlich der Stimmengewinn, darf an dieser Stelle nicht außer Acht gelassen werden. In diesem Kontext kann nämlich ebenfalls, wie schon bei der ÖVP, die politische Instrumentalisierung der jüdischen DPs als Hauptakteurinnen und -akteure und Sündenböcke eines österreichischen Problems, dem Schleichhandel, als Teil der Wahlkampfstrategie festgehalten werden.

8 Fazit

Wie gestaltete sich der politische Antisemitismus nach Kriegsende in Österreich trotz seiner fehlenden Legitimation und welche Rolle spielte dieser in den Nationalratswahlkämpfen 1945 und 1949?

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde in Österreich nicht nur die Opferdoktrin geschaffen, sondern auch der Irrglaube der „Stunde Null“ des Antisemitismus. So hatte dieser seine politische Legitimation und seine ideologischen Träger zwar verloren, dennoch schaffte er es als relativ leicht zu reaktivierendes Vorurteil in der Bevölkerung, aber auch als Instrument in der Politik zu überleben. Gerade letzteres, der politische Antisemitismus nahm eine besondere Rolle im Zuge dieser Diplomarbeit ein. Dieser machte sich speziell in Form einer latenten und auch aktiven Diskriminierungs- und Ausgrenzungsbereitschaft bemerkbar, die alle politischen Lager der Nachkriegszeit erfasste. Damit einher gingen antisemitische Argumentationsstrategien, wie beispielsweise die Täter-Opfer-Umkehr. Diese bezeichnete eine Darstellung, die im politischen Diskurs immer wieder festgestellt werden konnte, nämlich dass die Jüdinnen und Juden selbst die Schuld am Antisemitismus trugen, mehr noch, sie hätten ihn mit ihrem Verhalten sogar noch forciert, und wären damit indirekt selbst für die Shoah verantwortlich. Auch die Ausgrenzung aus der „Wir-Gemeinschaft“, die es ihnen unmöglich machte, Teil der Gesellschaft zu sein, da damit gleichzeitig eine Gruppe der „Anderen“ geschaffen wurde, ist eine solche Argumentationsstrategie. Gerade diese Ausgrenzung der Jüdinnen und Juden aus der „Wir-Gruppe“ und die damit einhergehende Verweigerung ein Teil der Gemeinschaft der Gleichen sein zu können, ist es, die innerhalb der gesamten Politik der Zweiten Republik deutlicher wahrzunehmen ist, als der offene Antisemitismus der Vorkriegszeit.

Man kann in diesem Zusammenhang vom politischen Antisemitismus der unmittelbaren Nachkriegszeit als einen nicht-aktiven, sekundären Antisemitismus sprechen, bei dem es nicht „nur“ um die Judenfeindschaft selbst ging, sondern auch um die Bereitschaft, die Jüdinnen und Juden auszugrenzen und zu diskriminieren. Damit einher gingen häufig auch Ressentiments, die auf der Grundlage des ökonomischen Antisemitismus beruhten. Gerade im Kontext der politischen Debatte um die Restitution sowie die österreichische Verfahrensweise mit den jüdischen DPs gingen die Wogen in puncto Antisemitismus immer wieder hoch, sowohl in der Bevölkerung, was sich in Form von Demonstrationen und sogar Handgreiflichkeiten zeigte, als auch in der Politik, welche unter anderem an

der Hochstilisierung der jüdischen DPs als Sündenböcke für den Schleichhandel deutlich wurden.

Im Zuge der Metaphernanalyse konnte vor allem in der Parteizeitung der ÖVP Textstellen mit antisemitischem Charakter festgehalten werden. Diese Diskriminierungen richteten sich während des Wahlkampfes 1945 dabei hauptsächlich gegen die politischen Emigrantinnen und Emigranten der beiden anderen Parteien, der SPÖ und der KPÖ, und man unterstellte ihnen auf Grund ihrer lebensrettenden Flucht Feigheit und Faulheit. Die Emigrantinnen und Emigranten wurden damit zu einem Feindbild innerhalb der ÖVP hochstilisiert, welches immer wieder betont wurde, und in weiterer Folge dazu diente, die Gegnerinnen und Gegner abzuwerten. Auch die beinahe positive Betonung des eigenen Leides, um der Bevölkerung zu imponieren und sich mit ihnen zu solidarisieren, sowie die damit einhergehende Bagatellisierung der Shoah sind ein Beweis für die antisemitische Wahlkampfstrategie der ÖVP.

Im Gegensatz dazu wurden in der Berichterstattung der „Arbeiter-Zeitung“ keine antisemitischen Diskriminierungen festgestellt, jedoch konnte ein Bericht mit rassistischem Charakter entlarvt werden. In diesem wird die Gefahr, die von den jenseits der Grenze Lebenden ausgeht, betont, und damit eine ganze Gruppe stigmatisiert und in weiterer Folge die Fremdenfeindlichkeit der Bevölkerung weiter genährt.

Auch ein Bericht im Zentralorgan der KPÖ, der „Österreichischen Volksstimme“, wies eine Textstelle mit antisemitischen Abwertungen auf, war an dieser Stelle doch die Rede vom „*Schieber*“, der zwar nicht dezidiert als jüdisch bezeichnet wurde, durch den Kontext aber ebenfalls als antijüdisch verstanden werden kann. Damit bezog sich die KPÖ in ihrer Berichterstattung auf ein „klassisches“ antisemitisches Ressentiment.

Im darauffolgenden Nationalratswahlkampf 1949 konnten so gut wie keine Textstellen gefunden werden, die Metaphern mit antisemitischem Hintergrund enthielten, nur die ÖVP blieb ihrer Linie vom vorigen Wahlkampf treu. So wurden die DP-Lager als „*Schleichhandelzentren*“ bezeichnet, womit die Partei in die Kerbe der „Sündenbock-Strategie“ schlug. Auf Grund der Betonung der Schuld der Jüdinnen und Juden an etwas, an dem sich ganz Österreich beteiligte, unterstützte die Partei eine Verzerrung und vermittelte eine falsche Darstellung der Tatsachen, die bei der Bevölkerung jedoch

positiven Anklang fand, hatte man doch so einen „begründeten“ Vorwand für den eigenen Antisemitismus.

Grundsätzlich lässt sich also festhalten, dass antisemitische Diskriminierungen, Ausgrenzungen und Abwertungen zu Wahlkampfzeiten bei allen Parteien eine untergeordnete Rolle spielten. Während der ersten Legislaturperiode traf man jedoch so häufig auf eine ablehnende Haltung gegenüber den Jüdinnen und Juden, antisemitische Argumentationsstrategien und eine damit einhergehende politische Instrumentalisierung, vor allem innerhalb der Großparteien, dass es einem unverständlich ist, wie so viele Jahrzehnte „Das Märchen vom Antisemitismus“ erzählt werden konnte.

9 Literaturverzeichnis

9.1 Literatur

Evelyn *Adunka*, Antisemitismus in der Zweiten Republik. Ein Überblick anhand einiger ausgewählter Beispiele. In: Heinz P. *Wassermann* (Hg.) Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung (Innsbruck 2002) 12-65.

Thomas *Albrich*, Fremd und jüdisch: Die osteuropäischen Überlebenden des Holocaust – erste Projektionsziele des Nachkriegsantisemitismus. In: Heinz P. *Wassermann* (Hg.), Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung (Innsbruck 2002) 66-95.

Thomas *Albrich*, Zionisten wider Willen. Hintergründe und Ablauf des Exodus aus Osteuropa. In: Thomas *Albrich* (Hg.) Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der jüdische Exodus durch Österreich nach 1945 (Innsbruck/Wien 1998)13-48.

Thomas *Albrich*, Holocaust und Schuldabwehr. Vom Judenmord zum kollektiven Opferstatus. In: Rolf Steininger, Michael Gehrler (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Bd.2 (Wien/Köln/Weimar 1997) 39-106.

Thomas *Albrich*, Zwischenstation des Exodus. Jüdische Displaced Persons und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Gernot *Heiss*, Oliver *Rathkolb* (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995) 122-139.

Thomas *Albrich*, „Es gibt keine jüdische Frage“. Zur Aufrechterhaltung des österreichischen Opfermythos. In: Rolf Steininger (Hg.), Der Umgang mit dem Holocaust. Europa-USA-Israel (Wien/Köln/Weimar 1994) 147-166.

Thomas *Albrich*, Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1945-1948 (Innsbruck 1987).

Götz *Aly*, Zur Soziologie des Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, In: Oliver Rathkolb (Hg.), Der lange Schatten des Antisemitismus. Kritische Auseinandersetzungen mit der Geschichte der Universität Wien im 19. und 20. Jahrhundert (Wien 2013) 59-68.

Gabriele *Anderl*, Die Rückkehr der Unerwünschten nach Österreich. In: Wolfgang *Benz*, Brigitte Mihok, „Juden unerwünscht“ Anfeindungen und Ausschreitungen nach dem Holocaust (Berlin 2016) 77-93.

Aristoteles, Poetik. Übersetzt und erläutert von Arbogast Schmitt (Berlin 2008).

Brigitte *Bailer*, „Ohne den Staat weiter damit zu belasten ...“. Bemerkungen zur österreichischen Rückstellungsgesetzgebung. In: Zeitgeschichte 11/12 (1993) 367-381.

Wolfgang *Benz*, Was ist Antisemitismus? (München 2005).

Werner *Bergmann*, Rainer Erb, Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946 – 1989 (Opladen 1991) 275f.

Werner *Bergmann*, Antisemitismus. Erscheinungen und Motive der Judenfeindschaft. In: Wolfgang Benz (Hg.) Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus (Berlin 2008) 9-22.

Hugo von *Bettauer*, Die Stadt ohne Juden (Wien 1922).

Freiheitliche Akademie (Hg.), Der VdU. Verband der Unabhängigen 1949-1956. Eine Dokumentation (Wien 1999).

Helga *Embacher*, Jüdisches Leben nach der Shoah. In: Gerhard *Botz*, Ivar *Oxaal*, Michael *Pollak*, Nina *Scholz*, Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 2002) 357-374.

Helga *Embacher*, Neubeginn ohne Illusionen. Juden in Österreich nach 1945 (Wien 1995).

Herbert *Glaser*, Erbe ohne Zukunft. Die Geschichte der SPÖ von Karl Marx bis Bruno Pittermann (Wien/Melk 1966).

Gerald *John*, Peter *Mayr*, Als Renner die „Judenfrage“ stellte. In: Der Standard, 7. Mai 2013, online unter: <https://derstandard.at/1363710346814/Als-Renner-die-Judenfrage-stellte> (16.5.2018).

Robert *Knight*, Besiegt oder befreit? Eine völkerrechtliche Frage historisch betrachtet. In: Günter *Bischof*, Josef *Leidenfrost* (Hg.) Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1955 (Innsbruck 1988), 75-92.

Robert *Knight* (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“ Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 – 52 über die Entschädigung der Juden (Frankfurt 1988).

Theodor *Körner*, Das Märchen vom Antisemitismus in Wien. In: Wiener Zeitung, 9. Februar 1947, 3.

Jan *Kruse*, Kay *Biesel*, Christian *Schmieder*, Metaphernanalyse. Ein rekonstruktiver Ansatz (Wiesbaden 2011).

Bernd *Marin*, Ein historisch neuartiger „Antisemitismus ohne Antisemiten“? In: John *Bunzl*, Bernd *Marin*: Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien (Innsbruck 1983) 171-192.

Bernd *Marin*, Nachwirkungen des Nazismus. Ein Reproduktionsmodell kollektiver Mentalität. In: John *Bunzl*, Bernd *Marin*, Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studie (Innsbruck 1983) 193-224.

Paul, *Mychalewicz*, Wie „unbelehrbar“ war Leopold Kunschak wirklich? In: Der Standard, 15. März 2013, online unter: <https://mobil.derstandard.at/1363239231213/Wie-unbelehrbar-war-Leopold-Kunschak-wirklich> (6.6.2018).

Wolfgang *Neugebauer*, Peter *Schwarz*, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten (Wien 2005).

Sonja *Niederacher*, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung. In: Maria *Mesner* (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ (Wien/München 2005) 13-58.

Christine *Oertel*, Wie: Tor zur Freiheit? Die Bricha und das Rothschildspital. In: Thomas *Albrich* (Hg.) Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der jüdische Exodus durch Österreich nach 1945 (Innsbruck/Wien 1998) 49-66.

Christine *Oertel*, Die jüdischen Displaced Persons Lager in der amerikanischen Zone Österreichs unter besonderer Berücksichtigung der Lager in Wien (Wien 1997).

Kurt *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848-1959. Bd. 1 (Stuttgart 1960).

Anton *Pelinka*, Die Großparteien und der Rechtsextremismus. In: Stiftung DÖW (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus (Wien 1993²) 464-474.

Anton *Pelinka*, Zur österreichischen Identität. Zwischen deutscher Vereinigung und Mitteleuropa (Wien 1990).

Norbert *Ramp*, „Die DP bezahlen alle Preise ...“ Vorurteile und Konflikte zwischen Einheimischen und jüdischen DPs in Salzburg und Oberösterreich. In: Thomas *Albrich* (Hg.) Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der jüdische Exodus durch Österreich nach 1945 (Innsbruck/Wien 1998) 137-160.

Oliver *Rathkolb*, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015 (Wien 2015).

Oliver *Rathkolb*, Die „Nazi-Frage“. Antisemitismus und „braune Flecken“ in der österreichischen Nachkriegsgesellschaft. In: Das Jüdische Echo 50 (2001) 137-147.

Oliver *Rathkolb*, Johannes *Kunz*, Margit *Schmidt* (Hg.), Bruno Kreisky: Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten (Wien 2000).

Oliver *Rathkolb*, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile in Österreich 1945/1950. In: *Zeitgeschichte* 16, H. 5 (1988/1989) 167-179.

Oliver *Rathkolb*, NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU. In: Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley, Oliver Rathkolb (Hg.), *Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955* (Wien 1986) 73-99.

Manfred *Rauchensteiner*, Die Große Koalition 1945-1966. In: Rolf *Steininger*, Michael *Gehrer* (Hg.), *Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Bd. 2* (Wien/Köln/Weimar 1997) 259-304.

Christoph *Reinprecht*, Emigration, Rückkehr und Identität. Aspekte jüdischer Nachkriegsidentität in Österreich. In: *Zeitgeschichte* 7/8 (1990/1991) 235-244.

Sabine *Rolinek*, Jüdische Lebenswelten 1945-1955. Flüchtlinge in der amerikanischen Zone Österreichs (Innsbruck/Wien/Bozen 2007).

Barbara *Serloth*, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen. Wie Antisemitismus die Zweite Republik mitbegründete (Wien 2016).

Adolf *Schärf*, Österreichs Erneuerungen 1945-1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik (Wien 1955).

Leopold Spira, Feindbild „Jud“. 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich (Wien/München 1981).

Gerald *Stourzh*, Geschichte des Staatsvertrages 1945-1955. Österreichs Weg zur Neutralität (Graz/Wien/Köln 1985³).

Wilhelm *Svoboda*, Die Partei, die Republik und der Mann den vielen Gesichtern. Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur (Wien/Köln/Weimar 1993).

Heinz P. *Wassermann*, *Naziland Österreich!? Studien zu Antisemitismus, Nation und Nationalsozialismus im öffentlichen Meinungsbild* (Innsbruck 2002).

Erika *Weinzierl*, *Antisemitismus in Österreich heute: Altes im Neuen?*. In: Ingrid *Böhler*, Rolf *Steininger* (Hg.), *Österreichischer Zeitgeschichtetag 1993. 24. bis 27. Mai 1993 in Innsbruck* (Innsbruck/Wien 1995) 279-286.

Ruth *Wodak*, Peter *Nowak*, Johanna *Pelikan*, Helmut *Gruber*, Rudolf *de Cillia*, Richard *Mitten*, „Wir sind alle unschuldige Täter!“ *Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus* (Frankfurt am Main 1990).

Christa *Zöchling*, *NS-Karrieren: Die blinden Flecken der ÖVP*. In: *Profil*, 2. Juli 2005, online unter: <https://www.profil.at/home/ns-karrieren-die-flecken-oevp-116033> (17.5.2018)

9.2 Zeitungen

Arbeiter-Zeitung, 16. November 1945.

Arbeiter-Zeitung, 21. August 1946.

Arbeiter-Zeitung, 21. August 1946.

Arbeiter-Zeitung, 27. März 1947.

Christlichsoziale Arbeiterzeitung, 18. Oktober 1919.

Das Kleine Volkblatt, 11. November 1945.

Das Kleine Volkblatt, 20. November 1945.

Das Kleine Volkblatt, 22. November 1945.

Das Kleine Volkblatt, 24. November 1945.

Das Kleine Volksblatt, 25. September 1949.

Die Neue Front, 18. November 1953.

Neues Österreich, 12. September 1945.

Österreichische Volksstimme, 10. November 1945.

Österreichische Volksstimme, 29. Dezember 1945.

Salzburger Nachrichten, 10. September 1949.

Volkswille, 1. Dezember 1945.

9.3 Stenographische Protokolle

Stenographisches Protokoll, 97. Sitzung, VI. GP, 18. Juli 1952

Stenographisches Protokoll, 73. Sitzung, V. GP, 14. Jänner 1948.

9.4 Internetquellen

Arbeiter-Zeitung, Die Aufbaujahre 1945. In: online unter: <http://www.arbeiterzeitung.at/geschichte/> (28.5.2018).

Demokratiezentrum Wien, Neues Österreich. In: online unter: <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/neues-oesterreich.html> (28.5.2018).

Wien Geschichte Wiki, Arbeiter-Zeitung. In: online unter <https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Arbeiterzeitung> (28.5.2018).

Wien Geschichte Wiki, Das Kleine Volksblatt. In: online unter: https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Das_Kleine_Volksblatt. (28.5.2018).

Wien Geschichte Wiki, Volksstimme. In: online unter: <https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Volksstimme>. (28.5.2018).

10 Anhang

Abstract

Die vorliegende Arbeit soll Aufschluss über den politischen Antisemitismus der Nachkriegszeit geben, der es auch nach Kriegsende trotz fehlender Legitimation und ideologischer Träger geschafft hatte, als leicht zu aktivierendes Vorurteil in der Bevölkerung, aber auch als politisches Instrument zu überleben. Der zeitliche Fokus liegt dabei auf den Jahren 1945 bis 1949, und damit auf der Zeit, in der die ersten beiden Nationalratswahlkämpfe der Zweiten Republik geführt wurden.

Ein wesentliches Ziel soll es sein, einen Abriss über die politischen Geschehnisse nach Kriegsende und die damit einhergehenden Herausforderungen zu liefern, sowie die Situation der Jüdinnen und Juden nach der Befreiung aus den Konzentrationslagern abzubilden. Darüber hinaus sollen die antisemitischen Vorfälle in der Zeit von 1945 bis 1949 in der Politik, die Debatte um Schuld und Restitution sowie die Stimmung des Volkes gegenüber den jüdischen Überlebenden in den ersten Nachkriegsjahren näher beleuchtet werden.

Darüber hinaus soll eine empirische Studie der Berichterstattung ausgewählter Tages- und Wochenzeitungen während der ersten beiden Nationalratswahlkämpfe in den Jahren 1945 und 1949 Aufschluss darüber geben, wie sich die Parteien in der Berichterstattung gegenüber den Jüdinnen und Juden positionierten. Des Weiteren sollen etwaige antisemitische Tendenzen und Argumentationsweisen in den Zeitungsberichten entlarvt werden, um so die politische Instrumentalisierung des Antisemitismus in den Wahlkämpfen analysieren zu können. Der Fokus auf 1945 und 1949 wurde dahingehend gewählt, da besonders in den ersten Nachkriegsjahren die politischen Wogen um die Debatte der Restitution und der jüdischen DPs in Form von antisemitischen Entgleisungen recht hoch gingen, was den Schluss zulässt, dass diese auch in der Berichterstattung während der ersten beiden Wahlkämpfe vorzufinden sind.